

Sozioökonomische Szenarien für die Schweiz (SSP-CH) - Zusatzmaterial

2x2 Faktorprojektionen

Folgende Faktorprojektionen basieren auf Fokusgesprächen mit 59 Expert:innen aus 20 wissenschaftlichen Institutionen der Deutsch- und Westschweiz im Jahr 2023. Die Verantwortung für den folgenden Text liegt bei den Autor:innen. Die Projektionen wurden mittels 2x2-Szenariotechnik erstellt, wobei zuerst die Achsen diskutiert und definiert und anschliessend die möglichen Entwicklungen des entsprechenden Faktors skizziert und beschrieben wurden. Nach jeder Beschreibung einer Faktorprojektion werden vom Szenariokernteam Einschätzungen zu wichtigen Einflussgrössen vorgenommen. Dabei gilt folgende Skala:

Veränderung im Vergleich zu heute:

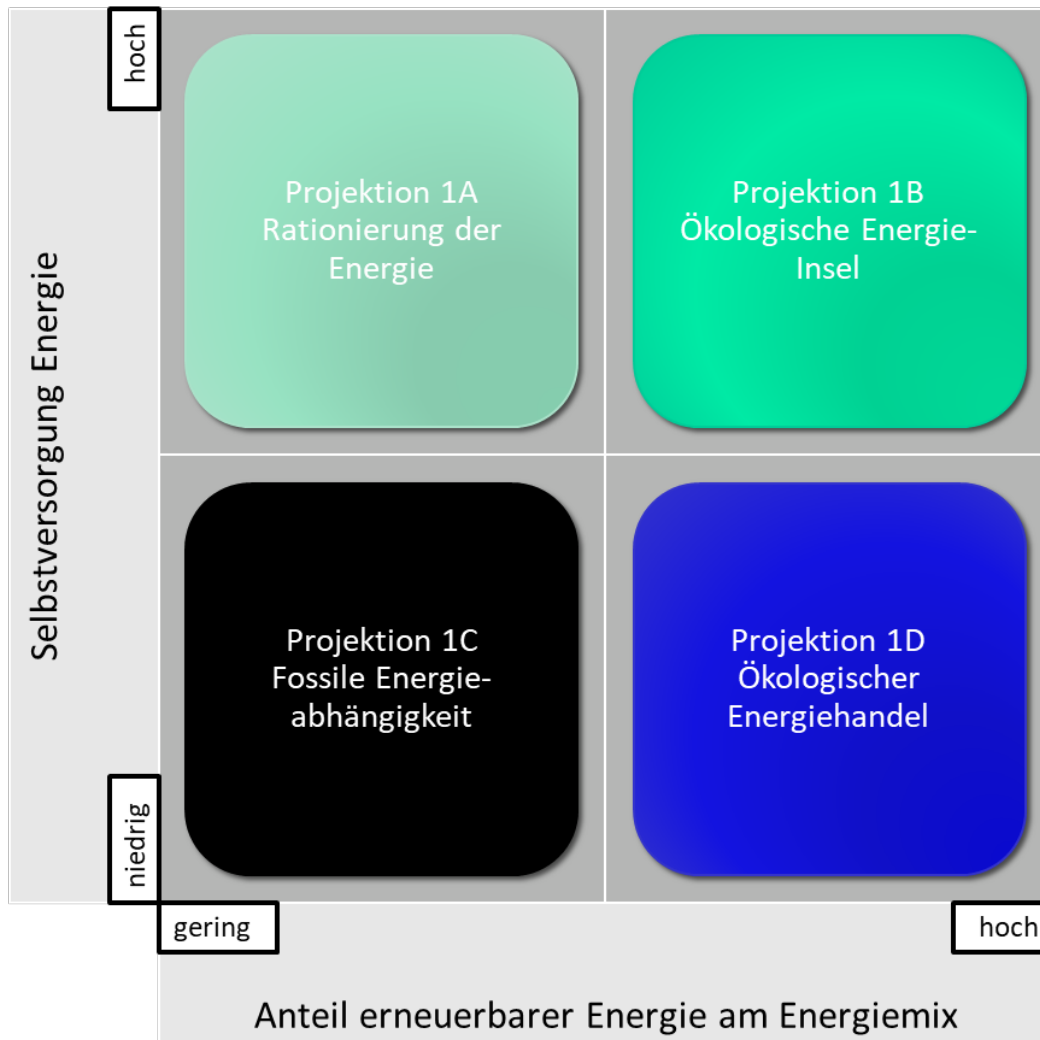
- (im Vergleich zu heute sehr stark abgenommen)
- (im Vergleich zu heute stark abgenommen)
- (im Vergleich zu heute etwas abgenommen)
- 0 (im Vergleich zu heute unverändert)
- + (im Vergleich zu heute etwas zugenommen)
- ++ (im Vergleich zu heute stark zugenommen)
- +++ (im Vergleich zu sehr stark zugenommen)

Inhalt

1 Faktorprojektionen – Energie (Schlüselfaktor)	2
2 Faktorprojektionen – Beziehung CH-EU (Schlüselfaktor)	7
3 Faktorprojektionen – Mobilität (Schlüselfaktor)	11
4 Faktorprojektionen – Migration und Bevölkerungsentwicklung (Schlüselfaktor)	16
5 Faktorprojektionen – Wirtschaftsentwicklung (Schlüselfaktor)	20
6 Faktorprojektionen – Demokratie (Schlüselfaktor)	24
7 Faktorprojektionen – Werthaltungen (Schlüselfaktor).....	28
8 Faktorprojektionen – Digitalisierung (Schlüselfaktor)	31
9 Faktorprojektionen – Arbeit.....	36
10 Faktorprojektionen – Bildungssystem und Ausbildungsstand	41
11 Faktorprojektionen – Familie und Betreuung	44
12 Faktorprojektionen – Geopolitische Lage	49
13 Faktorprojektionen – Gesundheit	53
14 Faktorprojektionen – Innere Sicherheit	57
15 Faktorprojektionen – Landwirtschaft.....	62
16 Faktorprojektionen – Medien und Kommunikation	68
17 Faktorprojektionen – Öffentliche Verwaltung	72
18 Faktorprojektionen – Reichtum und Reichtumsverteilung	77
19 Faktorprojektionen – Rolle des Staates	82
20 Faktorprojektionen – Staatshaushalt	86

Schlüsselfaktoren

1 Faktorprojektionen – Energie (Schlüsselfaktor)



Achsen:

- Selbstversorgung hoch und internationale Einbindung niedrig **vs.** Selbstversorgungsgrad niedrig und internationale Einbindung hoch
- Viel erneuerbare Energie – *CO2-Intensität niedrig* **vs.** wenig erneuerbare Energie – *CO2-Intensität hoch*

Faktorprojektionen:

A) «Energetische Rationierung»

Selbstversorgungsgrad hoch und internationale Einbindung niedrig – wenig erneuerbare Energie

Lead: Die Schweiz ist vom ausländischen Strommarkt isoliert. Atomenergie macht einen Grossteil der Energieversorgung aus. Energierationierungen sowie Effizienz- und Suffizienzmassnahmen werden politisch durchgesetzt.

Die Schweiz ist zunehmend vom ausländischen Strommarkt isoliert. Mit Effizienzmassnahmen wird versucht, die Energienachfrage zu stabilisieren, was aber nicht ausreicht. Ein Teil der Nachfragerlücke wird über die bestehenden Atomkraftwerke gefüllt. Die Brennstäbe für die Reaktoren muss die Schweiz aus einigen wenigen Ländern importieren, zu welchen sie noch einigermassen funktionierende Handelsbeziehungen hat. Die Handelsbedingungen sind aus Sicht der Schweiz allerdings sehr schlecht, weil sie stark von den Brennstäben abhängig ist. Gleichzeitig findet eine starke Senkung des Energieverbrauchs statt. Energie wird rationiert und Suffizienzmassnahmen sind an der politischen Tagesordnung. Die raumplanerischen Massnahmen zur Förderung kurzer Wege tragen Früchte – der Anteil des Langsamverkehrs konnte massiv gesteigert werden. Arbeitszeiten wurden im Winter so angepasst, dass der Stromverbrauch gesenkt werden konnte. Es wird für verlängerte Schlafzeiten im Winter geworben. Wärmende Kleidungsstücke wie Schlafmützen, Schlafsocken und Wollpullover sind angesagt. Smarte Heizsysteme heizen Wohnungen ja nach Belegung der Wohnung stärker oder schwächer.

Mit dem Achsentitelzusatz: CO₂-Intensität hoch: Ein CO₂-intensives Szenario mit hohem Selbstversorgungsgrad ist unrealistisch, ausser man stelle sich ein imperiales Szenario vor, in dem die Schweiz ein "Öl-Kolonialismus" betreibt und selbst entsprechende Ölfelder ausbeutet – dies wäre eine auseinandergefallene, disfunktionierende Welt, in der Ausbeutung und Deregulierung herrscht.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Energieverbrauch: ---
- Energiehandel: ---
- Energiepreis: ++

B) «Ökologische Energie-Insel»

Selbstversorgungsgrad hoch und internationale Einbindung niedrig - viel erneuerbare Energie und CO₂-Intensität niedrig

Lead: Der Selbstversorgungsgrad der Schweizer Energieversorgung liegt bei 80-90%, gedeckt über erneuerbare Energiequellen mit hohen Umweltstandards. Die Handelsbeziehungen zum Ausland sind kompliziert, weil die Schweiz sich tendenziell abschotten möchte (oder abgeschottet wird). Die Energiepreise sind sehr hoch, weshalb sehr sparsam mit Energie umgegangen wird.

Der Selbstversorgungsgrad der Schweizer Energieversorgung für Wärme und Strom liegt bei 80-90%. Die Energiepreise liegen sehr viel höher als am Anfang des 21. Jahrhunderts, als praktisch uneingeschränkter Energieverbrauch als Grundrecht angeschaut wurde. Es wurden grosse Investitionen in die lokale Stromproduktion getätigt. Die Energieversorgung ist sehr teuer und besteht aus einer Mischung aus Windenergie und Photovoltaik. Ergänzt wird sie mit grossen, lokalen (chemischen) Speichern. In den 2050er-Jahren konnten alle Kernkraftwerke abgeschaltet werden.

Die Schweiz importiert immer noch grosse Anteile an Energie in Form von grauer Energie, in den importierten Produkten. Dies, weil die Schweiz viele energieaufwändige Produkte nicht im Inland produziert. So gibt es in der Schweiz beispielsweise nur eine sehr geringe Stahlproduktion. Diese importierten Produkte haben aber ebenfalls eine massive Verteuerung erlebt und es wird sehr haushälterisch damit umgegangen. Trotz der Abhängigkeit von Importgütern, herrscht in der

Bevölkerung die Meinung vor, sich vom Ausland abschotten zu müssen. Die Beziehungen zur EU und dem weiteren Ausland sind schlecht und die Handelsbeziehungen zum Ausland sind schwierig. Aus diesen Gründen werden wo möglich, energieintensive Materialien mit Alternativen ersetzt.

Die Energieproduktion ist in der Landschaft gut ersichtlich. Solarpanels sind auf fast jedem Hausdach zu finden. Windturbinen und Solarparks bedecken einige Landwirtschaftsflächen und alpine Gebiete, wofür zum Teil Flächen umgenutzt und entwaldet wurden. Da dies jedoch nicht grossflächig praktiziert wurde, wurde die Bergfauna nur wenig gestört. Da die Produktion aber generell unter hohen Umweltstandards durchgeführt wird, stark auf ökologischen Ausgleich geachtet wird und sämtliches Potential für den Zubau erneuerbarer Energien auf Infrastruktur ausgeschöpft wurde, sind die Anlagen in der Bevölkerung akzeptiert. Dennoch wirkt der ersichtliche Flächenverbrauch als starker Anreiz zum Energiesparen, da der Druck, Flächen für andere Funktionen wie Nahrungsmittelproduktion, Mobilität, Wohnen und Biodiversität zu nutzen, stetig zunimmt. Die Bevölkerung ist stark in der Energieversorgung involviert – sowohl in der Planung der Grossanlagen als auch in die Produktion selbst, da sie mit Kleinanlagen zur Energieversorgung beiträgt.

Durch die gesteigerte Resilienz in Sachen Energieversorgung, die dank der Erhöhung des Selbstversorgungsgrades erreicht werden konnte, sind die Energiekosten relativ stabil, denn die Schweiz ist weniger abhängig von internationalen Strompreisen und Lieferkapazitäten. Die hohen Energiepreise sind in der Bevölkerung akzeptiert, da mittlerweile die Kostenwahrheit in allen Bereichen erhöht wurde. Die Gesellschaft denkt längerfristig, Folgekosten werden in Budgets eingepreist. Entsprechend ist auch der gesamte Energieverbrauch deutlich gesunken: Energie gilt als kostbare Ressource, die gespart werden muss. Verschwendung gilt als verpönt und wird bestraft. Sehr hohe saisonale und tagesverlaufsabhängige Preisschwankungen haben zu einem angepassten, ausgeglichenen Energiekonsum geführt.

Die externen Kosten des CO₂-Ausstosses konnten gesenkt werden.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Energieverbrauch: -
- Energiehandel: --
- Energiepreis: ++

C) «Fossile Energieabhängigkeit»

Selbstversorgungsgrad niedrig und internationale Einbindung hoch – wenig erneuerbare Energie und CO₂-Intensität hoch (unwahrscheinliches und instabiles Szenario)

Lead: Die Schweizer Energieversorgung beruht auf fossilen Energieträgern. Die Schweiz ist vom Import fossiler Ressourcen abhängig und der Wohlstand hat deutlich abgenommen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist so gering, dass kein Druck auf die Politik ausgeübt wird, die Rahmenbedingungen zu ändern.

Die Schweizer Energieversorgung beruht auf fossilen Energieträgern. Die Schweiz hat den Ausbau von erneuerbaren Energien verpasst. Mittlerweile sind die Rohstoffe für einen Ausbau so rar geworden, dass ein Ausbau in nötigem Masse zur Versorgung der Bevölkerung nicht mehr möglich ist. Die grösste Quelle für die nötigen Ressourcen sind mittlerweile die Abfälle der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts, die sich jedoch ausserhalb der Schweiz befinden. Die Schweiz ist nicht gut in den europäischen Strommarkt, der stärker auf erneuerbare Energieträger gesetzt hatte, eingebunden.

Somit ist die Schweiz stark vom weiteren Ausland abhängig, darunter von zahlreichen instabilen Erdölstaaten mit teils autokratischen Regimes. Mit langfristigen Verträgen wird versucht, die geringe Resilienz im Bereich der Energieversorgung etwas abzufedern. Um die Verträge abschliessen zu können und die Transportwege zu sichern, ist die Schweiz gezwungen, Bestimmungen und Konditionen zu erfüllen, die nicht immer zu ihren Gunsten ausfallen. So ist sie für ihre Energieversorgung in hohem Masse vom nahen und fernen Ausland abhängig, hat aber im Gegenzug nichts anzubieten.

Die Abhängigkeit und der importierten fossilen Energie sowie die zunehmende Isolierung haben zu einem sinkenden Wohlstand in der Schweiz geführt. Die Energiepolitik ist vom Ausland abhängig und völlig ausgelastet mit dem Abschliessen von möglichst für die Schweiz vorteilhaften Verträgen. Die Preise können je nach Vertragsauflösung stark und sprunghaft ansteigen, bisweilen in unbekannte Höhen. Durch die dadurch resultierende Instabilität hat sich der internationale Rohstoffhandel aus der Schweiz zurückgezogen. Die ansässige Wirtschaft (und Gesellschaft) denkt kurzfristig: «Nach mir die Sintflut» ist das Credo der Stunde. Eine Ohnmacht hat sich in der Bevölkerung breitgemacht, die in Fatalismus kippt. Es herrscht eine individualistische, geradezu egoistische Haltung in der Gesellschaft. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist dermassen erodiert und die Trägheit entsprechend gross, so dass trotz grosser Unzufriedenheit kein gesellschaftlicher Druck auf die Politik ausgeübt wird, die Rahmenbedingungen zu ändern.

Die Umweltbelastung ist hoch und fossile Energieträger sind hochgradig subventioniert.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Energieverbrauch: -
- Energiehandel: +
- Energiepreis: ++

D) «Ökologischer Energiehandel»

Selbstversorgungsgrad niedrig und internationale Einbindung hoch – viel erneuerbare Energie und CO₂-Intensität niedrig

Lead: Die Schweiz ist in einen stark vernetzten Strommarkt integriert. Sie importiert viel erneuerbare Energie und ist abhängig von Verträgen mit internationalen Stromkonzernen. Der Energieverbrauch ist bei moderaten Energiepreisen relativ hoch. Umweltschutz hat einen hohen Stellenwert.

Innerhalb eines europäischen Umfelds mit einer starken und funktionstüchtigen EU und viel internationalem Handel ist die Schweiz in einen stark vernetzten Strommarkt integriert: Windenergie kommt aus Nordeuropa, aus Sonnenstrom produzierte Stoffe wie Wasserstoff, Ammoniak, synthetisches Methan, Methanol und Aluminium kommen aus Afrika oder Australien, wo der Sonnenstrom in Wüstengebieten gewonnen wird. Die Schweiz ihrerseits exportiert Strom aus den Pumpspeicherkraftwerken europaweit und trägt damit zum Ausgleich von saisonalen Schwankungen in der Produktion bei. Gleichwohl hat auch die Schweiz zusätzliche Wind- und Photovoltaikanlagen gebaut. Insgesamt halten sich die Investitionen in das Energiesystem in Grenzen. Auch gibt es in der Schweiz keine grossen lokalen Energiespeicher. Wie in ganz Europaschwanken die Energiepreise im Tages- und im Jahresverlauf. Hingegen können die Schwankungen unter Kontrolle gehalten werden, da bei Energieengpässen mehr Strom aus Europa importiert wird und bei Energieüberschüssen Strom exportiert wird. Die Schweiz ist abhängig von stabilen, langfristigen internationalen Verträgen. Die nationale Resilienz in Sachen Stromversorgung ist entsprechend niedrig. Auf internationaler Ebene

wurde eine «OPEC» («RPEC») für erneuerbare Energien errichtet, wobei die Hauptlieferanten für Sonnen- und Windenergie die Strommengen steuern und damit die Strompreise stark beeinflussen. Schweizer Firmen sind vermehrt an ausländischer Produktion beteiligt, so dass Schweizer Firmen Solaranlagen im Ausland betreiben.

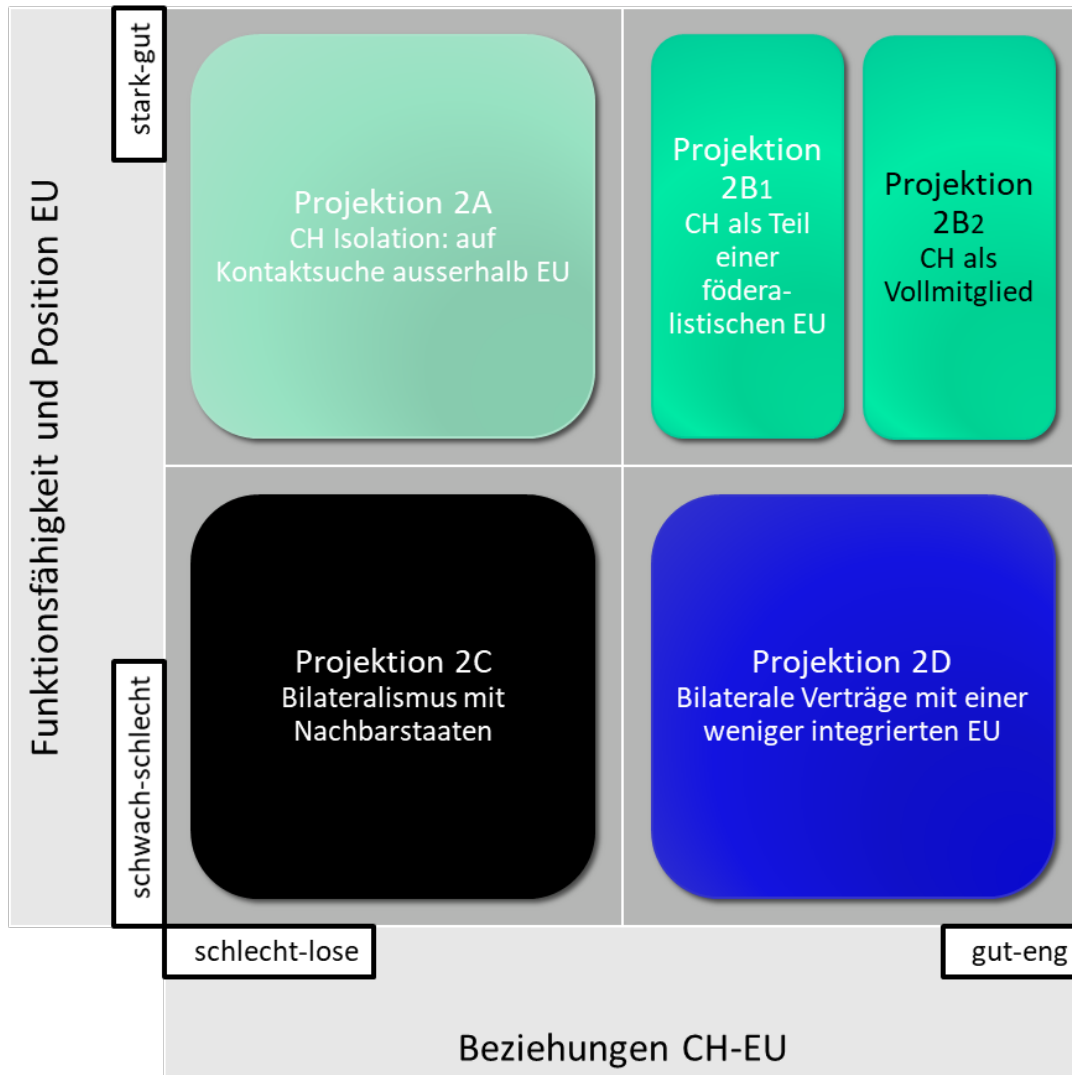
Die Energiepreise liegen auf einem Niveau, das sie für alle erschwinglich macht, wenn auch höher als am Anfang des 21. Jahrhunderts. Der Energieverbrauch liegt trotz gestiegenen Preisen relativ hoch. Nur sprunghaft ansteigende Preise – beispielsweise wegen gekündigter internationaler Stromverträge oder natürlichem Produktionseinbruch) – lassen den Verbrauch kurzfristig sinken.

In einer international ausgerichteten Gesellschaft, die offen für neue Ideen und Kulturen ist, genießt der Landschafts- und Umweltschutz in der Schweiz einen hohen Stellenwert. Die externen Kosten der fossilen Energieträger konnten dank einer politischen Mehrheit internalisiert werden, die Kostenwahrheit wurde erhöht, was dem Bezug von erneuerbarer Energie aus dem Ausland einen starken Schub verlieh. So wurden auch die Rohstoffe für die Kernkraft immer teurer, weshalb die Kernkraftwerke abgeschaltet wurden.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Energieverbrauch: +
- Energiehandel: (gleich wie heute!)
- Energiepreis: +

2 Faktorprojektionen – Beziehung CH-EU (Schlüsselfaktor)



Achsen:

- Starke vs. Schwache EU
- Gute und enge Beziehungen CH-EU vs. schlechte und schwache Beziehung CH-EU

Faktorprojektionen:

A) «Schweizer Isolation – auf Kontaktsuche ausserhalb der EU»

Starke EU und schlechte/schwache Beziehungen CH-EU»

Lead: Die Schweiz wird in Europa zunehmend isoliert und ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nimmt ab. Mit der EU besteht ein Regelwerk, das sehr zum Nachteil der Schweiz ausgestaltet ist. Dadurch hat der Bund nur noch wenige Kompetenzen. In der Gesellschaft herrscht eine nationalistische Stimmung.

Die bereits in den 2020er-Jahren einsetzende Erosion der Beziehung zur EU hat sich weiter fortgesetzt. Dadurch wurde die Schweiz zusehends isoliert, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hat abgenommen – aufgrund steigenden Fachkräftemangels, aber auch durch das Wegziehen internationaler Firmen, die wegen drohenden Strommangellagen (aufgrund des Ausschlusses der Schweiz aus dem

internationalen Strommarkt) die Situation als zu instabil einschätzten. Die Innovationsfähigkeit nahm rasant ab. Zum einen, weil der Forschungsstandort Schweiz unter dem Ausschluss von europäischen Forschungsprogrammen stark gelitten hat, zum andern, weil viele kleine und mittelgrosse Unternehmen sowie Start-ups ins nahe Ausland abgezogen sind, wo sie Zugang zu einem grösseren Markt und stabilere Bedingungen vorfanden. Nach langem Stillstand und politischem Ringen kam es unter starkem innenpolitischen Druck zu einem Regelwerk zwischen der Schweiz und der EU, welches sehr zum Nachteil der Schweiz ausfiel. Die Interessen der Schweiz sind darin nicht berücksichtigt, die Schweiz wird quasi wie ein dauerhafter Beitrittskandidat ohne Stimmrecht behandelt. Der Bund wird zur Institution mit wenig eigenen Kompetenzen zur Ausgestaltung. Er hat in erster Linie die fortschrittlichen und gut funktionierenden Massnahmen und Policies der EU zu implementieren und umzusetzen.

Die Bevölkerung war lange stark selbstbezogen, die allgemeine Vorstellung einer autonomen Schweiz galt als Idealvorstellung. Der Wohlstandsverlust hat die Schweiz notgedrungen dazu bewogen, eine Rahmenvereinbarung mit der EU abzuschliessen. Das für die Schweiz nachteilige Abkommen, welches ihr ohne Kompromisse aufgedrückt wurde, hat die Stimmung in der Bevölkerung weiter verschlechtert, es herrscht eine nationalistische Stimmung – in der Schweiz ansässige Europäer*innen ziehen weg, weil eine bisweilen europafeindliche Stimmung vorherrscht. Menschen aus Drittstaaten sind hingegen gern gesehen, hauptsächlich, weil sie als Arbeitskraft in allen Arbeitssegmenten dienen.

Oder: die Schweiz konnte bilaterale Verträge mit Nachbarstaaten schliessen und so die Isolation der EU umgehen und dadurch ihren Wohlstand halten (-> dies wäre m.M.n. plausibler in einer weniger starken EU, also Szenario B).

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Wohlstandsniveau: --
- Fachkräftemangel: +++
- Migration: --

B) «Starke EU und gute/enge Beziehung CH-EU»

Lead: Das Wohlstandsniveau in der Schweiz konnte gewahrt werden, die Wirtschaft ist stark vernetzt. Es bestehen Partnerschaften zwischen Bund und internationalen Institutionen. Die Schweiz ist de facto Mitgliedsstaat der EU.

Das Wohlstandsniveau in der Schweiz konnte gewahrt werden, die Wirtschaft ist stark vernetzt. Die EU verfügt über einen florierenden Binnenmarkt und gut funktionierende Institutionen und Regelwerke. Auch in der Weltgemeinschaft hat die EU viel Gewicht und prägt die globale Wertegemeinschaft sowie die Weltwirtschaft. Die Schweiz ist stark in die Wertegemeinschaft der westlichen Welt eingebunden – das Verständnis der schweizerischen Neutralität wurde angepasst und wird mittlerweile als Allianzfreiheit verstanden – dabei nimmt sie aber klar Position für die westlichen Werte ein.

Der Fachkräftemangel, der Ende 2020er-/anfangs 2030er-Jahre seinen Höhepunkt erreichte, konnte durch längere Lebensarbeitszeiten, Personenfreizügigkeit und einer erhöhten Spezialisierung innerhalb der EU sowie einer kontrollierten Immigrationspolitik beseitigt werden. Die Institutionen der Schweiz sind international eingebettet, die Kompetenzen sind teilweise neu verteilt: Es bestehen Partnerschaften zwischen Bund und internationalen Institutionen wie auch zwischen Kantonen und grenznahen Regionen. Es hat eine Stärkung der Region stattgefunden, regional angepasste Politiken kommen grenzüberschreitend zur Anwendung. Gesellschaftliche Herausforderungen werden gemeinsam (EU-weit) angegangen: Die CH ist in den europäischen Strommarkt sowie in

Forschungsprogramme eingebunden, Migrationspolitik und Klimaprobleme werden gemeinsam geplant und gelöst. Durch einen stabilen, langfristigen institutionellen Rahmen hat die Schweiz de facto den Status eines Mitgliedstaates erlangt, der EU-Beitritt ist eine Formsache (oder ist schon Vollmitglied).

1) «CH als Teil einer föderalistischen EU»

Die sogenannte flexible Vollmitgliedschaft, welche es den Mitgliedern erlaubt, eine flexible Kombination von Massnahmen, Gesetzen und Prozessen zu wählen, wurde von einer grossen Mehrheit der Schweizer Bevölkerung befürwortet. Dieses Modell stiess auch in anderen Staaten auf grosse Akzeptanz und Befürwortung, sodass es in den 2050ern stark ausgebaut wurde. Die EU reformierte sich schrittweise und übernahm föderalistische Strukturen. Die Aussenpolitik, sowie die Umwelt- und Sicherheitspolitik werden noch immer zentral und EU-weit organisiert, da grosse Synergien und Effizienzvorteile bestehen; hingegen haben die Mitgliedstaaten in anderen Bereichen weitgehende Entscheidungsfreiheiten, so in der Arbeitsmarkt-, der Landwirtschafts-, der Fiskal- und Migrationspolitik.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Wohlstandsniveau: +++ gehalten
- Fachkräftemangel: -- abgewendet
- Migration: ++ gehalten

2) «CH in starke zentralisierte EU integriert»

Durch die (de facto) Vollmitgliedschaft musste sich die Schweiz und ihre politischen Institutionen und Prozesse stark reformieren. Es fand ein Abbau des Subsidiaritätsprinzips statt, Kompetenzen wurden von den Kantonen an den Bund übertragen, resp. an die 4. Politische Ebene der EU. Die ökonomische aber auch die politische Integration der EU hat sich erhöht, sodass die EU in vielen Belangen Bundesstaatscharakter erlangt hat. Dies hat zu einem allgemeinen Kompetenzabbau der Mitgliedstaaten geführt. Das direktdemokratische System der Schweiz existiert noch, hingegen kann es in vielen Belangen nicht mehr zur Anwendung kommen, da die Entscheidungskompetenz an die EU-Institutionen ausgelagert wurden. Dadurch fand eine Entfernung des Staates von den Bürger*innen statt. Wirtschaftspolitiken u.a. müssen automatisch übernommen werden, der Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten ist sehr beschränkt. In der Schweiz führt dies zusehends zu einer Wohlstandsabnahme.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Wohlstandsniveau: -
- Fachkräftemangel: --
- Migration: ++

C) «Bilateralismus mit Nachbarstaaten»

Geschwächte EU und schlechte/schwache Beziehungen CH-EU

Lead: Der Wohlstand hat in der Schweiz, aber auch in der EU stark abgenommen. Der EU-Binnenmarkt ist quasi eingebrochen und es herrscht ein starker Wettbewerb zwischen den noch bestehenden EU-Mitgliedsstaaten. Die Schweiz ist dabei völlig isoliert. Die Bevölkerung ist selbstbezogen und hat Zukunftsängste.

Der Wohlstand hat in der Schweiz, aber auch in der EU stark abgenommen. Die EU nimmt eine schwache Position in der Weltgemeinschaft ein und gilt nicht mehr als verlässlicher Partner, es herrschen instabile Produktionsbedingungen wegen schlecht unterhaltener, teils maroder Infrastruktur und drohender Strommangellagen. Der Fachkräftemangel konnte nicht durch gezielte Immigrationsversuche gesättigt werden. Die politische Integration hat bereits in den 2030 stark abgenommen: die Unionsbürgerschaft und die Personenfreizügigkeit wurde aufgehoben. Auch über Fiskal- und Geldpolitik wird nicht mehr auf EU-Ebene entschieden. So wurde die Währungsunion bereits Anfangs 2040er Jahre aufgehoben, da sie zu teuer wurde. Der EU-Binnenmarkt ist dann in den 2050ern quasi eingebrochen. Die europäischen Institutionen sind geschwächt und kaum noch funktionsfähig. Viele Staaten sind ausgetreten, die EU ist auf die westeuropäischen Kernstaaten zusammengeschrumpft (oder ganz auseinandergefallen). Die europäischen Staaten sind stark mit ihren Problemen beschäftigt. Alle Staaten versuchen, «die eigene Haut zu retten» und es besteht starker Wettbewerb zwischen ihnen. Der Dialog zwischen der EU und der Schweiz ist praktisch abgebrochen. Die Schweiz versucht, bilaterale Partnerschaften mit den Nachbarstaaten und Drittstaaten ausserhalb Europas zu schliessen, was sie im ersten Fall dank ihrer relativen vorteilhaften Verhandlungsposition positiv für die Schweiz ausfällt. Hingegen bestehen auch zusehends nachteilige Abhängigkeiten von instabilen Regimes, die mit unberechenbaren Konsequenzen verknüpft sind.

In der Gesellschaft herrschen starke Selbstbezogenheit und Angst vor der Zukunft vor.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Wohlstandsniveau: ---
- Fachkräftemangel: ++
- Migration: -

D) «Bilaterale Verträge mit einer weniger integrierten EU»

Schwache EU – gute/enge Beziehungen CH-EU

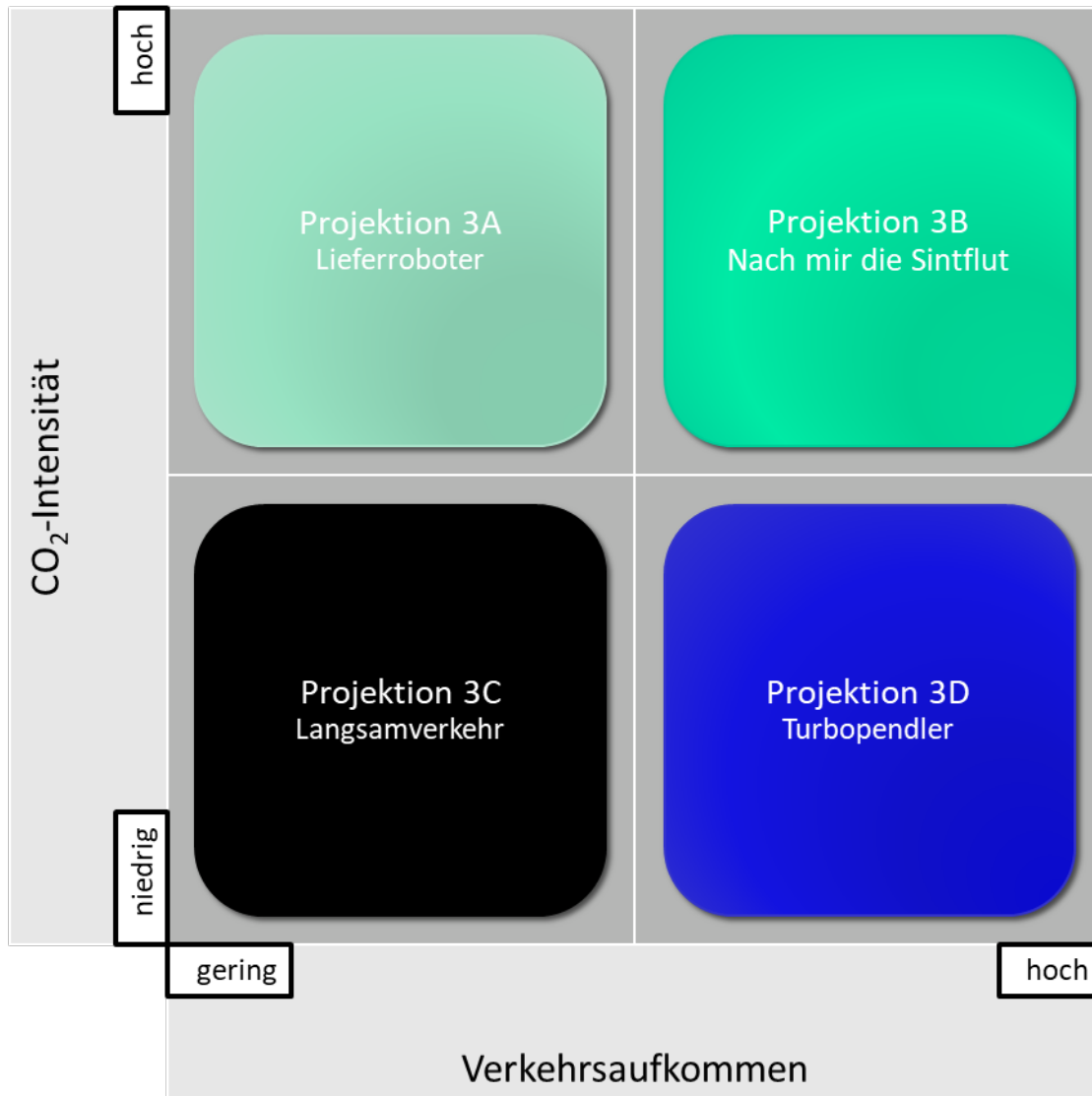
Lead: Die Position der EU in der Weltgemeinschaft ist geschwächt, sie verfügt aber noch über einen einigermaßen funktionierenden Binnenmarkt, von dem die Schweiz dank eines stabilen institutionellen Rahmens mit der EU stark profitiert.

Die Position der EU in der Weltgemeinschaft ist geschwächt, die politische wie auch ökonomische Integration ist zurückgegangen, die Währungsunion wurde aufgehoben. Hingegen verfügt sie noch über einen einigermaßen funktionierenden Binnenmarkt. Die Schweiz ist von der Migration und den weltpolitischen Abhängigkeiten weniger stark betroffen und kann durch die (dank EU-Binnenmarkt) ökonomische Stabilität die besten Fachkräfte anziehen und bleibt internationale Handelsdrehscheibe weit über den EU-Raum hinaus. Die Schweiz wusste ihre starke Verhandlungsposition zu nutzen und konnte sich gute Bedingungen aushandeln, so dass sie von den neuen Abkommen stark profitierte (Rosinenpickerei). Diese Situation konnte hingegen nur mit einer starken Aussengrenze und einer sehr restriktiven Migrationspolitik erreicht werden. Diese fehlende Kooperation wurde von der EU zunehmend als stossend empfunden, der Ruf der Schweiz im Ausland ist sehr schlecht.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Wohlstandsniveau: +++ gehalten (relativ gesteigert)
- Fachkräftemangel: --
- Migration: +++ (qualifizierte Fachkräfte)

3 Faktorprojektionen – Mobilität (Schlüsselfaktor)



Achsen:

- CO₂-Intensität hoch vs. niedrig
- Verkehrsaufkommen hoch vs niedrig

Projektionen:

A) «Lieferroboter»

Energieeinsatz/CO₂ hoch – Verkehrsaufkommen niedrig

Lead: Fossile Energieträger sind in der Schweiz für die Mobilität immer noch stark im Einsatz, aber zu teuer für die breite Bevölkerung. Eine Oberschicht, die sich Mobilität noch leisten kann, ist

massgebend für den Gesamtausstoss an CO2 verantwortlich. Starke staatliche Regulationen und Transportroboter sorgen für eine Entkopplung des Waren- und Personentransportes.

In der Schweizer Bevölkerung hat die Konzentration von Einkommen und Vermögen weiter zugenommen. Für die Mobilität sind fossile Energieträger immer noch stark im Einsatz, aber zu teuer für die breite Bevölkerung, weil der CO2-Preis sehr hoch ist. Eine kleine privilegierte Oberschicht, die sich diese Art der Mobilität noch leisten kann, ist massgebend für den Gesamtausstoss an CO2 verantwortlich, auch, weil diese für ihre vielen Reisen rund um die Welt energieintensive Flugreisen wählt. Der Grossteil der Bevölkerung jedoch bleibt weitgehend immobil oder ist mit schlecht ausgebautem ÖV unterwegs. Obwohl der Energieeinsatz pro Person und zurückgelegten Kilometer sehr hoch ist, sinkt so der absolute Energieeinsatz, weil insgesamt viel weniger Menschen mobil sind.

Die flächenintensive Strasseninfrastruktur, die bis in die 2060er-Jahre für die selbstfahrenden Fahrzeuge stark ausgebaut und aufgerüstet wurde, ist teilweise zerfallen. Hingegen fand seit Mitte der 2070er-Jahre, eine Entkopplung des Waren- und Personentransportes statt – auch dank einer starken staatlichen Reglementierung und Bepreisung des Individualverkehrs. Aufgrund sinkender Preise von alternativen Antrieben können sich immer mehr Leute unbemannte Lieferroboter mit unterschiedlichen Funktionen leisten. Die obere Mittelschicht besitzt teilweise bereits ganze Flotten an unterschiedlichen Transportrobotern – von der Drohne bis zum selbstfahrenden Kleinlieferauto. Diese Entwicklung hat auch den Detailhandel stark verändert. Es gibt kaum noch Non-food-Läden für den physischen Einkauf vor Ort. Stattdessen dominieren grosse Lagerhallen und Magazine, in denen Warenroboter mit den online bestellten Waren beladen werden. Dies fördert eine individualistische und zurückgezogene Lebensweise der Menschen.

Um die noch bestehenden Lücken im neuen Transportsystem zu füllen, flossen in den letzten Jahren hohe staatliche Investitionen in ein unterirdisches Röhrensystem, welches Warenlieferungen schweizweit und bis ins angrenzende Ausland reibungslos abwickeln soll.

Auf globaler Ebene ist die Spezialisierung der wirtschaftlichen Produktion auf einem sehr hohen Niveau. Auch für den globalen Transport bestehen für einige Routen selbstfahrende Warentransporte – gerade der Gütertransport auf der Schiene ist bereits seit längerer Zeit unbemannt.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Energieeinsatz pro Person und zurückgelegten Kilometer: ++
- Absoluter Energieeinsatz für Mobilität: --
- Flächenverbrauch für Mobilitätsinfrastruktur: -

B) «Nach mir die Sintflut»

Energieeinsatz/CO2-Intensität hoch – Verkehrsaufkommen hoch (wird als instabiles Szenario eingestuft)

Lead: Die Mobilität in der Schweiz basiert stark auf fossilen Energieträgern, was sie abhängig von ausländischen Energielieferanten macht. Viele Extremereignisse führen dazu, dass der Staat immer autokratischeres Handeln unter Notrecht anwendet, während die Bevölkerung die Kapazitäten nicht hat, für ihre politische Teilhabe einzustehen.

Die Mobilität in der Schweiz basiert immer noch stark auf fossilen Energieträgern. Der Individualverkehr ist hoch und die Verkehrsinfrastruktur nimmt sehr viel Fläche in Anspruch, um die

Erreichbarkeit in sinnvoller Zeit zu gewährleisten. Die Bevölkerung ist darauf konzentriert, die Einflüsse des Klimawandels (Extremen Wetterereignisse etc.) abzufedern und bestmöglich zu überstehen. So bleiben ihr keine Kapazitäten für politische Beteiligung. Die individuelle Freiheit wird sehr hoch gewichtet und es herrscht eine sehr individualistische Lebensweise vor. Auf das Gemeinwohl oder die Freiheit anderer wird kaum geachtet. Der soziale Zusammenhalt ist entsprechend gering und die Bevölkerung schlecht organisiert. Die Regierung nimmt bislang autokratische Züge an, da die vielen Extremereignisse rasches Handeln ohne aufwändige Beteiligungsprozesse der Bevölkerung erfordern. Massnahmen werden oft per Notrecht umgesetzt. Obwohl die Bevölkerung schlecht organisiert ist, werden Proteste und spontane Gewalterruptionen als Reaktion auf die fossilbasierte Wirtschaft immer häufiger. Diese werden durch staatliche Intervention meist bereits im Keim erstickt.

Die Abhängigkeit der Schweiz von Erdöl liefernden Staaten ist sehr hoch. Die Regierung ist deshalb auf gute Partnerschaften angewiesen.

Die globale Spezialisierung ist hoch und die Lieferketten sind entsprechend lang. Die Mobilität im europäischen Ausland ist zunehmend elektrifiziert und weniger auf fossile Ressourcen angewiesen, was die Isolation der Schweiz innerhalb der EU in den letzten Jahrzehnten verstärkt hat (je nach Trend in EU stärkere oder schwächere Isolation).

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Energieeinsatz pro Person und zurückgelegten Kilometer: +
- Absoluter Energieeinsatz für Mobilität: +
- Flächenverbrauch für Mobilitätsinfrastruktur: ++

C) «Der Langsamverkehr»

Energieeinsatz gering – Verkehrsaufkommen niedrig

Lead: Staatliche Massnahmen haben dazu geführt, dass das Zurücklegen langer Strecken unattraktiv geworden ist. Es bildet sich eine dezentral und kleinräumig strukturierte Schweiz mit vielen kleinen urbanen und ländlichen Zentren, in welchen die Menschen arbeiten, wohnen und ihre Freizeit verbringen.

Ein massives Mobility-Pricing auf öffentlichen Verkehr (ÖV) und den motorisierten Individualverkehr (MIV) konnten den Pendlerverkehr stark reduzieren. Bei einem Wechsel des Arbeitsortes ist es üblich, auch den Wohnort zu wechseln. Der Radius der Arbeitssuche wurde auf eine Strecke beschränkt, die innerhalb von 60 Minuten mit dem Langsamverkehr zurückgelegt werden kann. Hierfür musste die Zonenordnung revidiert werden. So können Industrie- und Wohnzonen nun sehr kleinräumig gestaltet werden und auch näher beieinanderstehen. Da dadurch die Konkurrenz um Arbeitsplätze sinkt, finden oft alle Personen eines Haushaltes mit mehreren erwerbstätigen Personen eine passende Arbeitsstelle in der Nähe ihres Wohnorts. Tendenziell haben diese Haushalte jedoch abgenommen. Die online-Kommunikation, die in den 20er Jahren ein Hype war, hatte zu starkem Mehrverkehr geführt, entsprechend wurde sie in den 30ern unterbunden.

Der Freizeitverkehr, der sich länger auf einem hohen Niveau hielt, konnte nach dem Pendlerverkehr in einem zweiten Schritt reduziert werden, als die Volksinitiative für eine massive Besteuerung von Zweitwohnsitzen angenommen wurde.

Entsprechend ist die Schweiz heute dezentral und kleinräumig strukturiert, es findet sich ein vielfältiges Angebot auf engem Raum. So wurde der Detailhandel wieder kleinteiliger. Es wird in

Quartierläden eingekauft und grosse Einkaufszentren sind verschwunden. Auch ländliche Zentren verfügen über sämtliche öffentliche Dienstleistungen. Diese haben sich entsprechend vergrössert. Trotz mannigfaltigen Mobility-Sharing-Angeboten – für Fahrten in die Zentren gibt es beispielsweise Sammelangebote von einem selbstfahrenden Rufbus – wurde das Pendeln vom Land ins nächste Zentrum teuer, so dass sich viele Leute für einen Umzug ins Zentrum entschieden. Die ländliche Bevölkerung ausserhalb der Zentren ist vor Ort tätig. Es gibt grosse Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Lebensstilen (ausserhalb der lokalen Zentren), was das Angebot betrifft. Hingegen sind gewisse Strukturen, die noch Anfang des 21. Jahrhunderts als «dörflich» bezeichnet worden wären, auch in den Stadtquartieren anzutreffen. So wurden in Stadtquartieren etwa Netzwerke von Nachbarschaftshilfen und rege genutzte Gemeinschaftsräume installiert. Es gibt Pflegeräume und generationenübergreifende Wohnformen. Dank diesen starken sozialen Strukturen, die die soziale Verankerung im Quartier fördern, werden Zuzüger schnell integriert. Das Leben der Menschen ist sehr lokal gebunden, es findet vor Ort in der Nachbarschaft statt. Die hohe Qualität der sozialen Strukturen und des öffentlichen Raums ermöglichen eine lebenswerte Wohn- und Freizeitgestaltung für viele Menschen auf relativ wenig Raum.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Energieeinsatz pro Person und zurückgelegten Kilometer: 0
- Absoluter Energieeinsatz für Mobilität: ---
- Flächenverbrauch für Mobilitätsinfrastruktur: --

D) «Turbopendler»

Energieeinsatz gering – Verkehrsaufkommen hoch:

Lead: Starke staatliche Interventionen führen dazu, dass energieeffiziente Technologien entwickelt werden, die den Energieverbrauch pro zurückgelegten Kilometer minimieren. So können die Bedürfnisse einer hypermobilen Bevölkerung gedeckt werden.

Neue, effiziente Technologien wurden bis in die Mitte des 21. Jahrhunderts staatlich stark gefördert. Nach einer massiven Bepreisung von fossilen Brennstoffen wurde der Verbrennungsmotor Anfang der 2040er-Jahre verboten. Ein hoher Strompreis sowie hohe Steuern auf ineffiziente Batterien und zusätzliche Regulierungen haben technische Innovationen weiter vorangetrieben. Effiziente Batterien und Wasserstoffantriebe haben es nun ermöglicht, den Energieverbrauch pro zurückgelegten Kilometer auf ein Minimum zu reduzieren und gleichzeitig das Verkehrsaufkommen auf einem sehr hohen Niveau zu halten, resp. es zu steigern.

Die Bevölkerung ist immobil in Bezug auf ihren Wohnort: Die Leute wohnen meist in ihren vererbten Familienhäusern. Gleichzeitig ist sie hypermobil und innerhalb der Bevölkerung besteht ein Anspruch auf expansive globale Mobilität. Das Leben ist multilokal: Es ist üblich, verschiedene Arbeitsorte zu haben und weite tägliche Pendlerstrecken sind die Norm. Man fühlt sich überall zuhause, viele Leute besitzen Ferienhäuser in Asien oder Amerika, oder besuchen Freunde in weit entfernten Ländern. Auch haben sich die Tourismusströme in die Schweiz aus weit entfernten Destinationen wie China und Malaysia auf einem sehr hohen Niveau stabilisiert.

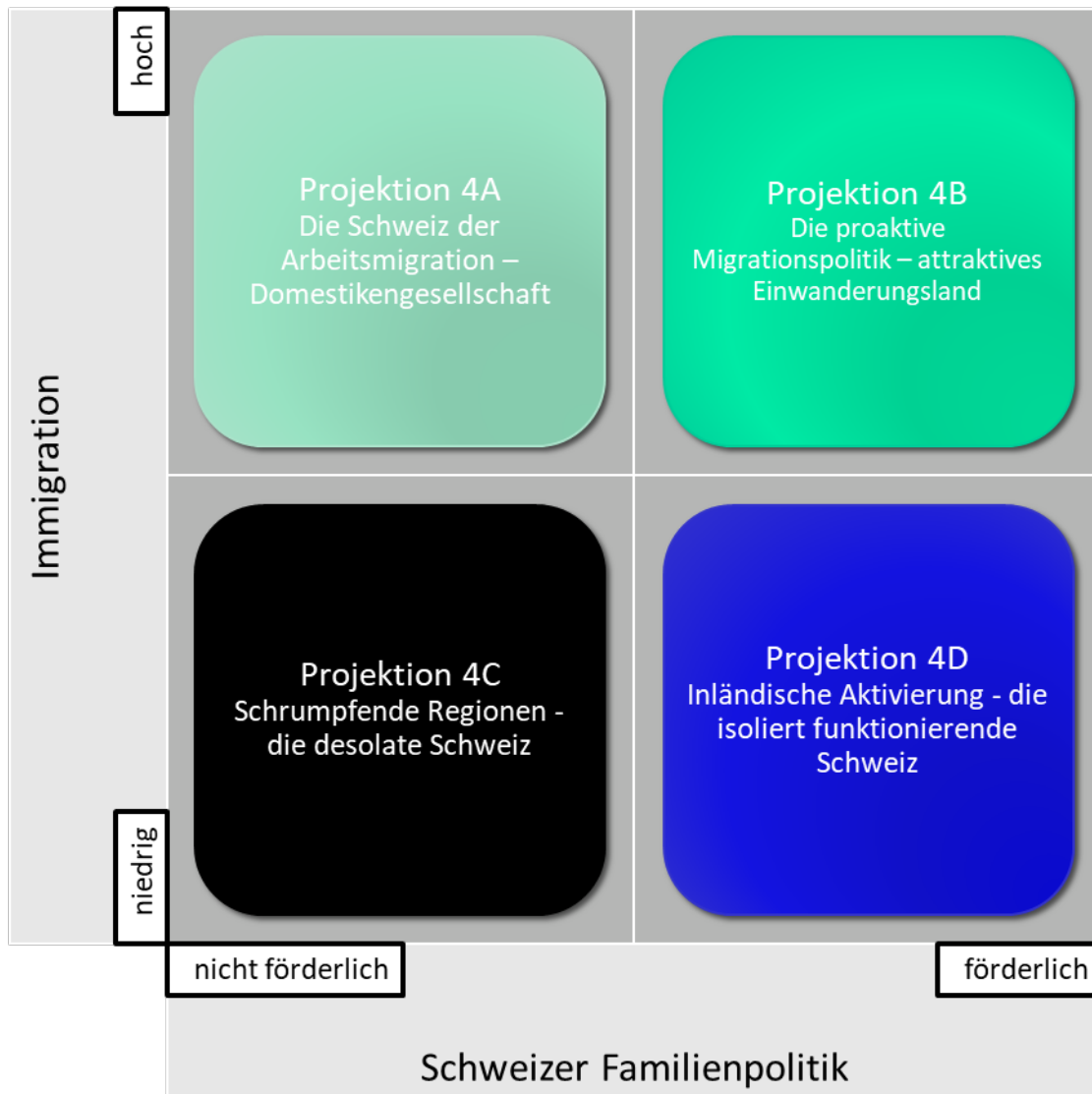
Für diesen hypermobilen, multilokalen Lebensstil wird sehr viel Fläche für Verkehrsinfrastruktur benötigt, deren Ausbau und Unterhalt staatlich getragen wird. Die Mobilität verschlingt viele Ressourcen, was von der Bevölkerung aber als gerechtfertigt empfunden wird, da ihr Mobilitätsanspruch sehr hoch ist.

- Techn. Wunschfortschreibung des Bisherigen
- 20% MIV, 30% ÖV, 20% Langsam,

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Energieeinsatz pro Person und zurückgelegten Kilometer: ---
- Absoluter Energieeinsatz für Mobilität: +
- Flächenverbrauch für Mobilitätsinfrastruktur: +++

4 Faktorprojektionen – Migration und Bevölkerungsentwicklung (Schlüsselfaktor)



Achsen:

- Immigration hoch vs. niedrig
- Schweizer Familienpolitik förderlich vs. nicht förderlich (im Sinn von entweder Policies für Erhöhung der Geburtenrate, Vereinbarung von Beruf und Familie oder für Familiennachzug – je nach Szenario)

Faktorprojektionen:

A) «Die Schweiz der Arbeitsmigration – Domestikengesellschaft»

Hohe Migration – nicht förderliche Familienpolitik

Die Bevölkerung besteht zu einem grossen Anteil aus Schweizer*innen über 65 und einem grossen Anteil Arbeitsmigranten*innen. Kinder gibt es nicht viele. Bald schon machen die nicht stationären Arbeitsmigrant*innen 60% der berufstätigen Bevölkerung aus. Die Bevölkerung ist entsprechend multikulturell und divers. Die meisten Migrant *innen können ihre Familien nicht nachziehen und

bleiben so selbst oft nicht länger als durchschnittlich 5-15 Jahre in der Schweiz, in denen man sich «durchbeisst». Die Stabilität der Bevölkerungsentwicklung, der Sozialwerke und der Wirtschaft muss immer aufs Neue durch neue Immigration gesichert werden.

Es gibt keine staatlichen Integrationsbemühungen, die hohe Diversität führt daher oft zu Konflikten. Der fehlende Sozialstaat und Familienförderung wird von schlecht bezahlten Migrant*innen ersetzt, die die Arbeit übernehmen. Oft wird in prekären Verhältnissen gearbeitet, die Gesellschaft gleicht einer Domestikengesellschaft – die Migrant*innen sollen die Kinder und die Alten pflegen, aber in der Gesellschaft nicht sichtbar sein. Oftmals haben sie selbst Kinder im Heimatland, die während ihrer Abwesenheit in Obhut anderer Familienmitglieder sind. Das Ziel der Migrant*innen ist daher die baldmöglichste Heimkehr, nach einigen Jahren Geldsparen. Das hat dazu geführt, dass sich ein nicht geringer Anteil der Gesellschaft am öffentlichen Leben gänzlich nicht beteiligt. Trotz dieser fehlenden demokratischen Legitimation, wird dieses Schattensystem aktiv gehalten: zum einen weil die Situation vieler (insbesondere) Schweizer Frauen davon abhängt, zum anderen weil die Wirtschaft auf diesem prekären Sektor aufbaut, da die Sozialwerke marode sind und in absehbarer Zeit nicht vom Staat übernommen werden. Der Wohlstand konnte bislang gehalten werden – sobald dieser abnehmen würde, könnten nicht immer wieder aufs Neue Migrant*innen angezogen werden.

Es gab verschiedene Bemühungen, die so tabuisierten Arbeiter*innen zu organisieren und ihre Rechte geltend zu machen. Ein Versuch, sie in einer Gewerkschaft zu organisieren, scheiterte.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Permanente Migration: --
- Arbeitsmigration: +++
- Wohlstand: -
- Wirtschaftsleistung: 0
- Siedlungsfläche: 0

B) «Die proaktive Migrationspolitik – attraktives Einwanderungsland»

Hohe Migration und eine förderliche Familienpolitik

Der Wohlstand in der Schweiz konnte auch dank einer erfolgreichen Migrationspolitik und dadurch funktionierenden Wirtschaft gehalten werden. Der Fachkräftemangel, der in sich in den 2030er Jahren zuspitzte, hat dazu beigetragen, dass sich das Narrativ in der Schweizer Gesellschaft komplett ändern konnte: man hat sich für eine breite und aktive Immigrationspolitik entschieden, die von der ganzen Gesellschaft getragen wurde. Die Migration wurde in allen Qualifikationslevels stark gefördert. Auch die Herkunftsländer, in denen aktive Immigrationspolitik betrieben wird beschränkt sich nicht nur auf die EU und EFTA Länder, die ebenfalls um Immigration bemüht sind, sondern hat sich ausgedehnt auf den Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika. Die Bevölkerung wurde dadurch verjüngt und sehr viel heterogener. Die grosse Diversität wird als Stärke empfunden, die durch viel Austausch und eine gute Durchmischung der Wohnstrukturen aktiv gefördert wurde und wird. Auch eine starke Sozialpolitik begleitet die hohe Immigration. Durch eine förderliche Familienpolitik, werden die Familien der Immigrant*innen oft nachgezogen und die Immigration ist permanent, was sich sowohl auf die Bevölkerungsentwicklung als auch auf die Wirtschaft stabilisierend auswirkt. So konnte die Produktion in der Schweiz gehalten und in gewissen Branchen wieder verstärkt in die Schweiz geholt werden. Dank förderlicher Sozialpolitik, guter Ausbildungsmöglichkeiten, der gut ausgebauten Infrastrukturen und weiterer Faktoren, wie stabile innere Sicherheitslage, konnte die Schweiz ihre hohe Lebensqualität relativ zum Umland halten, was sich im Wettbewerb um Humankapital wiederum förderlich auswirkte. Doch auch das inländische Bevölkerungswachstum

wurde durch die förderliche Familienpolitik leicht gesteigert. Die Betreuungsarbeit wird nach wie vor meist von der Kernfamilie geleistet; der Druck, beide Elternpaare in den Arbeitsmarkt einzubinden, ist nicht sehr hoch, weil die Immigration den Bedarf zu decken vermag. Hingegen wird die Betreuung in den meisten Gesellschaftsschichten sowohl von Frauen als auch von Männern übernommen, seit diese in den 2050er Jahren ihren Anspruch auf Kinderzeit vehement eingefordert hatten. Die Bevölkerung ist sehr gut ausgebildet und der gesellschaftliche Zusammenhalt ist hoch. Die Umwelt und Biodiversität leidet unter dem starken Siedlungsdruck und Verlust von Lebensraum. Denn die Schweiz ist stark verbaut; geschickt verdichtete, lebenswerte Städte mit Hochhäusern, viel Grünraum, familienfreundlichen, autofreien Zonen überdecken das Mittelland. Die Periurbanisierung ist sehr hoch, die Städte wachsen bereits stark bis in die Voralpen hoch.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Permanente Migration: +++
- Arbeitsmigration: --
- Wohlstand: +
- Wirtschaftsleistung: +
- Siedlungsfläche: +++

C) «Schrumpfende Regionen - die desolate Schweiz»

niedrige Migration – nicht förderliche Familienpolitik

Der Wohlstand in der Schweiz hat relativ zu den umliegenden Ländern abgenommen. Die umliegenden Länder haben viel investiert in bessere Lebensbedingungen um die Lebensqualität hoch zu halten, damit die Leute nicht abwanderten. Gleichzeitig hat die Schweiz verschlafen nachzuziehen, so vermag die Schweiz, mit ihren immer noch teuren Lebensstandardkosten, nicht genügend Immigrant*innen anzuziehen um die Sozialwerke und die Wirtschaft stabil zu halten. Die Frauen müssen sich um die Betreuung der Kinder und Betagten kümmern, da staatliche Strukturen fehlen. Somit fehlen die Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Hingegen ist der Anteil an Frauen, die gänzlich auf eine Familie verzichten, sehr hoch, da Kinder zunehmend zu einem finanziellen Risiko geworden sind. Der akute Fachkräftemangel hat manche Industrie dazu bewogen, ins Ausland abzuziehen. Die Qualität des Forschungsstandorts hat durch die zunehmende Isolierung der Schweiz vom Ausland, stark abgenommen, dies hat auch dazu geführt, dass die Schweiz technologisch hintenherhinkt.

Die Pflege der Betagten ist nicht staatlich organisiert, die Familienangehörigen, in erster Linie die Frauen, übernehmen diese Aufgaben. Es gab Versuche, Betagtenheime (v.a. für Betagte ohne Familienangehörige) in die Philippinen auszulagern, dies konnte sich aber nicht durchsetzen. Viele Betagte wandern nach der Pensionierung in Länder mit niedrigen Lebensstandardkosten aus, kommen aber mit 80 zurück, wenn sie ins pflegebedürftige Alter kommen. Die Mortalität ist stark angestiegen, zum einen weil das Gesundheitssystem chronisch überlastet ist, zum andern, weil die Schweiz generell nicht fähig ist, Krisen (Umweltkrisen, Gesundheitskrisen, etc.) aufzufangen und zu bewältigen.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Permanente Migration: ---
- Arbeitsmigration: ---
- Wohlstand: --
- Wirtschaftsleistung: -
- Siedlungsfläche: --

D) «Inländische Aktivierung - die isoliert funktionierende Schweiz»

Niedrige Migration und eine förderliche Familienpolitik

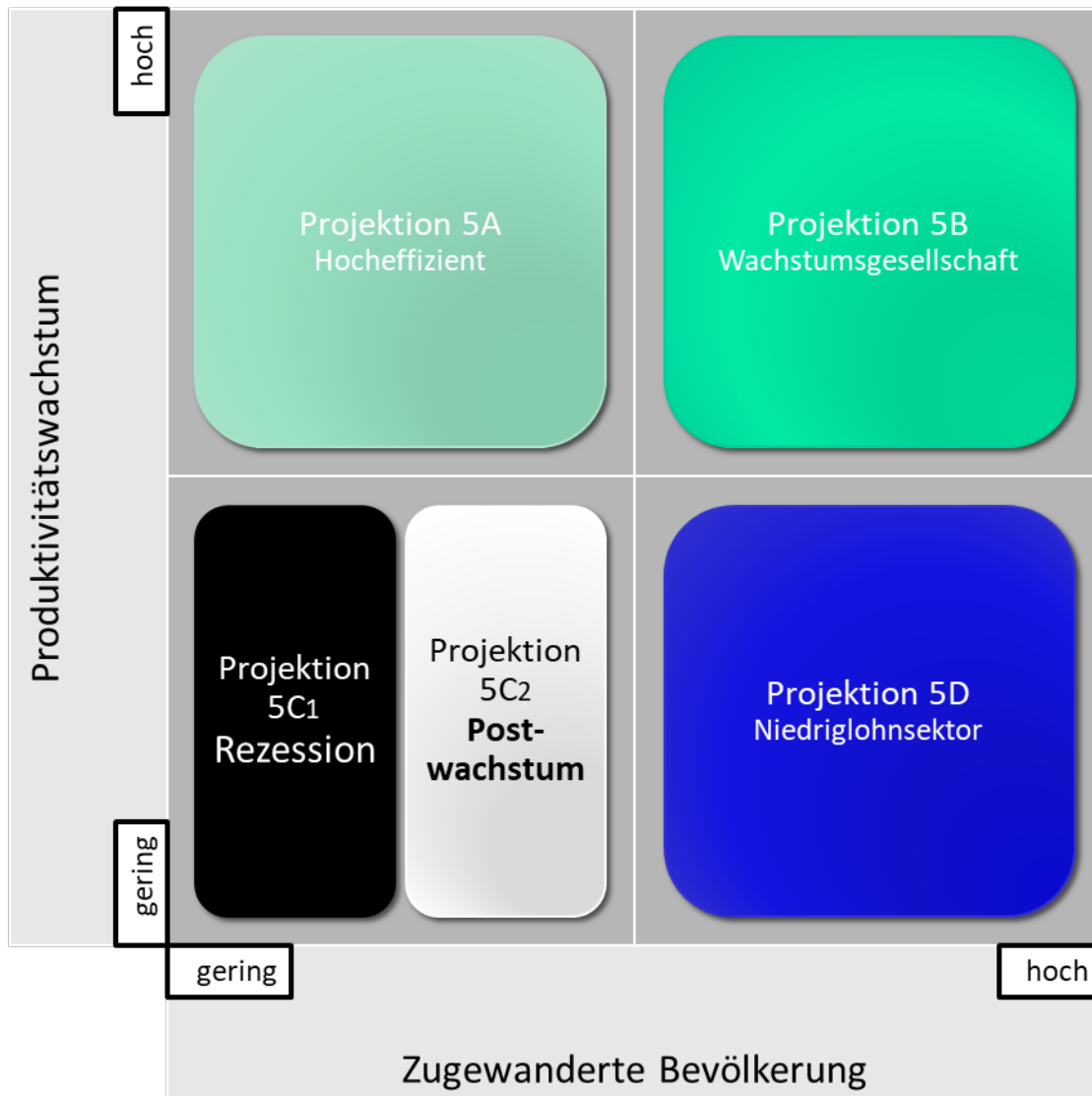
Die Migration wurde stark eingeschränkt. In der Bevölkerung und der Politik herrschte lange Zeit eine isolationistische Stimmung, man will sich abschotten. Im gleichen Zug hat man den Sozialstaat massiv ausgebaut und eine beinahe aggressive Familienpolitik betrieben, sodass die Geburtenrate stark gehoben werden konnte. Gleichzeitig wurden sowohl die Frauen sehr stark in den Arbeitsmarkt eingebunden, als auch das Rentenalter (flexibel) stark erhöht. Teilzeitstellen werden praktisch in keinem Bereich mehr angeboten. Dies konnte nur durch ein stark ausgebautes Angebot der Kinderbetreuung erreicht werden. Auch das Pflegesystem für Betagte hat sich diversifiziert und geht spezifischer auf alle Abstufungen von Bedürfnissen ein. Angehörige wurden so stark entlastet, sie sind kaum noch involviert in Betreuung oder Pflege. Auch das Ausbildungssystem wurde angepasst und nochmals stark dynamisiert: Weiterbildungen gehören im Berufsleben zur Pflicht – niemand wird abgehängt. Das Potential aus bildungsfernen Bevölkerungsschichten wurde mit gezielten Programmen ausgeschöpft – die soziale Herkunft spielt keine Rolle mehr bei Bildungsverläufen. Oftmals fehlt es an Personal für schlechter bezahlte Arbeit: die wenigen Migrant*innen, die die Schweiz aus «humanitären Gründen» aufnimmt, steigen rasch auf in ebenfalls benötigte besser bezahlte Stellen. Das hat dazu geführt, dass die Gehälter dieser Jobs stark erhöht werden mussten. Die Schweiz gibt grosse Anteile ihres Budgets für Pflege, Betreuung und die Instandhaltung und Betrieb ihrer Infrastrukturen aus.

Die Lebensqualität und der Wohlstand konnten somit gehalten werden, dies nur unter sehr restriktiven Einwanderungsbestimmungen und hohen Kosten. Die Schweiz ist isoliert.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Permanente Migration: --
- Arbeitsmigration: --
- Wohlstand: 0
- Wirtschaftsleistung: --
- Siedlungsfläche: 0

5 Faktorprojektionen – Wirtschaftsentwicklung (Schlüsselfaktor)



Achsen:

- Produktivitätswachstum niedrig vs. hoch
- Zugewanderte Bevölkerung niedrig vs. hoch

Faktorprojektionen:

A) «Hocheffizienz»

Produktivitätswachstum hoch – Zugewanderte Bevölkerung niedrig

In der Schweiz stagniert die Wirtschaft. Die Fertilität ist gering, und die zugewanderte Bevölkerung nimmt ab. Der Konsum nimmt deshalb ab. Der Staat reagiert auf den abnehmenden Konsum mit Förderungen von und Investitionen in neue Technologien und hochqualifizierten Ausbildungen. Schon Mitte der 2050er-Jahre kommen viele Firmen mit wenig Personal aus und können Prozesse hocheffizient erledigen und Produkte mit wenig Material- und Zeitverlust herstellen. Die Wirtschaft ist hochspezialisiert. Dies hat auch positive Auswirkungen auf die Umwelt, denn durch die

Effizienzgewinne und die geringere Nachfrage werden weniger (natürliche) Ressourcen als Input gebraucht. Insgesamt können jedoch die Effizienzgewinne den abnehmenden Konsum nur ausgleichen.

Die Zuwanderung wird durch ein restriktives Migrationsregime eingedämmt und konservative, jedoch sehr wirtschaftsliberale politische Kräfte sind an der Macht. So wird der Protektionismus abgebaut und der internationale Handel bleibt rege. Dafür wird viel in die Technologisierung der inländischen Landwirtschaft investiert, um eine Schweiz mit möglichst hohem Selbstversorgungsgrad erreichen zu können.

B) «Wachstumsgesellschaft»

Produktivitätswachstum hoch – Zugewanderte Bevölkerung hoch

In der Schweiz herrscht fortwährendes Wirtschaftswachstum. Dies hat vor allem zwei Gründe: Steigender Konsum und technologischer Fortschritt/Wissenszuwachs.

Die Fertilität ist gering, doch aufgrund der gestiegenen zugewanderten Bevölkerung ist die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen gestiegen. Der Konsum nimmt entsprechend auch zu. Der anhaltende Zustrom an Fachkräften aus dem Ausland führt zu Wissenszuwachs, der sich in technologischem Fortschritt niederschlägt, welcher wiederum zu einer Erhöhung der Effizienz und letztlich der Produktivität führt. Eine zunehmende Arbeitsteilung und eine hoch spezialisierte Wirtschaft sind die Folge.

Der Anstieg der zugewanderten Bevölkerung ist auf das wenig restriktive Migrationsregime sowie die wirtschaftliche Attraktivität der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern zurückzuführen. Sowohl EU- wie auch Nicht-EU-Bürger:innen erhalten schnell und ohne grossen bürokratischen Aufwand ein Arbeitsvisum für die Schweiz. Zudem werden teure protektionistische Massnahmen aufgehoben, allen voran in der Landwirtschaft, und es werden weniger Mittel für Grenzschutz und Militär gesprochen. Die Wirtschaft wird dadurch dynamischer und bietet einen fruchtbaren Boden für die Verwertung von Wissenszuwachs in Effizienz- und Produktivitätssteigerungen. Dies hat auch positive Auswirkungen auf die Umwelt, denn durch die Effizienzgewinne werden weniger (natürliche) Ressourcen als Input gebraucht.

Es erhebt sich jedoch auch Widerstand gegen dieses liberale Regime, allen voran von nationalistischen Parteien. Doch der Widerstand bleibt erfolglos – auch, weil gesellschaftliche Werte wie Traditionalismus und Konservatismus weniger wichtig werden. An ihre Stelle treten Offenheit für andere Kulturen und Ideen. Damit einher geht eine Starke Gewichtung von Mitsprache an politischen Entscheiden durch die Bevölkerung. Es sollen gleiche Mitsprachemöglichkeiten für alle bestehen. Die Digitalisierung ermöglicht neue Formen der Mitsprache, wodurch Feedback aus der Bevölkerung in hoher Geschwindigkeit an die Regierung gelangt. Die Regierung nimmt dieses Feedback ernst, ist ein adäquater und schneller Vermittler der Volksmeinung und implementiert Wünsche aus der Bevölkerung möglichst rasch.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Konsum: +++
- Technologischer Fortschritt/Wissenszuwachs: +++
- Umweltschutz: ++
- Partizipation der Bevölkerung an politischen Prozessen/Entscheiden: +
- Grenzschutz und Protektionismus: --

B) Wachstumsrückgang

1) «Rezession»

Produktivitätswachstum niedrig; Zugewanderte Bevölkerung niedrig

In der Schweiz ist das Wirtschaftswachstum stagniert oder es ist sogar negativ. Durch die Abnahme der Zuwanderung sinkt der Konsum und keine neuen Fachkräfte wandern ein, die erforderlich wären, um den für hohe Produktivitätszunahme nötigen Wissenszuwachs beizusteuern. Entsprechend nimmt die Spezialisierung der Wirtschaft ab, so dass *Economies of scale* und *Economies of scope* nicht mehr realisiert werden. Die Schweiz ist im internationalen Vergleich wirtschaftlich nicht attraktiv genug, um potenzielle qualifizierte Zuwanderer anzuziehen. Eher gehen diese in andere Länder.

Die Zuwanderung wird durch ein restriktives Migrationsregime eingedämmt und konservative politische Kräfte sind an der Macht. Selbstgenügsamkeit ist das gesellschaftspolitische Credo. So wird der Protektionismus ausgebaut und der internationale Handel geht stark zurück. Dafür wird viel in die inländische Landwirtschaft investiert, um eine Schweiz mit möglichst hohem Selbstversorgungsgrad erreichen zu können. Wegen des Mangels an neuen Technologien können die landwirtschaftlichen Flächen nicht mit effizienteren, boden- und flächenschonenden Mitteln bewirtschaftet werden. Stattdessen werden die Böden intensiv genutzt, was zu einer grossflächigen Auslaugung der Böden führt. Neue effiziente Technologien können auch nicht für die Produktion von anderweitigen Gütern und Dienstleistungen eingesetzt werden, was weitere negative Folgen für die Umwelt hat.

Die Politik der Abschottung vom Rest der Welt ist Nährboden für rechtsnationalistische oder ökofaschistische Bewegungen, die zunehmend einen Einfluss auf das Regime haben: Das Schweizer politische System der direkten Demokratie wird zunehmend untergraben und erhält immer mehr autokratische Züge.

2) «Degrowth»

Produktivitätswachstum niedrig; Zugewanderte Bevölkerung niedrig

Produktivität sinkt, Konsum sinkt, Dematerialisierung, Einwanderung sinkt, da weniger Arbeitsplätze, Schrumpfung der Wirtschaft, Abnahme des finanziellen Wohlstandes, Zunahme des Zeitwohlstandes, falls Abfederung durch den Staat (Grundeinkommen, Arbeit weniger besteuert etc.)

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Konsum: ---
- Technologischer Fortschritt/Wissenszuwachs: ---
- Umweltschutz: --
- Partizipation der Bevölkerung an politischen Prozessen/Entscheiden: -
- Grenzschutz und Protektionismus: +++

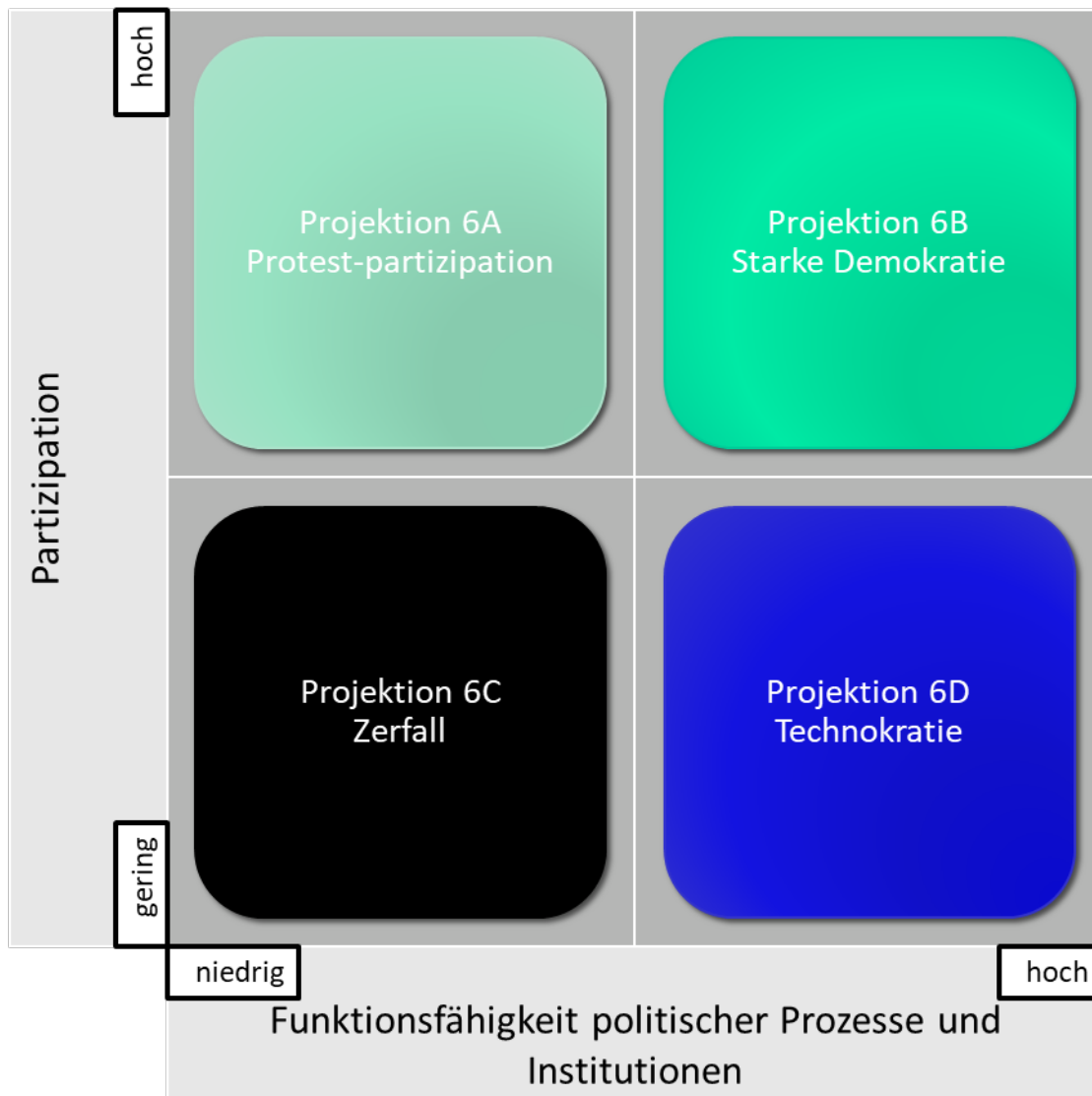
C) «Niedriglohnsektor» (nicht mit Experten gespiegelt)

Produktivitätswachstum niedrig – Zugewanderte Bevölkerung hoch

In der Schweiz stagniert die Wirtschaft. Die Fertilität ist gering, die Immigration ist hoch. Der Konsum steigt deshalb fortwährend. Die Immigration basiert hauptsächlich auf push-Faktoren anderer Weltenregionen. (Umwelt-) Krisen verursachen grosse Migrationsströme, Europa und die Schweiz erfahren regelmässig hohe Einwanderungswellen. Die Bewältigung der krisenbedingten Migrationsströme verursachen hohe Kosten, die Integration in die Gesellschaft und die Einbindung

in den Arbeitsmarkt gelangen nur langsam, wegen ineffizienten Abläufen, geringen Ressourcen, fehlendem Willen in Politik und Gesellschaft. Für Investitionen in technologische Innovationen fehlen staatliche Ressourcen, die Wirtschaft stagniert, der Niedriglohnsektor und die Schwarzarbeit steigen stark an. Die ausgebliebenen Investitionen in neue Technologien haben schlechte Auswirkungen auf die Umwelt, weil keine ressourcenschonenden Technologien zum Einsatz kommen.

6 Faktorprojektionen – Demokratie (Schlüsselfaktor)



Achsen:

- Partizipation hoch vs. niedrig
- Funktionsfähigkeit politischer Prozesse und Institutionen hoch vs. niedrig

Faktorprojektionen:

A) «Starke Demokratie»

Hohe Partizipation und hohe Funktionsfähigkeit

Das Subsidiaritätsprinzip wurde gestärkt. Die politischen Institutionen sind stark und verlässlich. Auch für Regionen übergreifende und internationale Themen bestehen klare Verantwortlichkeiten. Die Schweiz ist gut eingebunden in die EU und pflegt regen Austausch mit den Nachbarländern, unter Beibehaltung der politischen Autonomie. Eine rege Diskussions- und Streitkultur, gekoppelt mit einer Kompromissfähigkeit zwischen den Parteien und den politischen Ebenen, tragen dazu bei, dass auch übergeordnete Probleme konstruktiv gelöst werden können. Dies war nicht immer so: In den 2030ern hat sich eine Politikmüdigkeit in der Bevölkerung breit gemacht, es fanden sich keine Leute mehr für die Übernahme politischer Ämter auf Gemeinde- aber auch auf Kantonebene, selbst auf

nationaler Ebene wurde der Ton dermassen rau und die Kompromissfähigkeit nahm stetig ab, resp. die Polarisierung zu und viele Geschäfte blieben blockiert, sodass gewisse Parteien Mühe hatten, Kandidat*innen fürs nationale Parlament zu stellen. Um diesem Trend entgegenzuwirken hat man Anfangs der 2040er Jahre Massnahmen ergriffen: erstens hat man eine Offensive in politischer Bildung gestartet, zweitens wurde ein unabhängiges vielfältiges Medienangebot gestärkt (es gehört heute zum guten Ton, den nationalen Kanal abonniert zu haben) und drittens wurde der von Gewissen als verstaubt und altherkömmlich bezeichnete Landdienst wieder eingeführt. Zudem wurde das Vereinswesen gestärkt – eine Reduktion der Arbeitswochenstunden hat diesen Prozess unterstützt. Das Vereinswesen blühte auf, was eine engagierte Bevölkerung und einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt hervorbrachte. Die Offensive zur politischen Bildung hatte vorerst rein einen Anstieg der Abstimmungsbeteiligung zur Folge. Zwei weitere Massnahmen haben der politischen Beteiligung zusätzlichen Schub verliehen und zwar 1. die Digitalisierung der Vernehmlassungsbeteiligung: es können nun sogar persönliche Stellungnahmen abgegeben werden welche per AI ausgewertet werden. 2. Hat die Dynamisierung der Stimmabgabe die politische Landschaft sowie die politische Beteiligung stark verändert: Seit für Sachthemen die eigene Stimme an ausgewählte Organisationen des Vertrauens abgegeben werden kann, haben sich eine Vielzahl von solcher Organisationen mit Themenschwerpunkten gebildet, die aktiv teilhaben und auch von Initiativ- und Referendumsrecht Gebrauch machen. Die politische Teilhabe ist für viele fester Bestandteil der neu gewonnenen Freizeit geworden. Politische Ämter geniessen entsprechen wieder ein höheres Ansehen, oft werden sie zu zweit oder innerhalb eines Kollektivs ausgeübt; es wird als attraktiv empfunden, mitzugestalten und zu bestimmen. Bürger*innenräte, die sich nie als neue Institution durchsetzen konnten, werden heutzutage eingesetzt um die Stimmung in der Bevölkerung zu bestimmten Sachthemen abzuholen, im Vorfeld einer parlamentarischen Debatte. Es herrscht eine zuversichtliche Stimmung in der Bevölkerung, man hat das Vertrauen in die politischen Institutionen zurückerlangt und glaubt auch an die Selbstwirksamkeit darin. Die Bereitschaft zum Wandel ist sowohl in der Gesellschaft als auch in den politischen Institutionen sehr hoch. Voraussetzung dazu war, dass der Wohlstand gehalten werden konnte. Die Ungleichheit hat sich dank gewisser Umverteilungsmassnahmen (wie z.B. der Einführung der Erbschaftssteuer) nicht zusätzlich verschärft und das Prekariat konnte entschärft werden. Vor dem Hintergrund dieser stabilen Verhältnisse und florierender Wirtschaft, hat die Schweiz auch die technologische Innovation stark gefördert – dabei wurde hauptsächlich auf dezentrale Technologien gesetzt mit grossem Breitennutzen.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Partizipation: +++
- Wohlstand: +
- Wandelbarkeit der Institutionen: +++

B) «Technokratie»

Hohe Funktionsfähigkeit – niedrige Partizipation

Die Politikmüdigkeit, die sich in den 2030er Jahren in der Bevölkerung breit gemacht hatte, hat in eine Politikapathie gemündet. Der Wohlstand konnte gehalten werden, auch die politischen Institutionen sind stabil. Es herrscht ein einigermaßen breiter Wertekonsens in einer sehr individualisierten Gesellschaft, die Leute sind zufrieden mit ihrer persönlichen Situation - sehen einfach keine Notwendigkeit ihrer Mitsprache, sie ziehen sich lieber ins Private zurück. Erschwerend kam hinzu, dass in jener Zeit sämtliche grossen Schweizer Medienhäuser von internationalen Medienkonzernen aufgekauft wurden, die destabilisierende Ziele verfolgten; dadurch wurde die politische Berichterstattung eingeschränkt. Für viele politische Ämter konnten keine Leute mehr gewonnen werden, dies führte nach und nach zu einer Schwächung der Subsidiarität und eine schleichende Zentralisierung: viele Kompetenzen

wurden von den Gemeinden an die Kantone und von da an den Bund abgegeben, oft aus Mangel an personellen Ressourcen. Die Gemeinden wurden zusammengelegt und einheitlich verwaltet. Auch auf nationaler Ebene hat das Parlament an Mitsprache eingebüsst, sodass viele Geschäfte auf dem Verordnungsweg von der Verwaltung abgehandelt werden. Die Verwaltung hat in vielen Bereichen die eigentliche Definitions- und Entscheidungsmacht, das Parlament dient der Absegnung der gefällten Entscheide. Die Kantonsregierungen übernehmen die nationalen Verordnungen, sie sehen sich zunehmend in einer Sachzwangslogik gefangen, in welcher sie ihre Verantwortung gerne abgeben: man überlässt die Ausgestaltung des Unvermeidlichen der Verwaltung und den Expert*innen. Als Gegenteil zu dieser Zentralisierung wird die Folklore der Kantone hochgehalten – frühere Landsgemeinden werden im Volksfest-Stil nachinszeniert und gefeiert.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Partizipation: --
- Wohlstand: 0
- Wandelbarkeit der Institutionen: -

C) «Protestpartizipation»

Niedrige Funktionsfähigkeit und hohe Partizipation

Die Parteienlandschaft als auch die Stimmung in der Bevölkerung ist stark polarisiert. Es herrschte vorerst eine rege Beteiligung und hohe institutionelle Partizipation: Alle haben mitgeredet – eine Vielzahl an Bürger*innenräte, Verbände, Vereine bis hin zu Privatpersonen haben die neuen digitalen Mitsprachemöglichkeiten genutzt. Die Kompromissfähigkeit in der politischen Debatte war aber nicht gegeben, viele Geschäfte blieben blockiert und wurden vertagt, es kam zum politischen Stillstand. Übergreifende Probleme konnten nicht gelöst werden, die Demokratie versteinerte und war nicht mehr reaktionsfähig, die Schweiz konnte somit auch keine wichtigen Entscheide mehr fällen bezüglich Einbindung der Schweiz im internationalen Umfeld und konnte die sich überlagernden Krisen und Herausforderungen (von Umweltkrisen über Transformation im Arbeitsmarkt etc.) nicht mehr handhaben und abfedern. Die Schweiz hat in den letzten Jahrzehnten einen massiven Wohlstandsverlust erlitten. Ohne Handlungsspielraum sind die politischen Institutionen irrelevant geworden. Damit einhergehend hat die Bevölkerung auch den Glauben in die politischen Institutionen und deren Output verloren. Unzufriedenheit in der Bevölkerung wird nicht mehr per Initiative oder Referendum in die politische Debatte eingebracht, da nicht mehr an deren Umsetzung geglaubt wird. Es kommt stattdessen verstärkt zu Protesten auf der Strasse. Die Beteiligung an den Protesten ist sehr hoch, durch alle Bevölkerungsschichten hindurch. Bislang kommt es zu gewalttätigen Ausschreitungen. Die Protestierenden teilen sich in zwei Lager: jene, die ihre Rechte und Teilhabe zurückfordern und jene, die einen sofortigen EU-Beitritt der Schweiz fordern.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Partizipation: +
- Wohlstand: --
- Wandelbarkeit der Institutionen: --

D) «Zerfall»

Geringe Partizipation – niedrige Funktionsfähigkeit

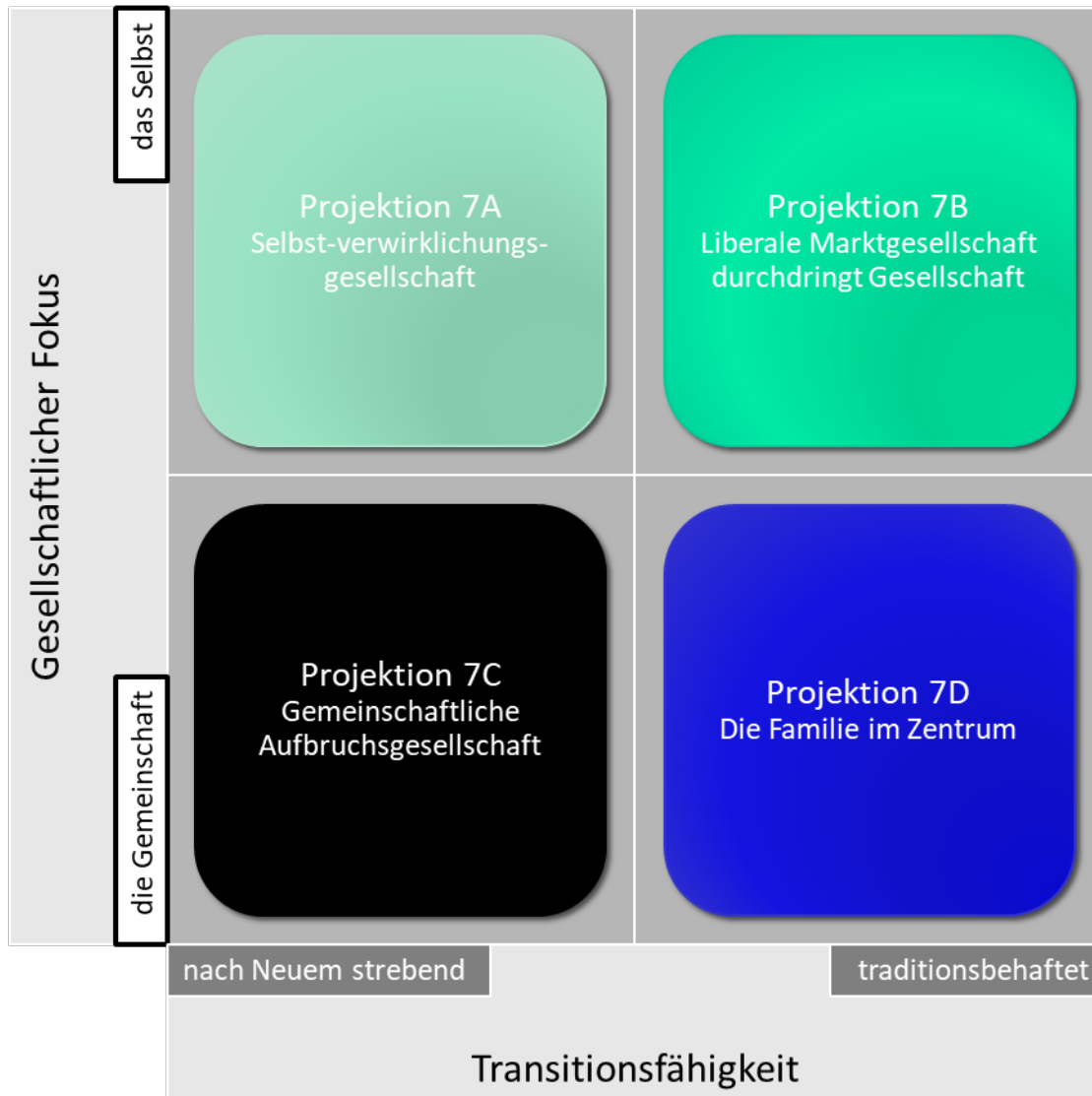
Zur politischen Apathie innerhalb der Bevölkerung, die sich in den 2030ern breit gemacht hat, hat sich ein starkes Misstrauen in die politischen Institutionen gesellt. Die vielen, sich überlagernden und schnell auftretenden Krisen, von der Klima- und Biodiversitätskrise über Pandemien bis hin zur digitalen Transformation des Arbeitsmarkts und entsprechenden sozialen Verwerfungen, konnten von der langsamen Schweizer Politik nicht mehr aufgefangen werden – die Probleme waren zu

komplex und die durch Verunsicherung polarisierte Gesellschaft, die sich auch innerhalb der Parteienlandschaft und im Parlament widerspiegelte, war nicht mehr kompromissbereit und nicht mehr handlungsfähig. Die Bevölkerung hat sich aus mangelndem Vertrauen gänzlich aus dem politischen Geschehen zurückgezogen, jede*r schaut für sein eigenes Wohl und versucht sich über Wasser zu halten. Durch Desinteresse und Abwendung und somit fehlender breiter Kontrolle, kam es zu Günstlingswirtschaft. Der Reichtum konzentriert sich immer stärker innerhalb des obersten Bevölkerungssegmentes, während weite Teile der Bevölkerung unter hohem ökonomischen Druck stehen, viele die eine Gelegenheit haben, ziehen aufs Land, wo sie gewisse Lebensmittel selbst produzieren oder sie wandern aus. In der Gesellschaft herrscht eine Stimmung der Angst und Verunsicherung, teils von den Krisen herrührend, teils wegen mangelnder Orientierung und einer gefühlten Machtlosigkeit.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Partizipation: ---
- Wohlstand: ---
- Wandelbarkeit der Institutionen: ---

7 Faktorprojektionen – Wertehaltungen (Schlüsselfaktor)



Achsen:

- Die Gemeinschaft im Fokus vs. das Selbst im Fokus
- Nach Neuem strebend vs. Traditionsbehaftet

Faktorprojektionen:

A) «Selbstverwirklichungsgesellschaften»

Selbst im Fokus und transitionsoffen

Die Gesellschaft ist sehr individualistisch. Die individuelle Freiheit steht vor dem Gemeinwohl und die persönlichen Rechte werden hochgehalten. Dies führt zu immer stärkeren Reibereien entlang der Frage, wo die persönliche Freiheit die Freiheit anderer einschränkt. Der Staat versucht, als Forum zur Aushandlung dieses Konflikts zu dienen, scheitert aber oft an einer Rechtsauslegung, die die privaten Rechte stark gewichtet.

B) «Liberaler Marktesellschaft durchdringt Gesellschaft»

Selbst im Fokus und traditionsbehaftet

Lead: Der wirtschaftsliberale Grundsatz der Nutzenmaximierung ist in alle gesellschaftlichen Bereiche vorgedrungen. Ressourcenausbeutung hat die Umweltbedingungen massiv verschlechtert, so dass eine starke Unzufriedenheit in der Bevölkerung herrscht.

In der Schweiz herrscht eine liberal-konservative, traditionelle Marktwirtschaft. Das kapitalistisch-meritokratische Versprechen von Wohlstand durch individuelle Leistung durchdringt die Gesellschaft. Technologische Innovationen werden gesellschaftlich nur akzeptiert, wenn sie ökonomischen Gewinn versprechen. Die Wirtschaft ist auf maximales Wachstum ausgerichtet und die Ressourcenausbeutung wird weiter vorangetrieben, um die Wirtschaft am Laufen zu halten.

Die Gesellschaft ist sehr kompetitiv. Die Marktlogik gilt auch für kollektive und soziale Güter. So ist das Bildungs-, das Gesundheits- und das Transportwesen privatisiert. Auch Freundschaften und Bindungen werden aus einer profitmaximierenden Marktlogik betrachtet. Sobald sie dem eigenen empfundenen Nutzen nicht mehr dienen, werden sie beendet.

Die Umwelt ist in einem schlechten Zustand, weil Ressourcen bis aufs Letzte ausgebeutet werden. Die Konsument*innen – das heisst die Bürger*innen – machen sich gegenseitig für diesen schlechten Zustand verantwortlich. Dies führt zu einer allgemeinen Unzufriedenheit in der Gesellschaft. Weil diese jedoch den individuellen Nutzen ins Zentrum stellt, hat bislang keine gemeinschaftliche Aktion zu einer Verbesserung der Umweltbedingungen stattgefunden. Der Staat ist dazu zu schwach, weil fast alle öffentlichen Dienstleistungen an private Unternehmen ausgelagert wurden, die kein Interesse am gesamtgesellschaftlichen Wohl haben.

C) «Gemeinschaftliche Aufbruchsgesellschaft»

Gemeinschaft im Fokus und nach Neuem strebend

Lead: Es herrscht ein guter sozialer Zusammenhalt und die Gesellschaft ist offen für neue Entwicklungen, die dem Gemeinwohl dienen. Die Schweiz ist sehr dezentral organisiert: Regionen bilden die wichtigste politische und wirtschaftliche Instanz.

Es herrscht ein guter sozialer Zusammenhalt. Die Gesellschaft ist in verschiedensten Gemeinschaften organisiert – von intergenerationellen Wohngemeinschaften über Bürgerräte oder Politik-Beteiligungsgemeinschaft bis hin zu Arbeits- und Freizeitgemeinschaften. Die Gesellschaft ist weltoffen und kreativ. Es herrscht jedoch eine gewisse Technologieskepsis, sofern neue Technologien nicht ins gesellschaftliche, die Gemeinschaft ins Zentrum stellende Leitbild passen. So werden umfassende, zentralisierte Technologien abgelehnt, wohingegen dezentrale kleine Technologien, die von allen angewandt werden können, gut aufgenommen, schnell verbreitet und weiterentwickelt werden.

Das Einkommen pro Person hat abgenommen. Die politische Beteiligung der Bürger*innen ist hoch. Die Gemeinden und Regionen haben in den letzten Jahren an Einfluss und Kompetenzen gewonnen. Es ist die Norm, sich für politische Beteiligung und gemeinschaftliches Engagement Zeit einzuplanen. Auch globale Themen, die einst auf höheren politischen Ebenen besprochen wurden, werden in dezentralen Einheiten bearbeitet. Es findet eine Aufweichung des Nationalstaates statt, während die Region die wichtigste Einheit wird. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht dominieren gemeinschaftliche Strukturen. So werden kollektive Güter kollaborativ über die Grenzen hinweg verwaltet.

D) «Chäs und Hörnli»

Gemeinschaft im Fokus und traditionsbehaftet

Lead: Traditionsbewusstsein und Suffizienz sind die vorherrschenden Werte in der Schweizer Bevölkerung. Nebst starker sozialer Kontrolle gehen diese Werte auch mit einer Verbundenheit mit dem Lokalen und der Natur einher. Viele Menschen sind sehr immobil und wohnen in ländlichen Orten.

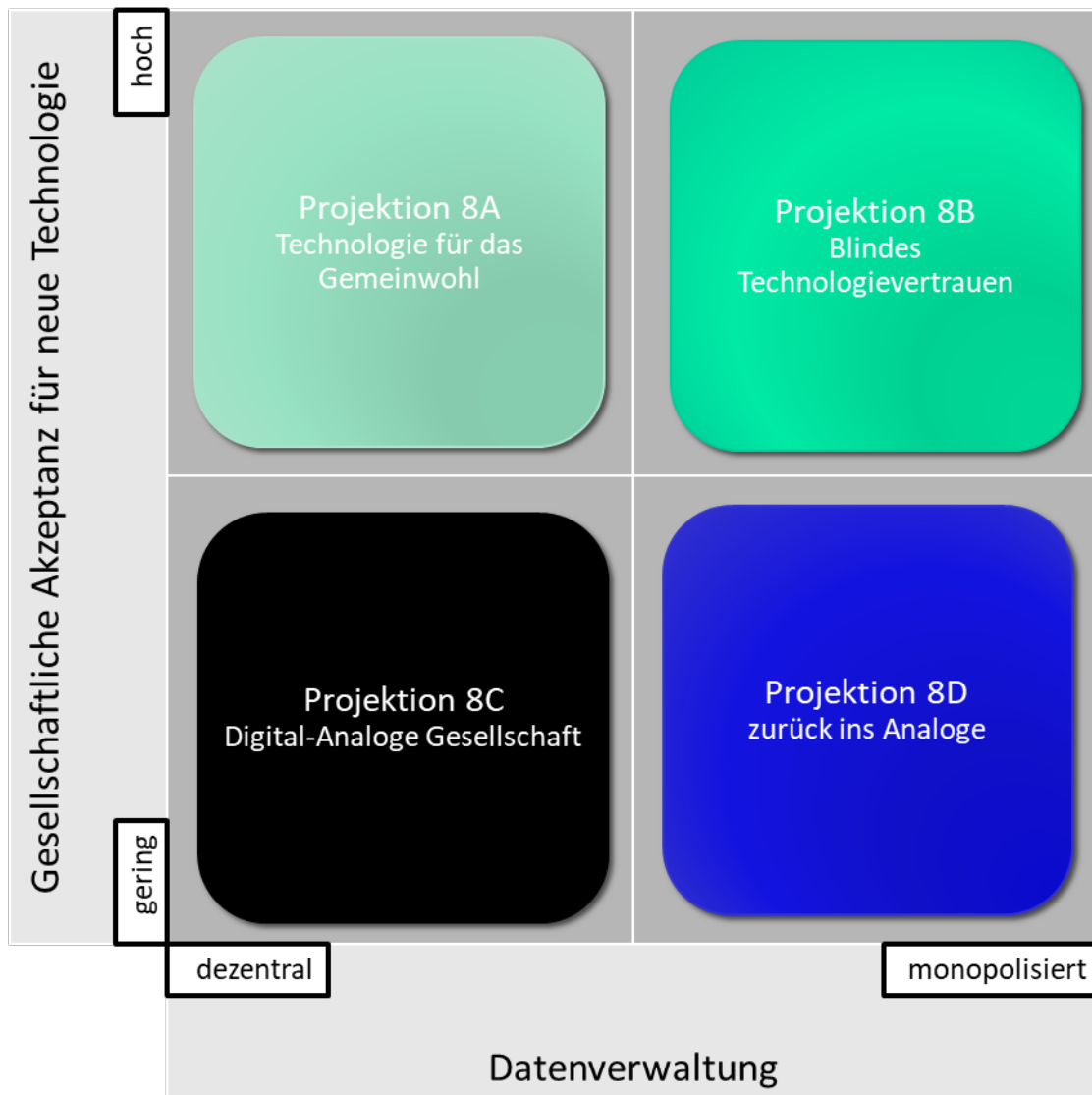
Die Werte wandeln sich hin zu Lokalität, Traditionsbewusstsein und Besinnung auf die einfachen Werte. «Hörnli und Käse» ist das gesellschaftliche Credo: Das Einfache und Vertraute gilt als schick. Es werden Sing- und Lottoabende in den Gemeinschaftszentren sowohl in der Stadt als auch im Dorf organisiert. Die Familie wird als die starke Einheit angesehen und hat einen entsprechend hohen Stellenwert in der Gesellschaft. Soziale Bindungen – sowohl Freundschaften als auch Partnerschaften – werden wieder fürs Leben geschlossen, so dass die Scheidungsraten zurückgehen. Es besteht eine starke soziale Kontrolle, die Gesellschaft verlangt eine gewisse Homogenität, von Zugezogenen wird starke Assimilation in die Leitidee der Gesellschaft verlangt.

Globale Destinationen sind aus dem Ferienkatalog verschwunden. Campingferien im Tessin und am Pfäffikersee sind im Trend. Dank Digitalisierung ist die Arbeit nicht mehr an einen Ort gebunden, so dass auch Bevölkerungsgruppen, die traditionellerweise unbezahlte Care-Arbeit von zu Haus aus leisten, in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Diese starke Gewichtung des Lokalen ging auch einher mit einer stärkeren Verbundenheit mit der Umgebung und Natur, was grosse Bevölkerungsteile dazu veranlasste, in ländliche Regionen zu ziehen. Es fand eine regelrechte Stadtfucht statt. So ist auch das Umweltbewusstsein sehr hoch und die Bevölkerung nimmt sich als sehr naturverbunden wahr.

Generell fand eine Entschleunigung statt. Suffizienzwerte, die mit der «Rückbesinnung» aufs Einfache einhergingen, werden hochgehalten. Das heisst im Wesentlichen zufrieden sein mit dem, was man hat und nicht immer nach mehr materiellem Besitz und sozialem Ansehen zu streben.

8 Faktorprojektionen – Digitalisierung (Schlüsselfaktor)



Achsen:

- Gesellschaftliche Akzeptanz hoch vs. niedrig
- Daten und Dateninformation monopolisiert vs. dezentral verwaltet

Faktorprojektionen:

A) «Technologie für das Gemeinwohl»

Gesellschaftliche Akzeptanz für Digitalisierung ist vorhanden & Daten und Dateninfrastruktur sind nicht monopolisiert

In weiten Teilen der Bevölkerung herrscht Offenheit für neue Technologien und digitale Anwendungen. Sowohl von der öffentlichen Hand wie auch von Unternehmen angebotene digitale Lösungen werden stark nachgefragt.

Der Staat investiert viel in die Digitalisierung. Er fördert die Umwandlung von analogen in digitale Prozesse mit steuerlichen Anreizen für Unternehmen, die in neue digitale Technologien investieren. Zudem vergibt er Subventionen und Fördermittel an nicht profitorientierte Initiativen und Projekte, die neue Technologien entwickeln und/oder anwenden, um gesellschaftliche Probleme zu lösen. Diese staatlichen Anreize und Förderungen werden gezielt an eine Vielzahl von Unternehmen, Initiativen und Projekten verteilt. Dies sorgt dafür, dass sich nicht nur einige wenige Unternehmen oder Organisationen für die Produktion und Erbringung digitaler Lösungen durchsetzen können, sondern unzählige Unternehmen und Organisationen solche Lösungen anbieten. In der Gesellschaft herrscht schon seit längerem ein reger Diskurs darüber, was die Digitalisierung der Bevölkerung bringen soll und was nicht. Dieser Diskurs entstand vor einigen Jahrzehnten aus der Kritik an Technologie-Unternehmen, die die Daten der Nutzer*innen ihrer Dienstleistungen für ihre Zwecke – allen voran für die Profitmaximierung – verwendeten. Es bildete sich immer ausgeprägtere Widerstandsbewegungen gegen diese Praxis der Unternehmen. Die Forderungen der Bewegungen nach mehr Datenschutz fanden über die Jahre ihren Weg in die Politik, so dass digitaler Datenschutz mittlerweile eines der wichtigsten Themen der Bundesverwaltung ist. Es gibt eine Reihe von Gesetzen, die Unternehmen und anderen Organisationen einhalten müssen, wenn sie Daten von Nutzer*innen sammeln möchten. Sie schreiben vor, dass Nutzer*innen klar und verständlich über alle Zwecke, für welche ihre Daten verwendet werden, informiert werden müssen. Die Nutzer*innen können entscheiden, für welche Zwecke die Daten verwendet werden dürfen. So haben sie auch das Recht, Algorithmen, die die Inhalte auf ihren Nutzer*innenprofilen bestimmen, anzupassen. Zudem besteht eine Entschädigungspflicht für die Nutzung von Nutzer*innendaten.

Im Zuge der Bewegungen, die sich für mehr Nutzer*innendaten-Rechte einsetzten, entstanden unzählige zivilgesellschaftliche Initiativen, die alternative digitale Dienstleistungen entwickelten, welche die Nutzer*innenhoheit über deren Daten ins Zentrum stellten. Aus diesen unabhängigen Initiativen bildeten sich eine Vielzahl an Organisationen, die am Gemeinwohl orientierte digitale Lösungen entwickeln. Sehr viele Menschen engagieren sich in ihrer Freizeit in Projekten solcher Organisationen. Da der Staat schon vor einigen Jahrzehnten eine ausgiebige IT-Ausbildung in Grund- und weitergehenden Schulen vorschreibt, sind viele Menschen in der Lage, zu programmieren oder Applikationen zu entwickeln. Die Effizienzsteigerung durch digitale Prozesse hat zudem dazu geführt, dass die Leute weniger Erwerbsarbeit leisten müssen, um genug zu verdienen. Sie haben mehr Freizeit, die sie für gemeinnützige IT-Projekte aufwenden können.

Im Windschatten der Bewegungen, die mehr Datenschutz forderten, konnten sich Initiativen formieren, die die Veröffentlichung und Zugänglichkeit von Daten verlangten, welche für wissenschaftliche Zwecke gesammelt wurden. Die Initiativen konnten über die Jahre bewirken, dass nicht-sensitive wissenschaftliche Daten auf einer zentralen, vom Staat unterhaltenen Datenbank abgespeichert werden müssen und dort für alle zugänglich sind. Insbesondere im Bereich des Umweltschutzes hatte dies Auswirkungen. Neue Satelliten- und Sensortechnologien sowie automatisierte Auswertungen von Satellitenbildern und anderen Daten machen es mittlerweile möglich, Echtzeitdaten über den Zustand des Klimas und der Umwelt zu erhalten und über diese Datenbank abzurufen. Mit diesen Technologien als Grundlage besteht das Potenzial, Umweltschäden in Zukunft in nahezu Echtzeit zu erkennen und mittelfristig so erheblich zu reduzieren. Denn die dichte Datengrundlage wird es Umweltschutzorganisationen und staatlichen Behörden ermöglichen, mit geringem Aufwand aus den Daten ableiten können, wer wann für welche Umweltschäden verantwortlich ist. Umweltzerstörung kann so sehr gezielt sanktioniert werden.

So konnten auch der Mehrverbrauch von Produkten und Ressourcen eingedämmt werden, der durch Effizienzsteigerungen neuer Technologien ermöglicht und befeuert wurde. Vor allem in einst energieintensiven Bereichen wie zum Beispiel im Verkehrs- und Transportwesen hat sich dies

bemerkbar gemacht. Das öffentliche Transportwesen wurde so ausgerichtet, dass möglichst viele Menschen in kurzer Zeit und Distanz zu den Orten gelangen, wo sie ihre Grundbedürfnisse decken können. Platzsparende und leichte Transportmittel wie Velos werden bevorzugt. Längere Strecken an Orte, die nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden können, werden mit autonom fahrenden Autos unternommen, die als Sammeltaxi herumfahren und die effizienteste Route berechnen.

Dank den öffentlich zugänglichen Datengrundlagen kann jede Person einsehen, wo und wie sie ihren Impact auf die Umwelt möglicherweise reduzieren kann. Jede Person erhält mithilfe eines Tools, in das sie Daten zu ihrer Lebensweise aus persönlichen Datenprofilen übertragen kann, Empfehlungen zu einem nachhaltigen Lebensstil.

B) «Blindes Technologievertrauen»

Gesellschaftliche Akzeptanz für Digitalisierung ist vorhanden & Daten und Dateninfrastruktur sind monopolisiert

In weiten Teilen der Bevölkerung wie auch von Seiten der Politik herrscht Offenheit für neue Technologien und digitale Anwendungen. Die Handvoll global agierender Technologie-Unternehmen, die bereits Mitte der 2020er-Jahre einen Grossteil des Markts für technologische Innovationen und digitale Anwendungen dominierten, haben über die Jahre ihre Marktmacht weiter ausbauen können. Diese Unternehmen haben Tochterunternehmen im gesamten erdenklichen Produkte- und Dienstleistungsspektrum. Durch die wirtschaftsliberalen Kräfte, die in den 2030er-Jahren an politischem Einfluss gewannen, wurden auch viele öffentliche Dienstleistungen wie das Bildungswesen oder die gesundheitliche Grundversorgung privatisiert. Die Unternehmen, die den Zuschlag für die Erbringung dieser Dienstleistungen erhielten, wurden nach und nach von den dominierenden Technologie-Unternehmen aufgekauft. Jede*r Bewohner*in ist somit auf die Dienste dieser Unternehmen angewiesen. Die Profitinteressen der Unternehmen widersprechen jedoch den Interessen der am Allgemeinwohl orientierten öffentlichen Dienstleistungen. Die Dienste sind nur noch für Personen zugänglich, die einen Account bei dem entsprechenden Unternehmen haben und dafür die Gebühren zahlen können. Weniger vermögenden Teile der Bevölkerung wurden so nach und nach von grundlegenden Dienstleistungen in der Gesundheitsversorgung oder der Bildung ausgeschlossen.

Insgesamt hat die Bevölkerung wie auch der Staat aber Vertrauen in diese Unternehmen, weil diese immer wieder mit bahnbrechenden Technologien auftrumpfen und damit Eindruck schinden. So gibt es kaum regulatorische Vorschriften für Technologie-Unternehmen – auch, weil der politische Einfluss der Unternehmen über Lobbying-Aktivitäten gross ist. Nutzer*innendaten werden gesammelt und für profitmaximierende Zwecke verwendet, während Nutzer*innen kein Recht besitzen, einzusehen, wofür ihre Daten verwendet werden. Nutzer*innen würden auch niemals die Verwendung ihrer Daten hinterfragen, da sie den Unternehmen blind vertrauen und glauben, dass ihre Daten für die Optimierung ihrer Produkte und Dienstleistungen verwendet werden.

Obwohl durch die bahnbrechenden Technologien der Unternehmen Produktionsprozesse und technische Geräte sehr viel effizienter geworden sind, hat der gesamte Energie- und Ressourcenverbrauch in der Schweiz nicht abgenommen. Die Bevölkerung kann es sich leisten, mehr als früher zu konsumieren, wodurch sie trotz Effizienzgewinnen gleich viel Energie und Ressourcen wie noch Anfang 2020er-Jahre verbraucht. Durch den Verbrauch von Ressourcen wurden die Klima- und Umweltbedingungen immer prekärer. Doch der Glaube der Politik und der Bevölkerung, dass es technische Lösungen für diese Probleme gibt, ist omnipräsent. Dies schlägt sich vor allem in der

Bildungspolitik nieder. Lehrpläne in Grund- und weitergehenden Schulen schreiben der Vermittlung technischer Fähigkeiten und Kompetenzen (Programmieren, Technologiemanagement, Ingenieurwesen etc.) höchste Priorität zu. Sprachen, Sport und Gestalten sind zu Randfächern degradiert worden. An den Universitäten werden die meisten Lehrstühle von den dominanten Technologie-Unternehmen gesponsert. Entsprechend sind die Lehrinhalte auf die Interessen der Unternehmen abgestimmt.

Der Wille, gemeinsam eine Herausforderung wie die Verbesserung der Klima- und Umweltbedingungen anzugehen, ist in der Bevölkerung kaum vorhanden, denn die Individualisierung in der Gesellschaft ist gross – angetrieben durch all die technischen Gadgets, die sich so gut wie alle leisten können und mit denen man sich jederzeit selbst beschäftigen bzw. ablenken kann. Es wird suggeriert, dass physische Interaktionen überflüssig sind. Die meisten Leute können dank Kommunikationstechnologien ihre Erwerbsarbeit von zuhause aus verrichten. Auch für viele Aktivitäten wie Einkaufen brauchen sie ihre eigenen vier Wände nicht zu verlassen, weil neue fortgeschrittene Transportvehikel die bestellten Produkte in Windeseile nach Hause liefern. Zivilgesellschaftliches (gemeinsames) Engagement wird entsprechend weder von der Politik gefördert noch in der breiten Bevölkerung als erstrebenswert angesehen. Die wenigen Initiativen, die sich für Umweltschutz einsetzen, werden von den dominierenden Technologie-Unternehmen konsequent unterdrückt. Sie sehen in den Initiativen eine Bedrohung des für ihren ökonomischen Erfolg so wichtigen Narratives, es gebe für alles eine technische Lösung.

C) «Digital-analoge Gesellschaft»

Gesellschaftliche Akzeptanz für Digitalisierung ist nicht vorhanden & Daten und Dateninfrastruktur sind nicht monopolisiert

In weiten Teilen der Bevölkerung wie auch von Seiten der Politik herrscht keine Offenheit für neue Technologien und digitale Anwendungen. In den 2030er-Jahren wurde die Bevölkerung zunehmend wütender und beunruhigter, weil Tech-Unternehmen ihre Daten für immer abstrusere, mit KI entwickelten Methoden zu Profitzwecken nutzten. Tech-Firmen wurden boykottiert und mehrere Volksinitiativen gestartet. In der Folge wurden Gesetze erlassen, die den Datenschutz stärken sollten und die Bevölkerung von der digitalen Abhängigkeit befreien sollten. Die Gesetze sahen vor, dass Unternehmen keine Gewinne mit User-Daten machen dürfen und jegliche Datennutzungen offengelegt werden müssen. Ausserdem mussten nun alle Dienste, die digital funktionierten, auch analog funktionieren. Die Handvoll Tech-Unternehmen, die den Markt noch in den 2020ern dominierten, haben sich vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen aus der Schweiz zurückgezogen, weil sie keinen Markt mehr für ihre Dienstleistungen vorfanden. In die Bresche sprangen viele kleine gewinn- und nicht gewinnorientierte Unternehmen und Organisationen. Sie sind es nun, die die vorhandenen bzw. früher vorhandenen digitalen Dienstleistungen und Technologien so gut wie möglich auch analog bereitstellen. Es entstand ein neuer Markt für diese digital-analogen Produkte und Dienstleistungen.

D) «Zurück ins analoge Zeitalter»

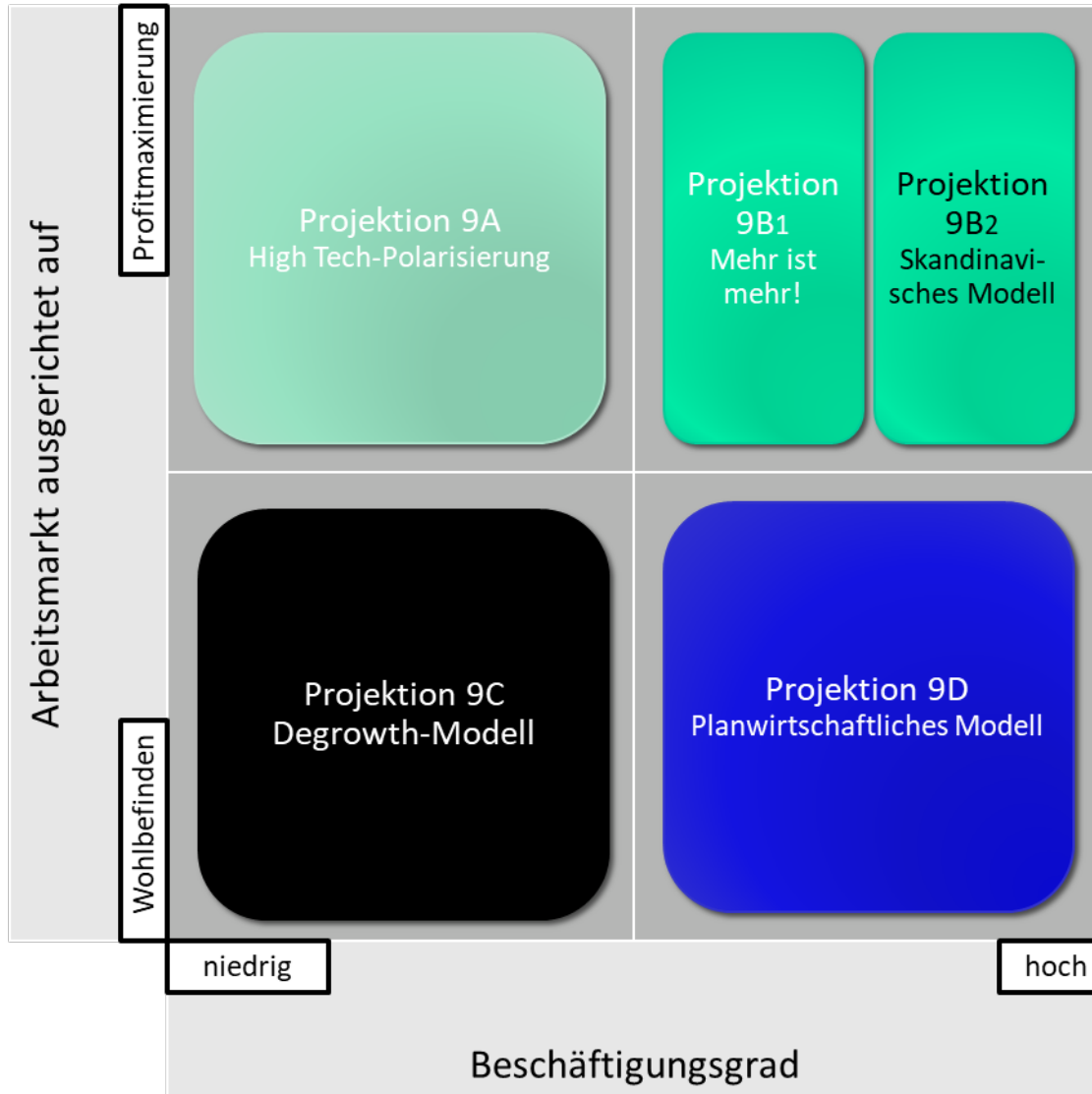
Gesellschaftliche Akzeptanz für Digitalisierung ist nicht vorhanden & Daten und Dateninfrastruktur sind monopolisiert

In weiten Teilen der Bevölkerung wie auch von Seiten der Politik herrscht keine Offenheit für neue Technologien und digitale Anwendungen. In den 2030er-Jahren wurden Gesetze erlassen, die den

Datenschutz stärken sollten. Sie sahen vor, dass der Staat die völlige Hoheit über Datenverwaltung und Dateninfrastruktur hat. Die Handvoll Tech-Unternehmen, die den Markt noch in den 2020ern dominierten, haben sich infolge der neuen Gesetze aus der Schweiz zurückgezogen, weil sie keinen Markt für User-Daten vorfanden. Auch neue Technologie-Firmen finden die Schweiz zu unattraktiv. Der Staat investiert seinerseits nicht allzu viel in den Ausbau von Plattformen und digitalen Technologien. Nur die nötigsten Dienstleistungen wurden digitalisiert. Die Bevölkerung gewöhnte sich zunehmend an den neuen Zustand und fragte immer weniger digitalen Dienstleistungen und Technologien nach. Der Staat genießt das Vertrauen der Bevölkerung, dass ihre Daten sicher aufbewahrt sind. Über die Jahre werden immer mehr alte Technologien, die nicht an das Internet angeschlossen sind, wieder aufbereitet (SMS, Fax, etc.) und repariert. In der Wirtschaft ist der Trieb nach technologischer Innovation, um im Wettbewerb mit den Konkurrenzunternehmen zu bestehen, nach und nach dem in der Gesellschaft mittlerweile stark verankerten Selbstverständnis gewichen, die nötigen Dienstleistungen und Produkte für ein gutes, gesundes Leben bereitzustellen.

Weitere Faktoren

9 Faktorprojektionen – Arbeit



Achsen:

- Arbeitsmarkt ausgerichtet auf Profitmaximierung vs. auf Wohlbefinden
- Beschäftigungsgrad (bezahlter Arbeit) hoch vs. niedrig

Faktorprojektionen:

A) «High Tech-Polarisierung»

Profitmaximierung und niedriger Beschäftigungsgrad

Lead: Eine umfassende Robotisierungs- und Digitalisierungswelle führt zu starken Rationalisierungen im privaten und öffentlichen Sektor. Von den Produktivitätssteigerungen profitiert lediglich eine kleine Elite. Grosse Teile der Bevölkerung wurden langzeitarbeitslos, die Sozialwerke sind zunehmend überlastet. Starke räumliche Segregation und gewaltsame Protestaktionen sind die Folge.

Die Digitalisierung und Robotisierung wurde in den 2030er Jahren stark vorangetrieben. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch das Steuersystem, welches Erwerbsarbeit stark besteuerte und im Vergleich zu anderen Produktionsfaktoren stark verteuerte. Die Verheissung, die Robotisierung werde den Fachkräftemangel entschärfen und deshalb wirtschaftliches Wachstum zum Wohlstand aller generieren, hat den Rückhalt der technologischen Entwicklung in der Schweizer Bevölkerung gestärkt. Die Automatisierung wurde so vorangetrieben, ohne in einen institutionellen oder gesetzlichen Rahmen eingebettet zu sein. Der starke Digitalisierungsschub, der dann stattfand, übertraf alle Erwartungen. Der Schub begann in den 2030ern und 40ern im Rahmen von Pilotprojekten und wurde in den 2050ern zu einer flächendeckenden Entwicklung. Heute werden für Standardabläufe in der Verwaltung robotisierte Lösungen eingesetzt. Die Kinder- und Betagtenbetreuung wird stark durch digitale Angebote unterstützt. Auch verschiedene Therapieformen, wie beispielsweise die Physiotherapie, die Anfang des Jahrhunderts noch von Arbeitskräften abgewickelt wurden, sowie auch Teile der Pflege wurden rationalisiert. Viele Pflegebedürftige können mit technischer Hilfe und Home-Robos lange zuhause selbstständig leben, was das Gesundheitssystem entlastete. Diese Entwicklung ergriff auch andere Sektoren, ganze Branchen wurden umgekrempelt, gewisse vielen ganz weg. Journalistinnen, Übersetzer und Grafikerinnen wurden weitgehend durch KI ersetzt. Auch in Banken, Versicherungen, in der öffentlichen Verwaltung sowie in der Verwaltung des breiten öffentlichen Sektors (wie dem Gesundheitssystem, den Staatsnahen Betrieben etc.) wurden grosse Teile der Belegschaft durch KI-Lösungen ersetzt. Das heutige typische Berufsprofil beinhaltet lediglich noch die Ideengenerierung, die Einspeisung und die Koordination der Software.

Grosse Teile der Bevölkerung waren negativ von den Rationalisierungen betroffen, so dass die Sozialwerke rasch überlastet waren. Grosse Teile der mittleren Einkommensklassen stiegen in den Niedriglohnsektor ab oder wurden zu Langzeitarbeitslosen. Ein bedeutender Anteil der Bevölkerung fand sich innerhalb kurzer Zeit im Prekariat wieder.

Von der Produktivitätssteigerung profitierte hauptsächlich eine kleine, bereits in den 2030er Jahren wohlhabende Elite, welche in technologische Lösungen investierte, sowie jene, die Kapital in den von der Produktivitätssteigerung betroffenen Sektoren investiert hatten. Shareholdervalues konnten gesteigert werden, in dem der Kostenfaktor «Arbeit» minimiert wurde. Da staatliche Umverteilungspolitiken fehlten, konnten diese Vermögenswerte in den Kreisen der Profitierenden gehalten und vermehrt werden. In gewissen Branchen kam es zu Monopolbildungen, welche das Kapital verstärkt zentralisierten.

Dank grossem Investitionsdruck in notwendige Energieinfrastruktur hatten Kernkraftwerke ihr Comeback in den 2040ern. Die Energiegewinnung wird seither sehr zentralisiert organisiert – Solarpanels auf Privatdächern sind aus dem Siedlungsbild verschwunden, da sie in Konkurrenz zur Kernenergie schlicht nicht rentabel waren.

Die grossen Disparitäten, die Mitte des Jahrhunderts weiter zunahmen, spiegeln sich heute auch in der Siedlungsentwicklung wider. Die vermögende Elite hat in bestehenden Städten in Quartieren verstärkt physische Grenzen um ihre Wohngebiete aufgebaut. Der private Sicherheitssektor wurde stark ausgebaut. Bald gab es abgeriegelte Gated Communities, welche für öffentliche Sicherheitskräfte nicht zugänglich waren. In den 2070ern wurde dazu übergegangen, auf der grünen Wiese sogenannte Spezialgemeinden zu gründen, welche von der Gesellschaft völlig abgeschieden funktionierten. Diese Spezialgemeinden der vermögenden Elite sind untereinander gut vernetzt, haben aber mit der restlichen Gesellschaft in der Schweiz keinerlei Berührungspunkte.

Die steigende Unzufriedenheit in breiten Teilen der Bevölkerung, welche von der Produktivitätssteigerung nicht profitierte, zeigte sich lange in Form von Abkapselung und

Politikapathe. Die Vergrößerung des Niedriglohnsektors hatte zur Folge, dass in gewissen Bereichen der Einsatz von Arbeitskräften gegenüber einer kompletten Umstellung auf digitale Lösungen rentabel wurde. Für die Arbeitskräfte bedeutete dies hingegen eine hohe Arbeitsbelastung bei sehr niedrigem Lohn. In den 2070ern verstärkte sich der organisierte Protest, der mittlerweile ein grosses Gewaltpotential entwickelt hat. Bisweilen findet ein gewisses Umdenken in den Unternehmen statt, welche für die überlasteten Sozialwerken einspringen und über Stiftungen gewisse Gewinne an die Bevölkerung rückverteilen.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Erwerbsarbeitszeit pro Person: -
- Integration aller Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt: --
- Externalisierte Care-Arbeitsstunden: --

B) Hohe Produktivität und hoher Beschäftigungsgrad

1) «Mehr ist mehr!»

Arbeitsmarkt ausgerichtet auf Profitmaximierung, Beschäftigungsgrad (bezahlter Arbeit) hoch

Lead: Digitalisierung führte zu starken Rationalisierungen bei Unternehmen und im öffentlichen Sektor. Care-Arbeit wird von den Unternehmen oder von öffentlichen Institutionen übernommen. Die durch die Rationalisierungen verloren gegangenen Arbeitsplätze hielten sich dank Reglementierungen in Grenzen. Der Konsum war stets hoch bis zu einer Konsumsättigung in den 2060er Jahren. Ab dann führte Ressourcenmangel zu höheren Preisen, sodass der Zugang zu öffentlichen Leistungen für gewisse Bevölkerungsschichten immer unerschwinglicher wurde. Die Care-Arbeit wurde wieder zur Privatangelegenheit.

Die Schweiz ist ökonomisch stark integriert. Sie setzte lange auf aggressive Produktivitätssteigerung. Der Konsum wurde fortwährend angekurbelt. Die Arbeitslosigkeit ist gering. Frauen sind in den Arbeitsmarkt integriert. Die Care-Arbeit wird vom Arbeitgeber übernommen oder durch staatliche Angebote gewährleistet. Die Erziehung erfolgt leistungsorientiert und selbstoptimierend. In den 2030ern und bis in die 40er hinein herrschte in gewissen Branchen eine Remote-Jobs-Trend – viele leisteten sich einen Zweitwohnsitz, wodurch der Verkehr und die Zersiedelung stark zunahm. Die technologische Entwicklung revolutionierte den Arbeitsmarkt, wurde aber so reglementiert, dass die Rationalisierungen stets aufgefangen werden konnten. So kam es zu keiner Massenarbeitslosigkeit (ev. auch einfach bedingt durch weniger Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt). Das Gesundheitssystem wurde ebenfalls rationalisiert: Therapieangebote wurden auf Kosten verbesserter Medikation abgebaut. Fortschritte in Gen- und Biotechnologie haben zu einem Anstieg der Lebenserwartung geführt – die Menschen arbeiten bis zum 70. Lebensjahr.

Der Zugang zu öffentlichen (teils privatisierten) Leistungen ist sehr teuer. Dank nahezu Vollbeschäftigung konnte sich aber die grosse Mehrheit der Bevölkerung den Zugang sichern.

Der Konsumsättigung, die sich in den 2060ern zeigte, wurde mit Produkteinnovationen und personalisiertem Angebot versucht entgegenzuhalten. Die Preise der Produkte stiegen zunehmend, bedingt durch Ressourcenmangel. Entsprechend stieg die Arbeitszeit, um das gewohnte Konsumniveau halten zu können. Die Kaufkraft begann hingegen zu sinken. Somit wurde auch der Zugang zu öffentlichen Leistungen für gewisse Bevölkerungsschichten immer unerschwinglicher. Die Care-Arbeit, insbesondere die Altenpflege, wurde wieder zur Privatangelegenheit. Vor allem die

Frauen, welche einkommensschwächeren Beschäftigungen nachgingen, begannen sich zusehends aus dem Arbeitsmarkt zurückzuziehen. Die Disparitäten wurden dadurch zunehmend grösser.

-> bis 2100 ist ein Crash vorprogrammiert, das Szenario kann gar kaum bis 2100 gedacht werden

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Erwerbsarbeitszeit pro Person: +
- Integration aller Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt: 0
- Externalisierte Care-Arbeitsstunden: 0

2) «Skandinavisches Modell»

Arbeitsmarkt ausgerichtet auf Profitmaximierung, Beschäftigungsgrad (bezahlter Arbeit) hoch

Gleich wie B1, aber mit Abschöpfung der Gewinne und einem massiven Ausbau des Sozialstaates, der die Care-Arbeit (externe Kinderbetreuung, Alten- und Krankenpflege etc.) übernimmt, für sozialen Wohnungsbau sorgt und Zugang zum Gesundheitswesen sicherstellt.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Erwerbsarbeitszeit pro Person: +
- Integration aller Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt: ++
- Externalisierte Care-Arbeitsstunden: ++

C) «Degrowth-Modell»

Wohlbefinden und niedriger Beschäftigungsgrad

Lead: Der immer stärker werdende Wunsch der jungen Bevölkerung nach Teilzeitstellen in den 2030er Jahren führte zu veränderten Lebensstilen. Konsummuster veränderten sich hin zu mehr Teilen statt Konsumieren. Viele Jobs fielen dieser Entwicklung zum Opfer. Ein Grundeinkommen wurde eingeführt, um die Grundsicherung zu gewährleisten. Die neu gewonnene Zeit wird in Care-Arbeit und ziviles Engagement investiert.

In den 2030ern verschärfte sich der Fachkräftemangel in der Schweiz zusehends. Die junge Generation, die auf den Arbeitsmarkt kam, zog Teilzeitstellen einem hohen Einkommen vor. Dieser Trend bestand schon in den 2020ern in jenen Bevölkerungskreisen, welche auf ein gesichertes Erbe ihrer Eltern oder Grosseltern zählen konnten und somit finanziell abgesichert waren. In den 30ern breitete sich die Selbstverständlichkeit, Teilzeit zu arbeiten, in weiten Teilen der Bevölkerung, im Gewerbe, in der Industrie und verstärkt auch im Kaderbereich aus. Damit einhergehend änderten sich auch die Lebensstile resp. die Konsummuster dieser neuen, auf Zeitwohlstand ausgerichteten Generation. Der Konsum nahm stark ab. Der langfristige Besitz von Gegenständen gilt als veraltet. Die Gegenstände werden für ihre nötige Einsatzdauer geliehen und anschliessend zur Weiterverwendung zurückgegeben. Nachdem auch die Angebote auf diese neue Art des Leihkonsums ausgerichtet wurden, sanken die Verkaufszahlen und die Produktionsvolumen nahmen ab. Viele «obsoletere Jobs» fielen dadurch weg. Auch technologische Entwicklungen und die Digitalisierung gewisser Branchen haben viele Arbeitsplätze wegrationalisiert. Um diese Bevölkerungsschichten, welche nun nicht mehr in die Produktion eingebunden waren, und nicht von einer grossen Erbmasse profitierten, aufzufangen, wurde bereits in den 2040er ein Grundeinkommen eingeführt, welches die Grundsicherung garantierte. Dies führte dazu, dass die gewonnene Freizeit

für das Vereinswesen, für politisches Engagement oder für Care-Arbeit genutzt werden konnte. Es ist heute attraktiver Kinder zu haben und zu betreuen als noch anfangs des Jahrhunderts. Auch die externe Betreuung sowohl von Kindern als auch von Betagten wird von grossem zivilem Engagement getragen. Auch floriert die Kunstszene.

Die technologische Entwicklung und der Einsatz von digitalen Lösungen im Arbeitsmarkt ist in der Bevölkerung breit akzeptiert, da die Rückverteilung über das Grundeinkommen sehr gut funktioniert und breite Bevölkerungsteile davon profitieren.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Erwerbsarbeitszeit pro Person: -
- Integration aller Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt: +
- Externalisierte Care-Arbeitsstunden: ++

D) «Planwirtschaftliches Modell»

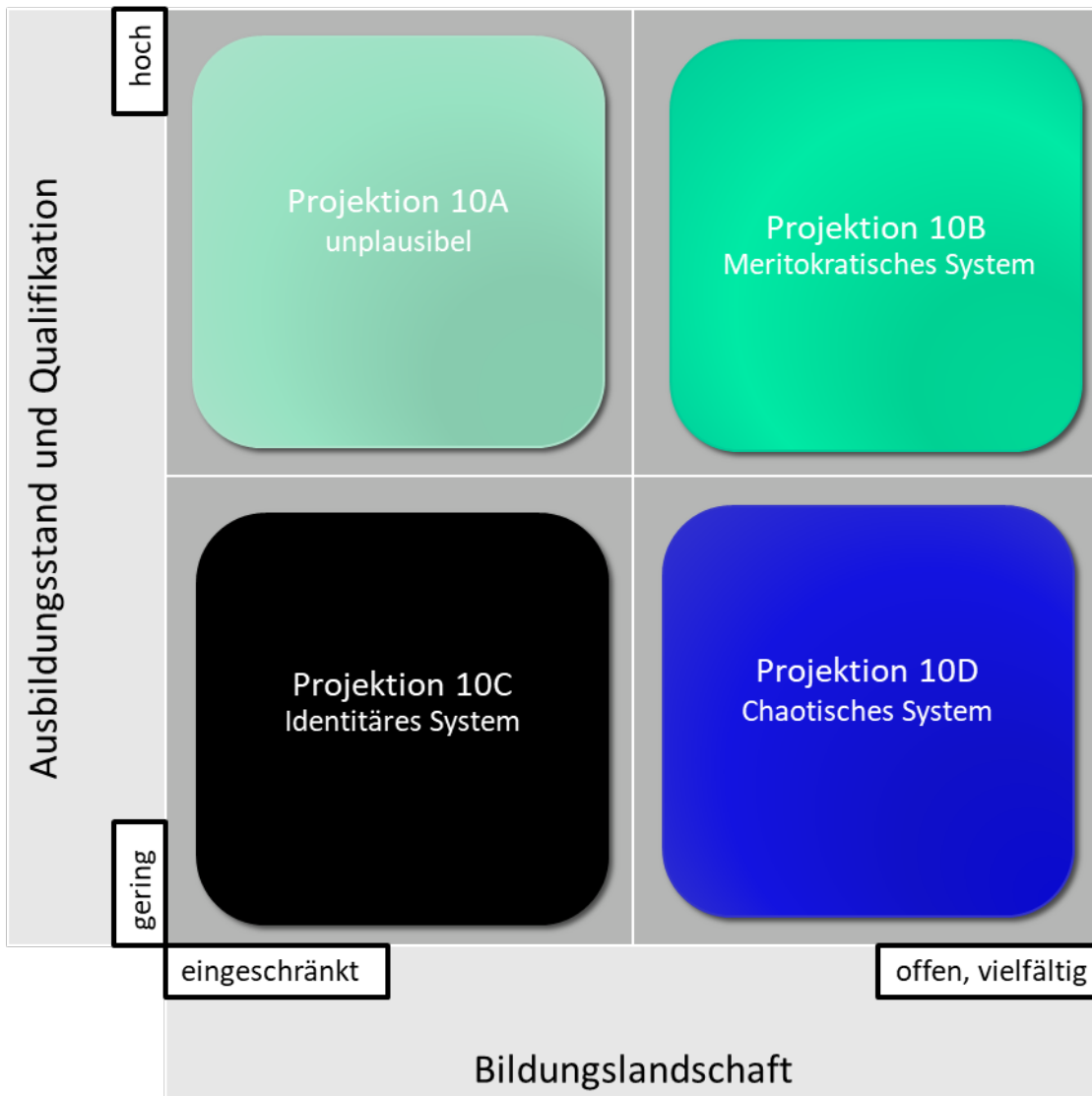
Wohlbefinden und hohe Erwerbstätigkeit

Die digitale Transformation des Arbeitsmarktes, die Anfang des Jahrhunderts vorausgesagt wurde, ist ausgeblieben. Technologische Entwicklungen wurden kaum vorangetrieben, die Skepsis/Ablehnung in der Bevölkerung hat deren grossflächigen Einsatz stark gehemmt. Der Fachkräftemangel, welcher in den 2030er stark zunahm, hat die Unternehmenskultur stark verändert. Unternehmen, die auf das Gemeinwohl ihrer Mitarbeitenden setzten und eine egalitäre Arbeitsstruktur bieten konnten, hatten viel weniger mit Fachkräftemangel zu kämpfen als andere. So hat sich die Wirtschaft in den 2030ern und 40ern verstärkt auf das Gemeinwohl ausgerichtet. In den 50ern wurde dann schweizweit das Recht auf Zugang zu Erwerbsarbeit eingeführt, welches den Arbeitsmarkt nochmals grundsätzlich veränderte. Zu den stark aufs Gemeinwohl ausgerichteten Unternehmen kamen viele Genossenschaften, auch staatliche Unternehmen wurden stark ausgebaut. Die Care-Arbeit wird oftmals von den Unternehmen/an der Arbeitsstelle angeboten. Es ist selbstverständlich, dass der Arbeitgeber ein Angebot für externe Kinder- und Betagtenbetreuung anbietet.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Erwerbsarbeitszeit pro Person: +
- Integration aller Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt: +
- Externalisierte Care-Arbeitsstunden: ++

10 Faktorprojektionen – Bildungssystem und Ausbildungsstand



Achsen:

- Offene vielfältige Bildungslandschaft vs. eingeschränkte Bildungslandschaft
- Ausbildungsstand und Qualifikation niedrig vs. hoch

Faktorprojektionen:

A) Ausbildungsstand hoch – Bildungslandschaft eingeschränkt: wurde als undenkbar eingestuft

B) «Meritokratisches System»

Offene vielfältige Bildungslandschaft und hoher Ausbildungs- und Qualifikationsstand

Das Bildungssystem der Schweiz zeichnet sich durch Offenheit und Chancengleichheit aus. Jede*r der die Voraussetzungen mitbringt, hat Zugang zur Bildung in Abhängigkeit seiner*ihrer Qualifikationen. Die Lehrpersonen sind durch alle Stufen hindurch sehr gut ausgebildet, ihr Beruf ist sehr angesehen in der Gesellschaft und gut entlohnt. Die Bildung wird allgemein stark gewichtet, auch das freiwillige

Engagement rund um Bildungsinstitutionen ist hoch. Es gibt keine Bildungsverlierer*innen, alle absolvieren gemäss ihren Fähigkeiten verschiedene Bildungswege. Unterschiedliche Bildungssysteme in den verschiedenen Kantonen dienen als Labor, gute Anpassungen und Best Practices werden von den anderen übernommen – es herrscht ein reger Austausch und die Offenheit auch Dinge zu Verändern. Weiterbildungen während des Berufslebens garantieren den Erhalt und die Erweiterung der Qualifikationen auch nach Abschluss der eigentlichen Ausbildung. Der Akademisierungsgrad wurde nicht viel erhöht im Vergleich zum Anfang des 21. Jahrhunderts, hingegen wurden intelligente Schüler*innen aus bildungsfernen Familien mittels gezielten Fördermassnahmen in die akademische Ausbildung aufgenommen. Durch diese Massnahmen, gekoppelt mit einer Stärkung der Berufslehre konnte das Potential aller besser genutzt werden. Die soziale Herkunft spielt keine Rolle mehr im Bildungsweg. Das Niveau an den Universitäten konnte deutlich gehoben werden. Die Schweiz ist bekannt für als exzellenten Forschungsstandort.

Es herrscht ein guter gesellschaftlicher Zusammenhalt, der Ausbildungsstand ist hoch aber v.a. auch die Qualifikation und die Wahrnehmung der eigenen Kompetenz. Man fühlt sich eingebunden und das eigene Potential ausgeschöpft oder richtig eingesetzt. Dies führt zu einer zufriedenen Gesellschaft mit einer hohen Gewichtung der Eigenverantwortung.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Ausbildungsstand: +++
- Qualität staatlicher Ausbildung: +++
- Zugang nach Intelligenz: +++

C) «Identitäres System»

Eingeschränkte Bildungslandschaft und niedriger Ausbildungs- und Qualifikationsstand

Der Lehrpersonenmangel in allen Schulstufen hat sich verschärft, zur Not wurden immer mehr Lehrpersonen aus ähnlichen berufen rekrutiert mit schlechter bis keiner pädagogischen Ausbildung. Die Unzufriedenheit der Eltern hatte sich zuerst in einer Flut an Anträgen zur Schuleinteilung geäussert. Initiativen zur freien Schulwahl wurden lanciert, kamen aber nicht durch. Immer mehr Eltern setzten auf homeschooling, bis es Ende der 2030er Jahre zu einem regelrechten Schulgründungsboom gekommen ist. Ursprünglich aus einer esoterischen Ecke stammend, schossen bald die verschiedensten Schulen mit unterschiedlichen Schwerpunkten aus dem Boden. Nebst den religiösen und fremdsprachigen Schulen, gab es auch Schulen «der Landkinder», Schulen ohne Lernzwang, Schulen mit technischer Ausrichtung, Schulen mit besonderem Drill etc. Die Schulen waren alsdann finanziell abhängig von den Schüler*innen resp. derer Eltern. So haben sich Eliteschulen herausgebildet mit dem besten und bestbezahlten Lehrpersonal, welches aber nicht unbedingt die besten Schüler*innen unterrichtete. Das Unterrichtsniveau wird entsprechend den bestzahlenden Schüler*innen angepasst, der Ausbildungsstand insgesamt sinkt. Der Unterricht an öffentlichen Schulen ist bekannt für seine niedrige Qualität, da gut ausgebildetes Lehrpersonal von den Privatschulen abgeworben wird. Schüler*innen in bildungsfernem Umfeld werden sobald wie möglich in eine Lehre/auf den Arbeitsmarkt geschickt. Der Stellenwert der Bildung nimmt insgesamt ab, auch auf Weiterbildungen wird verzichtet, das Angebot nimmt ab. Ein akademischer Bildungsweg wird nur von Wohlhabenden ins Auge gefasst – die Akademisierung nimmt ab. Das akademische Wissen konzentriert sich auf einige wenige Universitätsstädte, hingegen mussten kleinere Unis

bereits schliessen. Der Forschungsstandort Schweiz hat viel von seiner Qualität eingebüsst und wird vom Ausland zusehends gemieden und isoliert.

Die Gesellschaft ist stark polarisiert, der gesellschaftliche Zusammenhalt ist schwach und gemeinsame Wertevorstellungen sind sehr limitiert.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Ausbildungsstand: ---
- Qualität staatlicher Ausbildung: ---
- Zugang nach Intelligenz: ---

D) «Chaotisches System»

Offene vielfältige Bildungslandschaft und niedriger Ausbildungs- und Qualifikationsstand

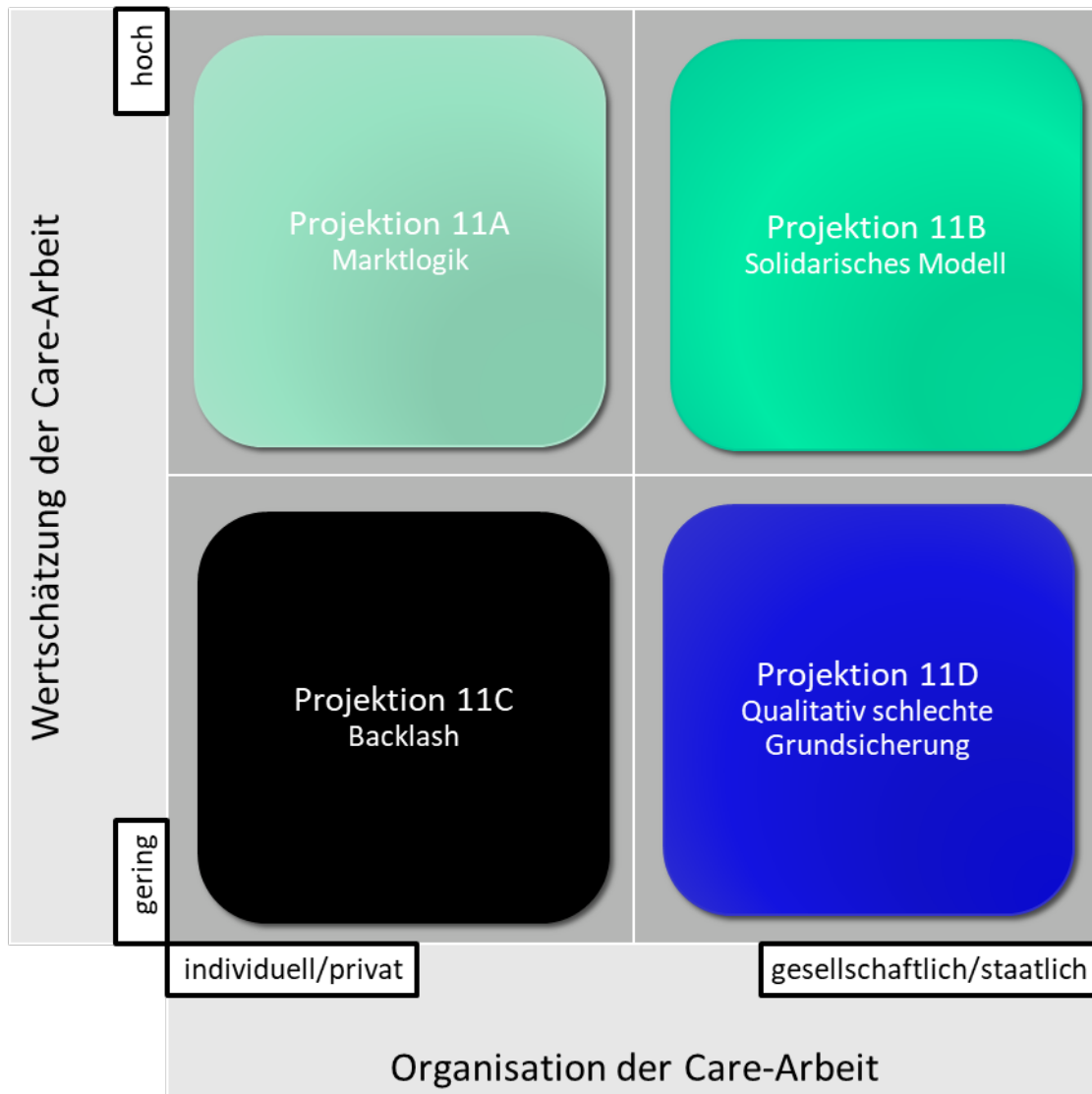
Intelligenz spielt keine Rolle mehr bei der Wahl und Zugang zu verschiedenen Bildungswegen. Der Zugang passiert durch Zufallszuweisungen und je nach Lust und Laune der Auszubildenden oder deren Eltern. Der Lehrberuf wird nicht aufgewertet, resp. verliert weiter an Ansehen, es herrscht Lehrermangel und die Schulen sind gezwungen auch unqualifiziertes Personal anzustellen. Viele Lehrpersonen sind aus mangelndem Handwerk und dem rauen Ton der Schüler*innen und Eltern oftmals bald ausgebrannt – viele haben keinen Spass daran, Inhalte zu vermitteln. Es gibt auch rund um das Bildungswesen kein freiwilliges Engagement mehr, der Bildung wird kein grosses Gewicht beigemessen. Intelligente Schüler*innen aus bildungsfernen Familien werden nicht eingebunden, viel Potential geht damit verloren. Der Ausbildungsstand der Gesamtbevölkerung hat insgesamt abgenommen.

Die Gesellschaft ist stark individualistisch. Es wird als Recht wahrgenommen alle Bildungswege einschlagen und abschliessen zu können, oder sie wechseln zu können, je nach Gutdünken. Die Abschlüsse werden grosszügig verteilt, die Abschlussprüfungen wurden zur Farce. Daher kommen viele Student*innen aus den umliegenden Ländern in die Schweiz, um sich einen Schweizer Universitätsabschluss «zu holen» - dies schadet dem Ruf des Forschungsstandortes Schweiz, dessen Qualität langfristig ebenfalls darunter leidet.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Ausbildungsstand: --
- Qualität staatlicher Ausbildung: -
- Zugang nach Intelligenz: --

11 Faktorprojektionen – Familie und Betreuung



Achsen:

- Wertschätzung der Care-Arbeit: hoch vs. niedrig
- Organisation der Care-Arbeit: gesellschaftlich/staatlich vs. individuell/privat

Faktorprojektionen:

A) «Marktlogik»

Wertschätzung hoch – individuell/private Organisation

Lead: Die Gesellschaft ist sehr individualistisch und auf Selbstoptimierung ausgerichtet. Öffentliche Betreuungsangebote wurden stark reduziert. Unternehmen, die den Fachkräftemangel bekämpfen wollen, bieten als Ersatz Betreuungsangebote für Ihre Mitarbeitenden an. Da die firmeninternen Betreuungsangebote qualitativ stark variieren und nicht jeder Mensch einer Erwerbsarbeit nachgehen möchte/kann, haben viele Leute keinen Zugang zu Betreuungsangeboten.

Das Betreuungssystem der Schweiz ist von einer neoliberalen Marktlogik durchdrungen. Das spärliche staatliche Angebot von externer Kinder- und Altersbetreuung wurde aufgrund von Sparmassnahmen in den 2030er Jahren weiter stark reduziert. Gleichzeitig erforderte der Fachkräftemangel eine bessere Integration der Frauen und aller Geschlechter in den Arbeitsmarkt, da diese der bezahlten Erwerbsarbeit vermehrt fernblieben, weil sie viel mehr unbezahlte Care-Arbeit leisten mussten. Firmen, die ihren Mitarbeitenden betreute Krankenzimmer und Betreuungsplätze für Kinder und Betagte anboten oder verhältnismässig viele Freitage im Falle von Krankheit eines Familienmitglieds gewährten, verzeichneten einen weniger ausgeprägten Fachkräftemangel als jene ohne solche Angebote. Somit wurde es in der Mitte des Jahrhunderts zur Norm, dass Firmen ein Betreuungsangebot stellen oder mittels Firmenstiftungen ein privat organisiertes Betreuungsangebot mitfinanzieren. So garantiert ein Arbeitsplatz – je nach Position innerhalb der Firma, Anstellungsgrad und Bedarf – einen bis drei Kinderbetreuungsplätze sowie einen bis zwei Alterspflege-Plätze. Je nach Arbeitgeber variiert das Angebot stark. Somit haben Arbeitnehmende von Firmen mit gut ausgebautem Angebot Zugang zu einer auf ihre Arbeitssituation angepasste Betreuung. Wohingegen Familien in Regionen, in welchen wenige Firmen angesiedelt sind, die sich ein gutes Betreuungsangebot leisten können, einen eingeschränkten oder gar keinen Zugang zum Betreuungsangeboten haben. Dies ist auch für Arbeitslose und Teilzeitangestellte der Fall.

Das Betreuungsangebot an Schulen wurde ebenfalls privatisiert. Die Schweizer Schullandschaft wird von einer Hort- und Mittagstisch-Kette dominiert. Je nach Schulgrösse und Schulinfrastruktur variieren die Preise.

Familien aus den oberen Einkommensschichten begannen schon bald, ausschliesslich firmenexternes Betreuungsangebot in Anspruch zu nehmen, um die Chancen ihrer Kinder zu optimieren. Die privaten Betreuungsangebote – finanziert durch Firmenstiftungen und Kundenbeiträge – variieren ebenfalls stark bezüglich Qualität und Kosten. Eine leistungsorientierte Frühförderung in exzellenten Betreuungseinrichtungen gehört für Familien der oberen Einkommensschichten zum guten Ton. So entsteht bereits im Vorschulalter eine Segregation, die sich weiter durch das ganze Bildungssystem hindurchzieht. Die Chancen der Kinder sind sehr ungleich verteilt – je nach Haushaltsgrösse und Wohnort sowie beruflicher Position ihrer Eltern und deren Einkommen.

Grosse Firmen haben ein Psycholog*innenteam angestellt, das für das Wohlbefinden der Mitarbeitenden zuständig ist und im Firmenalltag die persönlichen Stimmungen der Mitarbeitenden im Blick hat.

Sämtliche Care-Leistungen werden abgegolten. Die Gesellschaft ist sehr individualistisch und auf Selbstoptimierung ausgerichtet.

B) «Solidarisches Modell»

Wertschätzung hoch – gesellschaftlich/staatliche Organisation

Lead: Mehrere staatliche Massnahmen haben dazu geführt, dass Care-Arbeit hoch angesehen ist und sich traditionelle Mann-Frau-Rollenbilder zunehmend aufgeweicht haben. Zudem hat die Kinderarmut abgenommen. Die Bevölkerung ist bereit, für die Massnahmen mit hohen Steuern und Abgaben zu zahlen.

Die Care-Arbeit ist hoch angesehen. Dies konnte unter anderem mit stark angehobenen Löhnen sowie einer qualitativ hochwertigen Ausbildung für Betreuungspersonen von externer Kinderbetreuung und Altenbetreuung erreicht werden. Entsprechend arbeiten heute mehr männliche Personen im Betreuungsbereich als noch Mitte der 2020er Jahre. Die

Rollenzuschreibungen wurden in den 2040er Jahren stark aufgeweicht, nachdem auch in weiteren Bereichen der Arbeitswelt greifende Gleichstellungsmassnahmen eingeführt wurden. Zudem kamen Ende der 30er etliche Gesetzesreformen durch, wodurch auch neue Familienformen die gleichen Möglichkeiten und Rechte wie die traditionelle Kleinfamilie erhielten. So können auch nicht biologische Eltern einfacher Mutter- und Vaterfunktionen übernehmen. Gleichgeschlechtliche oder gender-queere Paare haben dieselben Rechte wie heterosexuelle Paare. Dank der Anpassung sämtlicher bürokratischer Prozesse und öffentlicher Strukturen weg von einer Zuordnung in die Kategorien Mann und Frau, gelten heute andere Gender-Zugehörigkeiten als die duale Geschlechterordnung.

Die Anerkennung, die die Gesellschaft den Care-Berufen entgegenbringt, ist sehr gestiegen. Das Mitwirken an der Erziehung durch Lehrpersonen, Betreuungspersonen, Nachbarn oder andere Bezugspersonen ist breit akzeptiert. Die Kindererziehung ist mittlerweile zu einer Gemeinschaftsaufgabe geworden, die auch finanziell von allen getragen wird.

Das war nicht immer so. Vor den 2040ern war die Betreuung noch stark in privaten Händen. Erbstarke Generationen achteten darauf, das beste private Betreuungsangebot für ihr Kind zu finden und hielten wenig von hohen Steuerabgaben für den Care-Sektor. Erst die Generation, welche in den 2050er Jahren Kinder hatte und deren Erbvolumen massiv kleiner war, wurde der solidarische Gedanken wieder populärer, sodass die Bereitschaft stieg, hohe Abgaben zu leisten für ein kostengünstiges, gut ausgebautes und qualitativ hochstehendes Betreuungsangebot.

Das staatliche Schul- und Betreuungsangebot wurde in der Folge stark ausgebaut und erweitert. Heute wird weit über 5% des nationalen BIPs für die Kinderbetreuung (extern und zuhause) ausgegeben. Je nach Bedürfnis können unterschiedliche Schul- und Betreuungsformen zu gleichen Kosten gewählt werden. Falls die Betreuung von der Familie übernommen wird, können sogenannte Kinderjahre resp. Pflegejahre für die ältere Generation beantragt werden, welche je nach Dauer unterschiedlich abgegolten werden. Diese «Pflegezeit» kann auch für nahestehende Kinder oder Betagte beantragt werden. Da die Rentensysteme seit den 2040ern nicht mehr an die Erwerbsarbeit gekoppelt sind, erleidet die individuelle Altersabsicherung unter diesen Care-Jahren keine Defizite. Die Care-Jahre werden aber bei weitem nicht von allen bezogen, denn die meisten Kinder wollen in die externe Kinderbetreuung, welche auch von den Eltern der bevorzugte Betreuungsweg ist. Die Kinderbetreuung wird auch getragen von einem grossen freiwilligen Engagement in der Bevölkerung. Das System ist sehr teuer – wird aber als legitim und notwendig empfunden und von der Gesellschaft mitgetragen. Der Rückgang der Kinderarmut konnte bereits mit den ersten Massnahmen erzielt werden. Heute ist diese praktisch verschwunden.

C) «Backlash»

Wertschätzung gering - individuell/private Organisation

Lead: Sich überlagernde Krisen haben zum Erliegen der Betreuungssysteme geführt. In einer Gesellschaft, in der die traditionelle Kleinfamilie und konservative Mann-Frau-Rollenbilder als zentral angesehen werden, übernehmen Familienmitglieder, zivilgesellschaftlich organisierte Gruppenangebote oder der informelle Sektor die Betreuung. Viele Unternehmen bieten ihren Mitarbeitenden auch kostengünstige digitale Betreuungslösungen an.

Das spärliche staatliche Angebot an externer Kinder- und Altersbetreuung wurde aufgrund von Sparmassnahmen in den 2030er Jahren stark reduziert. Sich überlagernde Krisen haben zum Erliegen der Betreuungssysteme geführt. Die Betreuung von Kindern und betagten Menschen ist Privatsache.

Die traditionelle Kleinfamilie wird als Kern der Gesellschaft angeschaut, andere Familienformen sind benachteiligt. Gleichzeitig forderte der Fachkräftemangel nach einer besseren Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt, da diese der bezahlten Erwerbsarbeit vermehrt fernblieben, weil sie viel mehr unbezahlte Care-Arbeit leisten mussten. Teilweise begannen Firmen, firmeneigene Betreuungsangebote aufzubauen. Diese mussten aber rentabel sein und mit möglichst geringen Kosten aufrechterhalten werden. Somit wurden zahlreiche digitalen Lösungen entwickelt – viele Kinder und Betagte werden heute per Videochat von einer Firmenzentrale aus betreut. Die Gesellschaft hat sich daran gewöhnt, dass Roboter als Gesprächspartner*innen und Betreuungspersonen fungieren.

Familien ohne Anspruch auf firmeninterne Betreuungsplätze müssen auf individuelle Ressourcen zurückgreifen. Dies betrifft Familien, deren Mitglieder arbeitslos sind, in einer Firma arbeiten, die kein solches Angebot anbietet, aber auch Familien, deren Mitglieder mit einem zu geringen Arbeitspensum angestellt sind, um von den firmeninternen Angeboten profitieren zu dürfen. Die Grosseltern sind sehr stark in die Betreuung eingebunden. Familien mit Kindern ziehen verstärkt wieder in die Nähe der Grosseltern, um von ihrer Hilfe zu profitieren. Eingewanderte Familien oder solche ohne Grosseltern, die zwei Einkommen fürs tägliche Leben benötigen, organisieren sich entweder in so genannten Grosshäusern, wo die Betreuungsarbeit unter den Bewohnenden aufgeteilt wird. Oder aber sie stellen Tagesmütter ein – meist immigrierte Frauen aus Tieflohnländern, die oftmals ohne Papiere in die Schweiz immigriert sind und entsprechend unterbezahlt sind. Der informelle Sektor leistet ein Grossteil der Care-Arbeit, sowohl in der Kinder- und Altersbetreuung als auch in der Pflege.

In bessergestellten Familien, die es sich leisten können, bleibt ein Elternteil zuhause und kümmert sich um die Kinder- und Altersbetreuung. Generell wird es wieder als selbstverständlich angesehen, dass die Care-Arbeit eine weibliche Aufgabe ist. Es bestehen klare konservative Rollenbilder in einer binären Geschlechterordnung. Der öffentliche Raum wird wieder verstärkt als «männlich» angesehen, während die Frauen das Private gestalten. Die männliche Hälfte der Bevölkerung verfügt über die finanziellen Ressourcen (sowohl in Form von verfügbarem Vermögen als von aufgeschobenem Lohn in Form von Renten). Frauen sind schlecht abgesichert. Die Scheidungsrate ist trotz steigender innerehelicher Gewalt stark gesunken.

D) «Qualitativ schlechte Grundsicherung»

Wertschätzung gering - gesellschaftlich/staatliche Organisation

Lead: Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, wurden die Frauen mit staatlichen Massnahmen stärker in den Arbeitsmarkt integriert. Unter anderen wurden die Kosten der öffentlichen externen Kinder- und Betagtenbetreuung stark gesenkt. Diese werden aber unter prekären Arbeitsbedingungen erbracht und sind qualitativ schlecht. Care-Arbeit wird wenig wertgeschätzt; nur bezahlte Arbeit gilt als angesehene Arbeit. Auch bezahlte Care-Arbeit leidet und der geringen Wertschätzung und wird deshalb ungenügend abgegolten.

Der Care-Arbeit wird wenig Wertschätzung entgegengebracht. Es existieren staatliche Einrichtungen, die eine minimale Grundbetreuung anbieten. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, wurden Massnahmen ergriffen, um die Frauen möglichst stark in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Kosten der externen Betreuung der Kinder und Betagten wurden entsprechend stark gesenkt. Die staatlichen Heime und Betreuungseinrichtungen sind fast kostenlos. Hingegen ist das Betreuungsverhältnis sehr schlecht und die Ansprüche an die Betreuungspersonen sehr niedrig. Entsprechend ist die Qualität sehr gering. Die Betreuungspersonen arbeiten unter prekären

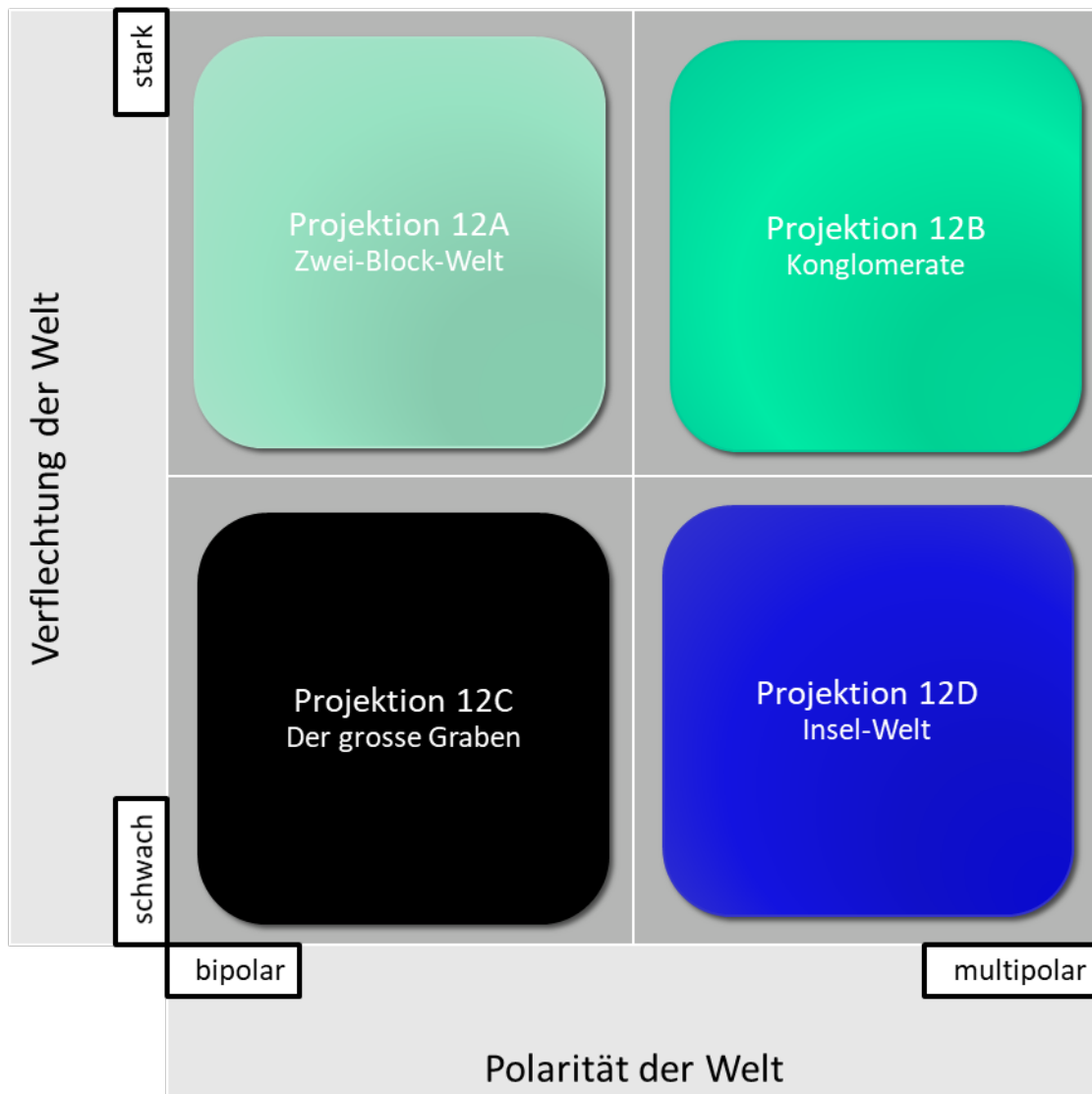
Bedingungen. Es sind meist Immigrantinnen, die die Betreuungsaufgaben in den stark ausgelasteten Tageshorten und Heimen übernehmen. Sie sind schlecht bezahlt und oft überlastet. So bleibt die Care-Arbeit weiblich und wird vor allem an Arbeitnehmerinnen delegiert, die sich in einer prekären Lage befinden. Je nach Gemeinde variiert die Qualität des Angebots jedoch stark. In reichen Gemeinden sind sowohl die Löhne der Betreuungspersonen, die Betreuungsverhältnisse und die vorhandenen Strukturen viel besser. Somit bestehen grosse räumliche Disparitäten.

Das staatliche Angebot ist hingegen starr und nicht an besondere Betreuungsbedürfnisse anpassbar. Für Kinder mit besonderen Bedürfnissen bestehen praktisch keine externe Betreuungsangebote. Da es wenige und nur sehr teure private Betreuungsangebote gibt, ist es meist die (Gross-)Familie, die in die Lücke springt und spezielle Betreuung übernehmen muss.

In dieser Gesellschaft gilt nur bezahlte Tätigkeit als angesehene Arbeit – dass beide Elternteile eine 100%-Stelle innehaben, ist die Norm. Nur die oberste Einkommensschicht kann es sich leisten, dass ein Elternteil, meist ist dies die Frau, die Kinderbetreuung übernimmt und nicht extern arbeitet. Die Betreuungsarbeit zuhause wird aber in keiner Weise abgegolten.

Auch innerhalb der Arbeitswelt hat die Care-Arbeit einen schlechten Stand. Mitarbeitende haben keine Möglichkeit, ihre Arbeitszeit zu flexibilisieren und es wird Ihnen keine Zeit gewährt, sich gegenseitig zuzuhören oder ihr Befinden zu besprechen. Der Druck ist sehr hoch.

12 Faktorprojektionen – Geopolitische Lage



Achsen:

- Stark verflochtene Welt vs. schwach verflochtene Welt
- Bipolare vs. multipolare Welt

Faktorprojektionen:

A) «Zwei-Block-Welt»

Stark verflochtene und bipolare Welt

Lead: Die Welt ist in die beiden Blöcke West-Ost aufgeteilt, es bestehen keine politischen Beziehungen, hingegen werden gewisse Handelsbeziehungen aufrechterhalten. Sicherheitsallianzen dominieren die globale Sicherheitslage, neutrale globale Organisationen wurden bedeutungslos. Die Waren- und Personenmobilität innerhalb der zwei Blöcke ist stark erleichtert und entsprechend hoch.

Die Welt ist wie zu Zeiten des Kalten Krieges in zwei Blöcke aufgeteilt. Auf der einen Seite steht der Westen mit den USA und Europa, auf der anderen Seite steht China, welches seine Macht und seinen Einfluss im Rest der Welt in den 2030ern stark ausgebaut hatte. Viele afrikanischen Länder haben

sich in die Abhängigkeit von China begeben, indem sie die «bedingungslosen» Finanzhilfen angenommen haben und dem IWF und der Weltbank den Rücken kehrten, welche ihre Finanzhilfen an Reformen knüpften und sie in tiefe Schulden gedrängt hatten. Auch Brasilien, Indien und Teile Nordafrikas und des Nahen Ostens zählen sich zum chinesischen Block – zum einen ebenfalls wegen der Finanzhilfen aus China, und zum anderen wegen einer grösseren Systemnähe als zu den etablierten Demokratien im Westen. Mittlerweile sind auch diese Länder wirtschaftlich stark von China abhängig. In den 2040ern hat China dann auch eine geschickte, aktive Immigrationspolitik betrieben, v.a. in den umliegenden asiatischen Ländern. China konnte so seine schrumpfende Bevölkerung verjüngen und seine Wirtschaft stabil halten.

Als Reaktion auf den zunehmenden Einfluss Chinas versuchte der IWF, seine Politik zu ändern. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich jedoch bereits die meisten von ihm abgewandt. Der IWF verlor somit an Bedeutung.

Europa ist näher an die USA gerückt. Die europäischen Länder konnten aber über längere Zeit die Wirtschaftssanktionen, die die USA China aufbürdete, nicht übernehmen, da sie für die ökologische Transition auf viele Ressourcen und Industrien aus China angewiesen waren. Man hat deshalb versucht, die Handelsbeziehungen aufrecht zu erhalten, trotz politisch aussichtsloser Lage. Selbst als Ende der 2030er Jahre sämtliche politischen Beziehungen abgebrochen wurden, blieben die ökonomischen Beziehungen zwischen Europa und China bestehen. Hingegen wurden auf beiden Seiten globale Überwachungssysteme im Weltraum aufgebaut. Riesige Datenmengen werden automatisch mittels KI ausgewertet. Exakte Informationen zu Wasserverfügbarkeit, erwarteten Getreideerträgen sowie zu Vorkommen und Abbau anderer Ressourcen werden genutzt, um die Preise der Handelsgüter möglichst zum eigenen Vorteil zu setzen.

Die NATO auf der westlichen und die Sicherheitsallianz auf östlicher Seite sind die wichtigsten Organisationen, die die globale Sicherheitslage kontrollieren, wohingegen Organisationen wie die UNO und die WTO in die Bedeutungslosigkeit abgerückt sind. Sämtliche Mitgliedstaaten sind stark in die Sicherheitsorganisationen eingebunden, finanziell, aber auch mit Mitspracherechten. Der wirtschaftliche Austausch zwischen den Staaten **innerhalb** der jeweiligen Blöcke ist stark erleichtert, es existieren quasi zwei Freihandelszonen. Dies gilt auch für die Personenmobilität: innerhalb der Blöcke ist der Zugang zu Visas erleichtert und die Migration entsprechend hoch.

An diesen Zustand hat sich die Welt gewöhnt, in den letzten Jahrzehnt hat sich nicht viel geändert, man lebt in geduldetem Nebeneinander. Auch kulturell und in Bezug auf die Wertehaltungen haben sich die Regionen und Staaten innerhalb der beiden Blöcke angenähert.

B) «Konglomerate»

stark verflochtene, multipolare Welt

Lead: Die Welt ist in eine Vielzahl sogenannter Konglomerate, bestehend aus sich politisch oder kulturell nahestehenden Ländern oder Regionen, gegliedert. Neutrale internationale Organisationen gewinnen an Bedeutung und sorgen für langanhaltende Stabilität und regen Handel zwischen den Konglomeraten.

Die Welt ist in verschiedene Regionalmächte gegliedert. Es dominiert keine Supermacht, auch wenn gewisse Unterschiede im Machtgefälle bestehen. Lange hat es so ausgesehen, als würde China eine Vormachtstellung erreichen – China hat seinen Einfluss weltweit stark ausgebaut, bis es in den 2060er Jahren bildlich implodierte aufgrund seines dramatischen Bevölkerungsrückgangs und einer fehlenden Immigrationspolitik.

Die USA entkam knapp einem Bürgerkrieg, ging aber sehr geschwächt aus dieser Krise hervor. Auch Europa war lange mit inneren Problemen beschäftigt. Die EU verlor Mitgliedstaaten, weil kein Konsens in der Migrations- und Sozialpolitik gefunden werden konnte. Einige Oststaaten haben aufgrund von Unzufriedenheit mit den EU-Auflagen eine eigene Ost-Union gegründet. Es haben sich auch in den anderen Teilen der Welt sogenannte Konglomerate gebildet, welche jeweils von einem starken Staat oder einer starken Region dominiert werden. Regionen oder Staaten haben sich zu Konglomeraten zusammengeschlossen, weil sie ein gemeinsames politisches System verfolgen, gemeinsame Werte teilen, einer gemeinsamen Religion zugehörig sind oder einfach aufgrund geografischer Nähe.

Neutrale internationale Organisationen wie die UNO, die WTO, die OECD haben eine grosse Bedeutung. Sie dienen dem Austausch und bieten den Raum, Äusserungen und Anliegen aller Konglomerate Gehör zu verschaffen. Die Weltbank und der IWF wurden reformiert: Nachdem sich in den 2030er Jahren die auf Geld angewiesenen Länder immer öfter China und anderen autokratischen Regimes zugewandt hatten, weil sie bedingungslose Unterstützung anboten, hat der IWF sämtliche Schulden erlassen und organisiert nun, seit dem Zusammenbruch Chinas, den globalen Finanzausgleich zwischen den Konglomeraten.

Die nun bereits relativ langanhaltende Stabilität hat eine global stark verflochtene Wirtschaft hervorgebracht. Es herrscht ein stetiges Aushandeln zwischen den Konglomeraten, was man anbietet und was man dafür bekommt.

C) «Der grosse Graben»

Schwach verflochtene, bipolare Welt (weniger plausibel)

Lead: Die Welt ist in zwei Blöcke aufgeteilt, dominiert von China im Osten und von den USA im Westen. Beide Blöcke sind sehr stark voneinander isoliert, sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Sicherheitsallianzen spielen auch in dieser Welt eine sehr wichtige Rolle. Auch innerhalb der Blöcke konnten zwischen verschiedenen Regionen kulturelle und systembedingte Gräben nicht überwunden werden – jedes Land ist sich selbst am nächsten und versucht die eigene Autarkie zu stärken.

(Anfang gleich wie A) Die Welt ist wie zu Zeiten des Kalten Krieges in zwei Blöcke aufgeteilt. Auf der einen Seite steht der Westen mit den USA und Europa, auf der anderen Seite steht China, welches seine Macht und seinen Einfluss im Rest der Welt in den 2030ern stark ausgebaut hatte. Beinahe alle afrikanischen Länder haben sich in die Abhängigkeit von China begeben, indem sie die «bedingungslosen» Finanzhilfen angenommen haben und dem IWF und der Weltbank den Rücken kehrten, welche sie zuvor gezwungen hatten, ihre Staatstrukturen zu privatisieren und sie in tiefe Schulden gedrängt hatten. Auch Brasilien, Indien und Teile Nordafrikas und des Nahen Ostens zählen sich zum chinesischen Block – zum einen ebenfalls wegen der grosszügigen Finanzhilfen aus China, und zum anderen wegen einer grösseren Systemnähe als zum Westen. Mittlerweile sind auch diese Länder wirtschaftlich stark von China abhängig. In den 2040ern hat China dann auch eine geschickte, aggressive Immigrationspolitik betrieben, v.a. in den umliegenden asiatischen Ländern. China konnte so seine schrumpfende Bevölkerung verjüngen und seine Wirtschaft stabil halten.

In den 2020er bis 2030er Jahren hatte sich Europa sehr stark bemüht, sämtliche produktiven Industrien wieder auf den Kontinent zurückzuholen um aus der Abhängigkeit von China herauszukommen. Dies gelang nur, weil sich Argentinien, Bolivien und Chile dem westlichen Block zuwandten, von wo Europa von nun an seine Ressourcen beziehen konnte. China wurden schrittweise immer mehr Wirtschaftssanktionen aufgebürdet, die von China ebenfalls mit Sanktionen

erwidert wurden. Politische Beziehungen wurden bereits Anfang der 2040ern abgebrochen. Ökonomische Beziehungen sind mittlerweile zum Erliegen gekommen. Die einzigen noch verbliebenen Handelswege führen über Brasilien, Nigeria oder die Philippinen.

So besteht seit längerer Zeit ein stark isoliertes Nebeneinander mit sehr eingeschränktem politischem und wirtschaftlichem Austausch – ein Zustand, der von zwei dominanten Sicherheitsorganisationen aufrechterhalten wird. Die Nato auf der einen Seite wird von den USA und Westeuropa dominiert, wohingegen die restlichen alliierten Partner wenig Mitspracherecht haben. Dasselbe gilt auf der anderen Seite, wo die östliche Sicherheitsallianz von China dominiert wird. Innerhalb der zwei Blöcke besteht wirtschaftlicher Handel, hingegen konnten bestehende kulturelle und systembedingte Unterschiede nicht überwunden werden. Grössere sich überlagernde Krisen wurden nicht übergreifend angegangen, so schaut aktuell jede Region/jeder Staat zuerst auf sich. Auch die Migration wurde innerhalb der Blöcke nicht wesentlich vereinfacht, man identifiziert sich mit dem Nationalstaat. Von der Blockzugehörigkeit erhoffen sich die Staaten hauptsächlich zwei Dinge: Die Gewährleistung der eigenen Sicherheit im Falle einer Eskalation und den Zugang zu technologischer Innovation. Innovationen werden streng abgekoppelt vom jeweiligen anderen Block vorangetrieben, v.a. für militärische Zwecke, aber auch für die Weltraumforschung und -nutzung.

Kürzlich gelang China der Durchbruch in einer Weltraumoperation, welche die internationale Sicherheitslage verschlechterte: Es gelang China der präzise Beschuss von Zielen auf der Erde vom Weltraum aus. Diese Vormachtstellung nutzt China hauptsächlich, um Raum im All zu sichern. Die amerikanische Marsstation wurde geräumt – es wird von ersten Plutonium- und Eisenimporten nach China berichtet.

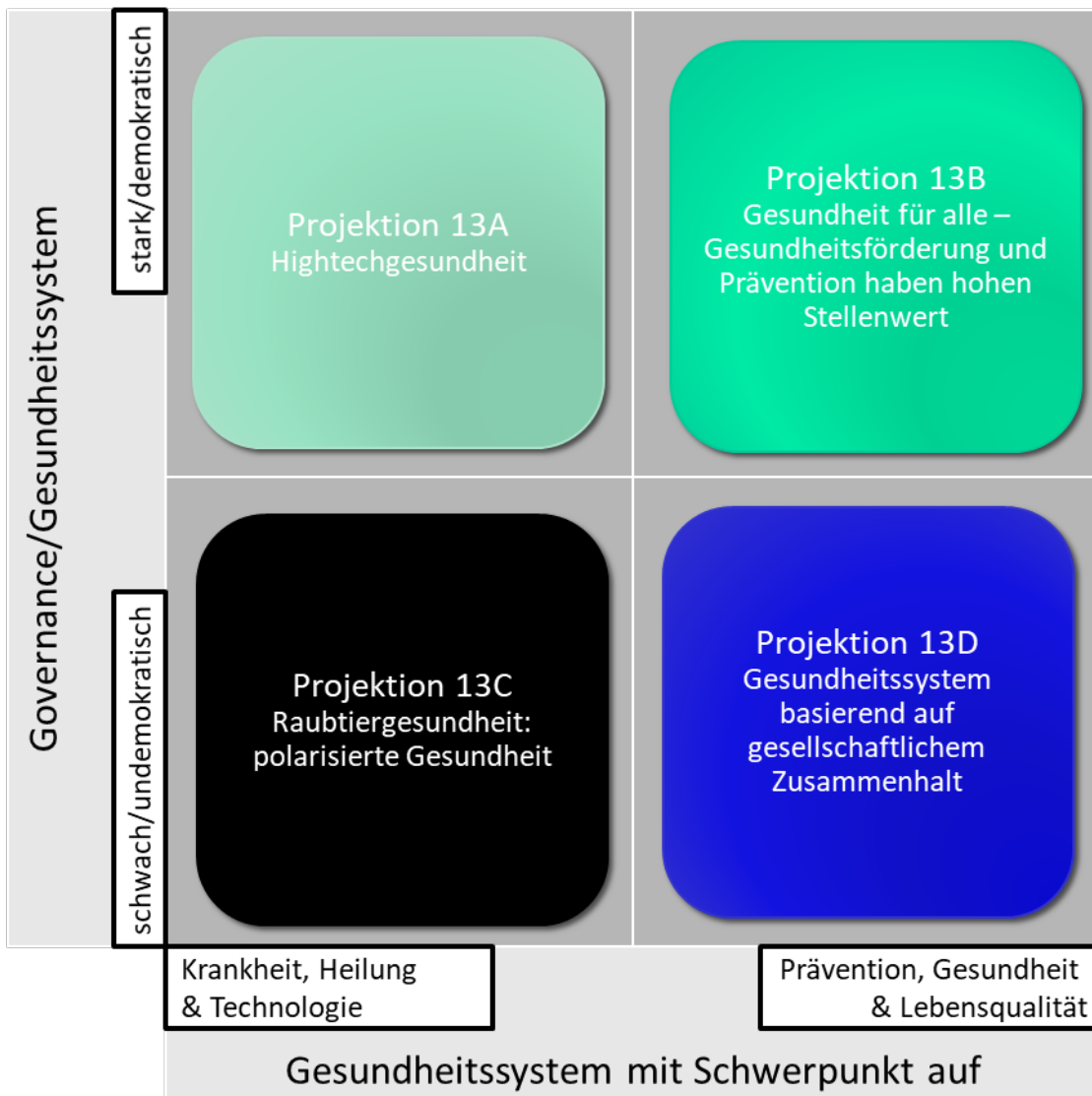
D) «Insel-Welt»

schwach verflochtene, multipolare Welt (sehr unplausibel)

Lead: In einer krisengebeutelten Welt sind die Nationalstaaten stark auf sich selbst fokussiert. Es haben sich viele Regionalmächte ausgebildet, die voneinander isoliert existieren.

Die Welt ist krisengebeutelte. Die Staaten sind mit eigenen grossen Problemen beschäftigt. Es wird darauf geschaut, dass mit den Nachbarstaaten soweit kooperiert wird, um den Frieden zu halten, aber in erster Linie schaut jeder Staat für sich. Es herrscht eine stark nationalistische Stimmung. Nachdem die USA und die EU wegen innerer Krisen und China aufgrund schwindender Bevölkerung geschwächt wurden, hatten sich Regionalmächte ausgebildet. Die UNO, die während der Vormachtstellung Chinas bis in die Bedeutungslosigkeit abdriftete und entsprechend abgebaut wurde, wurde auch nach dem Zerfall von China nicht reformiert – es wurde auch keine alternative Organisation geschaffen, die den Austausch zwischen den Regionalmächten gefördert hätte. Dies verstärkte das Misstrauen zwischen den Regionalmächten, trotz teils ähnlicher Kultur und Staatssysteme. Jede Region versuchte, grösstmögliche Autarkie zu erlangen. Die globale Spezialisierung nahm ab und der Lebensstandard sank global, was wiederum die nationalistische Stimmung anheizte. Die Migration nahm stark ab, es wurden wieder Grenzkontrollen eingerichtet, sowohl für Personen als auch für Waren. Staaten, die es sich leisten konnten, setzten auf eine aggressive Familienförderung – denn trotz verbreitetem Einsatz von künstlicher Intelligenz und digitalen Lösungen im Arbeitsmarkt, fehlt es v.a. im globalen Norden und Westen an Arbeitskräften.

13 Faktorprojektionen – Gesundheit



Achsen:

- Starke Governance, demokratisches Gesundheitssystem vs. schwache Governance und undemokratisches Gesundheitssystem
- Gesundheitssystem mit Schwerpunkt auf Krankheit, Heilung und Technologie; "stark interventionistisch" vs. Gesundheitssystem mit Schwerpunkt auf Prävention, Gesundheit und Lebensqualität; «weniger ist mehr»

Faktorprojektionen:

A) «Hightechgesundheit»

Starke Governance und stark interventionistisch

Lead: Das Gesundheitssystem ist auf die Technologisierung, die Entwicklung von Innovationen und neuen Technologien ausgerichtet. Zugang zu Hightechmedizin ist der Anspruch. Die Gesundheitskosten steigen stark an, weshalb einige Therapien/Pflegemassnahmen rationiert werden.

Das Gesundheitssystem ist auf Profitmaximierung der Pharmabranche ausgerichtet. Das Gesundheitssystem ist auf die Technologisierung, die Entwicklung von Innovationen und neuen Technologien ausgerichtet, wobei die gewinnorientierte Privatwirtschaft ein überragendes Gewicht hat. Das Gesundheitssystem ist sehr gut zwischen den verschiedenen politischen Ebenen, den sozial und privaten Versicherern und den öffentlichen und privaten Akteuren organisiert. Es besteht der Anspruch, dass alle Zugang zur Hightechmedizin haben sollen. Teure Therapien und hoch spezialisierte Medizinaltechnik, die bei jeder Diagnose zum Einsatz kommen, lassen die Gesundheitskosten sehr stark steigen. Dies hat zu Folge, dass immer mehr Menschen die Krankenkassenprämien nicht mehr bezahlen können. Es kommt zu einer Rationierung von gewissen Therapien/Pflegemassnahmen. Die Patient*innen haben aber die klare Erwartungshaltung, dass sämtliche lebenserhaltenden Massnahmen angewandt werden. In die Prävention und in eine Gesamtgesundheit im Sinne von «One-Health» wird kaum investiert, sondern auf immer weitere und bessere Medizinaltechnik zur «Reparatur» von gesundheitlichen Beschwerden gesetzt. Auch Extremereignisse wie Hitzeperioden, werden technisch gelöst – es wurden Präventionsmassnahmen für einen raschen Kapazitätsausbau der Bettenzahl und des Personals eingeführt.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Gesundheitskosten: +++
- Ausbaustandard staatlicher Pflegeeinrichtungen: +++
- Lebenserhaltende Massnahmen: +++
- Sterblichkeitsaufschub: ++
- Gesundheitlicher Ungleichheiten: +
- Gesundheitsförderung und Prävention: –

B) «Gesundheit für alle – Gesundheitsförderung und Prävention haben hohen Stellenwert»

Starke Governance und «weniger ist mehr»

*Lead: Durch einen gesamtheitlichen Ansatz, Gesundheitsförderung und Prävention konnten die Gesundheitskosten gesenkt werden. Ein gut abgestimmtes, funktionierendes System verschiedener Akteure und den verschiedenen politischen Ebenen hat sich herausgebildet. Der Erfolg der Gesundheitsversorgung wird an der Zufriedenheit der Patient*innen gemessen.*

Durch einen gesamtheitlichen Ansatz (Umweltschutz, Tier- und Menschgesundheit) und Prävention konnten Gesundheitskosten gesenkt werden. Ein gut abgestimmtes, funktionierendes System verschiedener Akteure und den verschiedenen politischen Ebenen hat sich herausgebildet: Die Basisversorgung bilden die Hausärzt*innen und Hauspsycholog*innen. Dank höherem Prestige dieser sowie der Pflegeberufe, konnten die Arbeitsbedingungen stark verbessert werden. Produktivitätssteigerung ist nicht mehr das Ziel, der Erfolg wird an der Zufriedenheit der Patient*innen gemessen. Entsprechend wird mehr Zeit und weniger Medizinaltechnik angewandt. Eine Verschiebung innerhalb der Akteure konnte festgestellt werden. So machen Fachkräfte, die in der Entwicklung und Aufrechterhaltung des Wohlbefindens von Menschen tätig sind, einen weitaus

größeren Anteil des am Gesundheitssystem beteiligten Personals aus, als noch vor drei Generationen.

Lebenserhaltende Massnahmen werden als inhuman wahrgenommen. Es gibt Sterbeabteilungen in öffentlichen Gesundheitseinrichtungen, die ähnlich den heutigen Geburtshäusern, sehr angenehm und wohnlich eingerichtet sind und wo Familienangehörige und Freunde willkommen sind.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Gesundheitskosten: --
- Ausbaustandard staatlicher Pflegeeinrichtungen: +++
- Lebenserhaltende Massnahmen: ---
- Sterblichkeitsaufschub: --
- Gesundheitlicher Ungleichheiten: ---
- Gesundheitsförderung und Prävention: +++

C) «Raubtiergesundheit: polarisierte Gesundheit»

Schwache Governance und «stark interventionistisch»

Lead: Die Gesellschaft ist sehr heterogen. Sozial besser gestellte Schichten haben Zugang zu sehr teuren Therapien, während schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen mit knappen Ressourcen ungenügend behandelt werden. Die Sterblichkeit ist deshalb in diesen Bevölkerungsgruppen deutlich höher.

Innerhalb einer stark heterogenen Gesellschaft haben sozial besser gestellte Schichten Zugang zu sehr teuren (personalisierten) Therapien, die vorwiegend in Spezialkliniken für Privatversicherte angeboten werden. Alle lebenserhaltenden Massnahmen werden unhinterfragt durchgeführt. Die Forschung investiert viel in die Entwicklung hochspezialisierter Technologien für eine kleine kaufkräftige Oberschicht. Staatliche Krankenhäuser verkommen zu so genannten Hospizen, in denen sozioökonomisch schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen behandelt werden. Auf Extremereignisse wie z.B. Hitzewellen ist das System nicht vorbereitet und schnell überlastet. Überbelegung und eine rapide ansteigende Sterblichkeit sind die Folgen. Die Sterblichkeit liegt bei den sozioökonomisch schlechter gestellten Bevölkerungsschichten demzufolge deutlich höher als bei Bessergestellten. Den Zugang zu medizinischer Versorgung ist bei schlechter gestellten Schichten viel niedriger als in den oberen Bevölkerungsschichten. Aus Personalmangel und Ressourcenknappheit (Spitalbetten aber auch Medikamente) ist es gang und gäbe, an eigentlich behandelbaren Krankheiten wie zum Beispiel einer Lungenentzündung zu sterben. Auf Prävention wird nicht gesetzt, dazu fehlt die staatliche Organisationsstruktur sowie die Einsicht in der Bevölkerung. In oberen Gesellschaftsschichten wird auf einen gesunden Lebensstil gesetzt, schlechter gestellte Schichten können sich diesen aber nicht leisten. Zugang zu den Spezialkliniken wird als erstrebenswertes Ziel angesehen.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Gesundheitskosten: +++
- Ausbaustandard staatlicher Pflegeeinrichtungen: --
- Lebenserhaltende Massnahmen: +++ (für kaufkräftige Patient*innen)
- Sterblichkeitsaufschub: --- für schlechter Gestellte, ++ für gut Gestellte
- Gesundheitlicher Ungleichheiten: +++
- Gesundheitsförderung und Prävention: –

D) «Gesundheitssystem basierend auf gesellschaftlichem Zusammenhalt»

Schwache Governance und «weniger ist mehr»

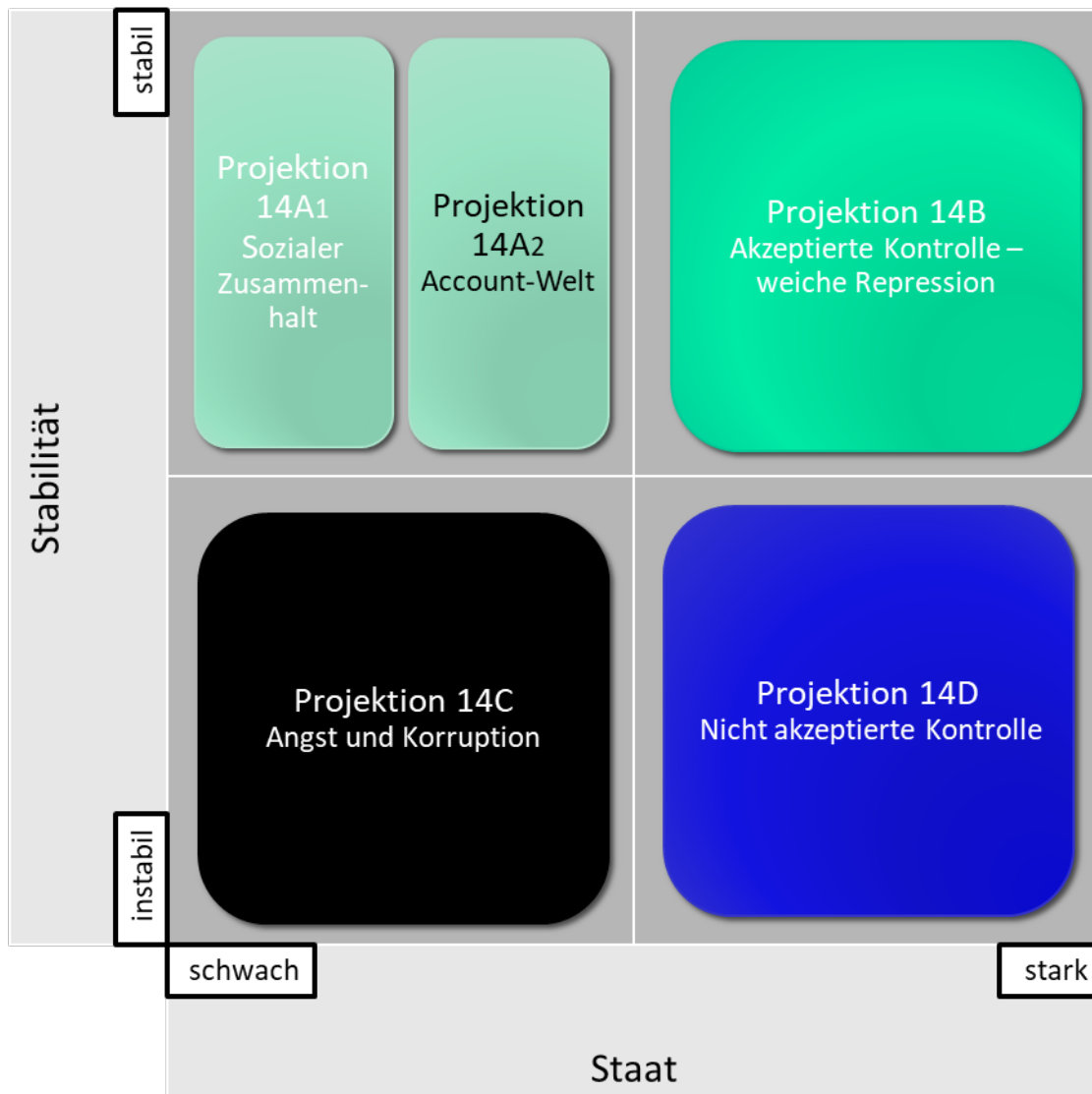
Lead: Teile der Gesundheits- und Pflegedienstleistungen werden von der Gesellschaft und privaten Organisationen übernommen. Die Bevölkerung gewichtet einen gesunden Lebensstil hoch, wodurch die Gesundheitskosten abnehmen. Die vorzeitige Sterblichkeit nimmt zu, weil auf teure lebenserhaltende Massnahmen verzichtet wird.

Nichtstaatliche Organisationen, Kirchen, spirituelle Kreise, Krankenversicherer und private Netzwerke wie die Familie und die Nachbarschaft übernehmen gewisse Aufgaben des Pflege- und Gesundheitssystems. Es wird von verschiedener Seite versucht, den Schutz von Benachteiligten und vulnerablen Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten. Ein hohes Umweltbewusstsein und die Gewichtung eines gesunden Lebensstils lässt die gesellschaftliche Gesamtgesundheit ansteigen. Die Gesundheitskosten nehmen entsprechend stark ab. Die vorzeitige Sterblichkeit nimmt innerhalb der gesamten Gesellschaft zu, auch weil innerhalb der Gesellschaft ein angenehmes, würdevolles Lebensende über ein möglichst langes Leben gestellt wird. Auf lange und teure lebenserhaltende Massnahmen wird in der Regel verzichtet. Als erstrebenswert wird ein Lebensende erachtet, welches eingebunden in den entsprechenden sozialen Netzwerken stattfindet. Die intergenerationelle Kohäsion ist hoch, mitunter durch die gesellschaftliche Involvierung betagter Menschen. Teure personalisierte Therapien und Privatkliniken werden als gesellschaftlich nicht tragbar angesehen und nur von ganz wenigen privat in Anspruch genommen. Besser gestellte Bevölkerungsschichten leisten sich eher lebensverschönernde Aktivitäten zum Lebensende hin, zum Beispiel einen «schönen Lebensabend» im Ausland am Meer.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Gesundheitskosten: ---
- Ausbaustandard staatlicher Pflegeeinrichtungen: -
- Lebenserhaltende Massnahmen: ---
- Sterblichkeitsaufschub: +
- Gesundheitlicher Ungleichheiten: -
- Gesundheitsförderung und Prävention: +

14 Faktorprojektionen – Innere Sicherheit



Achsen:

- Starker vs. schwacher Staat
- Stabilität hoch vs. niedrig

Faktorprojektionen:

A) Schwacher Staat mit hoher Stabilität

1) «Sozialer Zusammenhalt»

Schwacher Staat und Stabilität hoch

Lead: Eine starke Zivilgesellschaft mit einem guten sozialen Zusammenhalt bindet benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Minderheiten ein. Die Sicherheit ist durch diesen intrinsischen Zusammenhalt trotz sehr kleinem staatlichen Sicherheitsapparat gegeben. An die Stelle von strafrechtlich verfügbaren Strafen treten soziale (Re-)Integrations- und Inklusionsmassnahmen.

Es hat sich eine sehr starke Zivilgesellschaft mit einem guten sozialen Zusammenhalt herausgebildet, die benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Minderheiten einbindet und integriert. Die Sicherheit ist durch diesen intrinsischen Zusammenhalt der Gesellschaft trotz sehr kleinem staatlichen Sicherheitsapparat gegeben. Es besteht eine relativ homogene Wertvorstellung. Zivildienst im Sinne von Dienst für die Gesellschaft ist hoch angesehen. Er nimmt viel Raum und Zeit in privaten Lebensläufen ein und wird von staatlicher Seite gefördert. Der Staat bietet das Grundgerüst und ermöglicht der Zivilgesellschaft einen grossen Handlungsspielraum, den diese sehr gut zu nutzen weiss.

Strafrechtlich verfügte Strafen im herkömmlichen Sinne gibt es nicht mehr oder nur sehr selten. Stattdessen werden therapeutische Massnahmen mit einem starken Fokus auf sozialer (Re-)Integration und Inklusion angewandt. Die Wirtschaft setzt vermehrt auf kooperative Modelle statt auf Marktkonkurrenz. Kritische Infrastrukturen werden von der Zivilgesellschaft genossenschaftlich verwaltet.

Internationale Institutionen sind stark und üben einen positiven Einfluss auf Nationalstaaten aus, da sie globale Probleme ganzheitlich angehen können. Die nationalstaatliche Ebene verliert an Einfluss, während die regionale Ebene gestärkt wird.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Grad der Monopolisierung der digitalen Infrastruktur (staatlich oder privat): ---
- Partizipationsgrad der Bevölkerung: +++
- Niveau der Einkommens- und Vermögensunterschiede: ---

2) «Multinationale digitale Unternehmen dominieren die Gesellschaft – 'Account-Welt'»

Schwacher Staat und Stabilität hoch

Lead: Das öffentliche Leben wird von Unternehmen dominiert. Öffentliche, staatliche Dienstleistungen sind weitestgehend abgebaut. Stattdessen herrscht ein System, in dem nur jene Menschen Zugang zu Dienstleistungen haben, die einen Account bei einem Unternehmen haben, das die gewünschte Dienstleistung anbietet. Diese ökonomisch-gesellschaftlich stabile Lage wird durch eine starke staatliche Marktaufsicht aufrechterhalten.

Das öffentliche Leben wird von Unternehmen dominiert: Die ökonomische Sicherheit wird innerhalb der marktführenden globalen Unternehmen ausgehandelt. Öffentliche, staatliche Dienstleistungen sind weitestgehend abgebaut. Stattdessen herrscht eine «Account-Welt». Zugang zu zahlreichen, einst öffentlichen Leistungen (Schule, Universität, Gesundheit, Transport, Kommunikation etc.) erhält nur, wer den entsprechenden Account bei den jeweiligen Unternehmen hat. Die Normen und der Wertekodex werden von diesen Firmen vorgegeben. Wer den Normen nicht folgt, hat keine Erlaubnis, einen Account zu eröffnen und entsprechend keinen Zugang auf die angebotene Leistung. Fehlerhaftes Verhalten wird per künstlicher Intelligenz ermittelt und sofort abgestraft, indem die Person, die sich fehlerhaft verhalten hat, durch ein mehrstufiges Verfahren von Leistungen ausgeschlossen wird. Längst haben die Firmenkodexe den Platz eingenommen, den früher die Gesetze innehatten. Die Gesellschaft ist stark individualisiert und die Menschen fühlen sich den Firmen zugehörig, bei denen sie ihre Accounts haben. Es besteht also eine Identifikation mit gewissen Firmen und deren Wertekodexen – man fühlt sich als Teil einer globalen Gruppe, resp. verschiedener Gruppen, je nach Firmenmix, den sich jede/r einzelne zusammenstellt. Durch die ökonomisch stabile Weltlage sind auch die Accounts stabil und alle erhalten einen Zugang. Eine Minderheit, die sich

dieser Weltordnung widersetzt, ist gänzlich von diesem privaten «Service public» ausgeschlossen und gesellschaftlich isoliert.

Die Unternehmen selber unterliegen der Evaluation der Nutzerbedürfnisse. Durch permanentes Rating setzt sich der Durchschnitt der Nutzenden durch. Unternehmen, die diesem nicht entsprechen, verlieren Nutzende, werden skandalisiert, büssen ihren Ruf und damit ihre Markt- und Gestaltungsmacht ein. Dies bedingt eine ausgewogene Konkurrenz. Sobald ein Unternehmen den Markt monopolartig beherrscht, fällt diese Regulierung durch die Nutzenden weg. Starke globale Marktaufsicht kontrolliert und verhindert die Monopolmacht einzelner Unternehmen.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Grad der Monopolisierung der digitalen Infrastruktur (staatlich oder privat): --
- Partizipationsgrad der Bevölkerung: -
- Niveau der Einkommens- und Vermögensunterschiede: --

B) «Akzeptierte Kontrolle – weiche Repression»

Starker Staat und hohe Stabilität

Lead: Kritische Infrastrukturen sind verstaatlicht und weite Teile der Wirtschaft sind staatsnah oder verstaatlicht. Im digitalen Bereich liegt das Machtmonopol beim Staat. Politik und Militär sind professionalisiert. Das Bedürfnis nach persönlicher Sicherheit ist in der Bevölkerung gross. Rechtswidrige Handlungen werden von staatlichen Sicherheitsdiensten sofort mithilfe digitaler Technologie sanktioniert.

Kritische Infrastrukturen sind verstaatlicht und weite Teile der Wirtschaft sind staatsnah oder verstaatlicht. Im digitalen Bereich liegt das Machtmonopol beim Staat: Eine staatliche Institution für Digitalisierung besitzt die digitale Hoheit mit Kompetenzen, die weit in die Anliegen privater Unternehmen hereinreichen.

Gesellschaftliche Probleme, wie z.B. die Wohnungsnot, wurden mittels staatlichen Eingriffen gelöst – mitunter mittels starken Massnahmen wie Enteignungen. Die Einheitskrankenkasse hat erreicht, dass die Gesundheitskosten gedeckelt wurden und nicht weiter angestiegen sind.

Es wurden staatlich angeordnete und überwachte Bonus-Malus-Systeme eingeführt, welche korrektes Bürgerverhalten belohnen, resp. delinquentes Verhalten sofort orten und sanktionieren. Dazu wird Gesichtserkennungssoftware im öffentlichen Raum eingesetzt. Bei offensichtlichen Delikten wird der Einsatz einer Drohne ausgelöst, die Bildaufnahmen machen, der delinquenten Person folgen kann und notfalls auch weiter eingreifen kann um kleinere Delikte zu verhindern. Diese staatliche Kontrolle hat breiten Rückhalt in der Gesellschaft, da die persönliche Sicherheit in der Bevölkerung stärker gewichtet wird als die individuelle Freiheit.

Das Milizsystem in der Verteidigung, Politik und weiteren Gesellschaftsbereichen wurde durch einen professionellen Apparat ersetzt (wie das in den 2000er-Jahren beispielsweise bereits im schweizerischen Schulsystem stattgefunden hatte). Die Partizipation der Bevölkerung wird abgebaut, wodurch sich die direkte Demokratie in einen Verwaltungsakt verwandelt. Aufgrund der vorherrschenden Meinung in der Bevölkerung, dass ein starker Staat mit weitreichenden und uneingeschränkten Kompetenzen sicherheitsstiftend ist, wird dieser Abbau akzeptiert.

Der GINI-Koeffizient ist vordergründig ziemlich tief: Reichtum wird nicht zur Schau gestellt, es bestehen keine allzu grossen Einkommens- und Vermögensunterschiede, bestehende Unterschiede

werden nicht stark wahrgenommen. Auch wurden von staatlicher Seite Ausgleichsmechanismen eingerichtet, die zur besseren Einkommens- und Vermögensverteilung beigetragen haben.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Grad der Monopolisierung der digitalen Infrastruktur (staatlich oder privat): +++
- Partizipationsgrad der Bevölkerung: --
- Niveau der Einkommens- und Vermögensunterschiede: --

C) «Angst und Korruption»

Schwacher Staat und Stabilität niedrig

Lead: Der Staat hat keine Kontrolle über die öffentliche Sicherheit. Viele private und mafiöse Organisationen bieten gegen Geld Schutz vor Gefahren. Die Gesellschaft ist gespalten und die ökonomische Ungleichheit ist gross. Das Militär hat keine Kontrolle über die technologische Entwicklung. Diese ist in den Händen einzelner mächtiger privater Player, die neue Technologien nur für ihre Zwecke einsetzen.

Die Gesellschaft ist höchst heterogen: Besser gestellte Bevölkerungsschichten schützen sich unter Einsatz von privaten Sicherheitsfirmen. Sie leben in Gated Communities – aus Sicherheitsgründen (nicht wie Anfangs des Jahrhunderts aus Bequemlichkeit und dem Service, den man in den Wohnsiedlungen erhielt, dieser ist nur noch ein angenehmer Zusatz). Weniger Privilegierte zahlen Schutzgelder an eine gut organisierte Mafia. Auch eine ökonomische Gerechtigkeit ist nicht gegeben. Mangellagen in diversen Bereichen (Medikamente, Strom, Nahrungsmittel) konnten vom Staat nicht «abgefangen» werden und haben die Ungleichheit noch verstärkt. Während früher technische Innovationen oft zu militärischen Zwecken entwickelt wurden, werden diese heute von Privatfirmen getätigt, die oftmals in Händen von mächtigen und reichen Einzelpersonen liegen. Das Militär hinkt technisch hinterher. Die Technologie trägt zur Machtkonzentration bei, da – in Händen von mächtigen Privatunternehmen oder Einzelpersonen – kein Vorteilsausgleich für eine breite Bevölkerung vorgesehen ist. Der Staat ist zu schwach, um im digitalen Raum für Sicherheit zu sorgen. Dies führt zu einer «Wilder-Westen-Situation» im digitalen Raum. Fake News und Identitätsklau erhöhen die wahrgenommene Unsicherheit stark. Dies führt dazu, dass breite Teile der Bevölkerung verunsichert und entsprechend leicht zu beeinflussen und zu mobilisieren sind. Diese Verunsicherung zeigt sich immer öfter in Eruptionen von Gewalt.

Kritische Infrastruktur wird von privaten Unternehmen und Einzelpersonen betrieben und überwacht. Der Zugang zu dieser Infrastruktur ist unreguliert und es kommt vermehrt zu Korruption. Dieses Vakuum an Kontrolle wird vermehrt von internationalen autokratischen Regimes genutzt, um die Instabilität zu vergrössern. Diese Regimes stärken unter anderem die mafiösen Strukturen, hacken die kritischen Infrastrukturen oder forcieren die Migration Richtung Europa, etc.. Der Staat ist voll ausgelastet mit der Umsetzung internationaler Bestimmungen und Regelwerken. Beispielsweise wurde der Schweiz von der EU ein strenges Wasserregime auferlegt, welches Speicher- und Ablassmassnahmen vorschreibt.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Grad der Monopolisierung der digitalen Infrastruktur (staatlich oder privat): ---
- Partizipationsgrad der Bevölkerung: --
- Niveau der Einkommens- und Vermögensunterschiede: +++

D) «Nicht akzeptierte Kontrolle»

Starker Staat und Stabilität niedrig

Lead: Der Staat verfügt über weitgehende Eingriffsrechte bis weit ins private Umfeld hinein und setzt dazu breitflächig digitale Infrastruktur ein. Diese Kontrolle wird von der Bevölkerung nicht akzeptiert und es kommt zu Ausschreitungen. Die Einkommens- und Vermögensunterschiede sind gross und einzelner Bevölkerungsteile, die dem Staat nicht gehorsam sind, werden von öffentlichen Dienstleistungen ausgeschlossen.

Der Staat verfügt über weitgehende Eingriffsrechte bis weit ins private Umfeld hinein. Dies unter der Prämisse der Gewährung der privaten und öffentlichen Sicherheit. Der öffentliche Raum ist überwacht. Es wird Gesichtserkennungssoftware zur Nachverfolgung und Prävention eingesetzt. Anfänglich wurden diese Kontrollmassnahmen von einer kleinen Gegenbewegung vehement abgelehnt. Mittlerweile ist Akzeptanz für die Massnahmen jedoch in der breiten Bevölkerung nicht mehr vorhanden. Eine breite Koalition unterschiedlicher Gesellschaftsschichten und -gruppierungen wehrt sich gegen die Massnahmen. Es kommt vermehrt zu Ausschreitungen. Diese fallen teils sehr gewalttätig aus, sodass die Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann. Ein verstärkter Polizeiapparat wird zur Wahrung der Sicherheit aufgebaut. Neuartige Technologien zur Unterstützung menschlicher Funktionen (wie beispielsweise Nachtsichtgeräte oder Muskelkraft unterstützende Ganzkörperanzüge) werden dabei verbreitet eingesetzt.

Durch den Partizipationsabbau und die Machtkonzentration in gewissen Institutionen fühlen sich weite Teile der Gesellschaft politisch nicht mehr vertreten und zu stark in der persönlichen Freiheit eingeschränkt. Auch hat eine Einkommens- und Vermögenskonzentration stattgefunden, denn der Staat ist darauf fokussiert, die Sicherheit einer reichen Oberschicht zu garantieren, während er für die Sicherheit der unteren Schichten nicht mehr garantieren kann. Die ökonomische Ungleichheit ist stark sichtbar und hat Segregation in Wohngebieten zur Folge: Es gibt Quartiere, wo die vermögenden Bevölkerungsschichten wohnen und nach aussen durch Zäune und Bewachungssysteme gesichert sind und ungesicherte Quartiere, wo die weniger vermögenden Bevölkerungsschichten wohnen und in denen die Unzufriedenheit zunimmt. Es gibt jedoch auch geschlossene Quartiere von Minderheiten, die sich abgesondert haben und für ihre eigene Sicherheit einstehen wollen. Diese sind aber vom Staat nicht bewilligt und werden regelmässig geräumt.

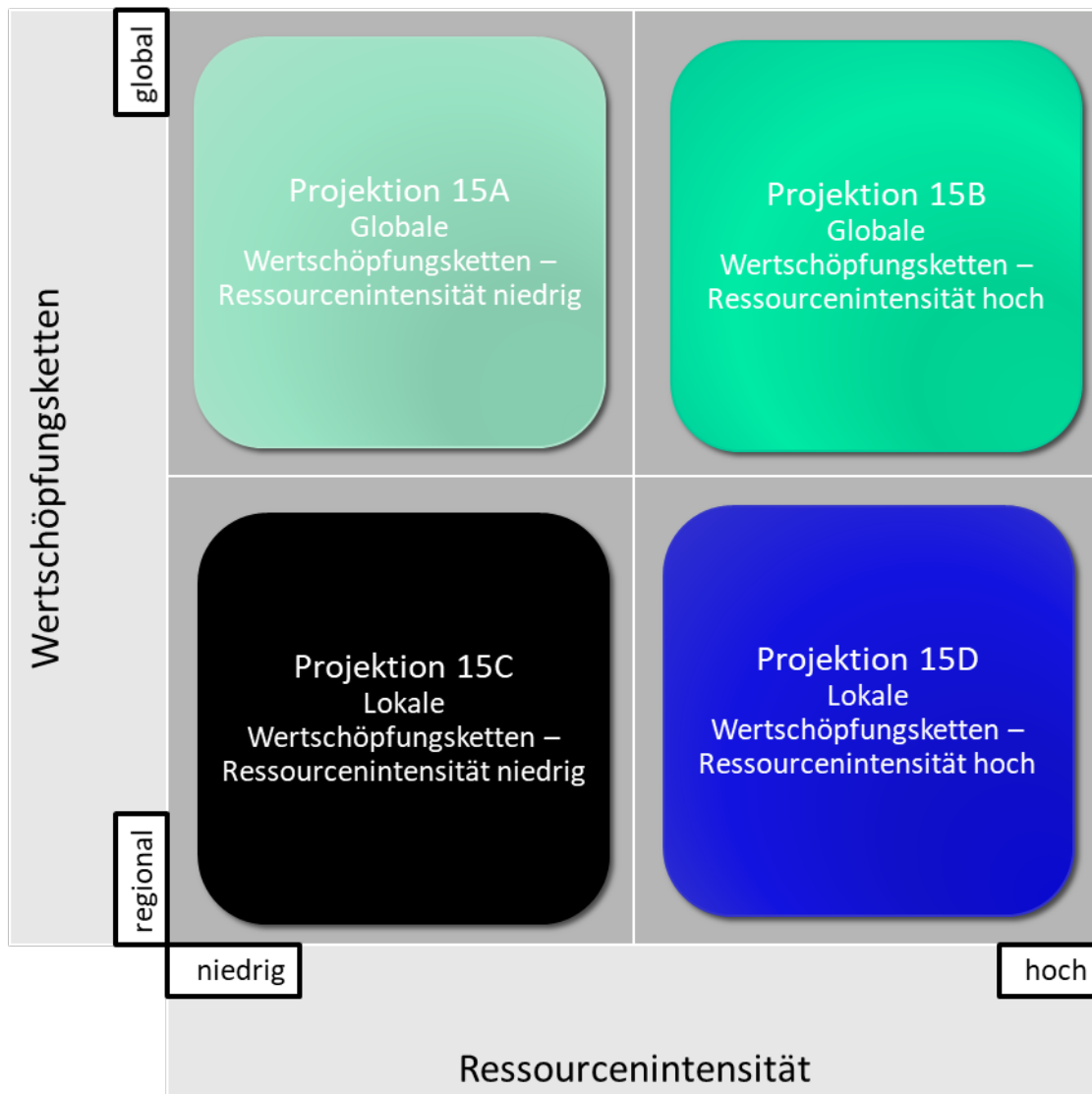
Vorteile von und Zugang zu technischer Innovation kommen ebenfalls hauptsächlich der oberen Bevölkerungsschicht zugute, was die Macht- und Reichtumskonzentration verstärkt.

Durch Verweigerung der staatlichen (digitalen) Überwachung gewisser Gruppierungen/Minderheiten werden diese von gewissen Staatsleistungen ausgeschlossen, z.B dem Zugang zu Universitäten.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Grad der Monopolisierung der digitalen Infrastruktur (staatlich oder privat): --
- Partizipationsgrad der Bevölkerung: ---
- Niveau der Einkommens- und Vermögensunterschiede: ++

15 Faktorprojektionen – Landwirtschaft



Achsen:

- Wertschöpfungsketten global vs. regional
- Ressourcenintensität niedrig vs. hoch

Faktorprojektionen:

A) «Globale Wertschöpfungsketten – Ressourcenintensität niedrig»

Lead: Der Grenzschutz in der Schweiz wurde abgebaut. Ab Mitte des 21. Jahrhunderts nahm die Produktion stark ab und der Selbstversorgungsgrad sank massiv. Als die Produktion in globalem Massstab immer extensiver wurde, bildeten sich in der Schweiz hoch spezialisierte Betriebe aus, die dank hoch technologisierten Monitoring wenig Ressourcen brauchen. Ansonsten ist der Technologisierungsgrad jedoch niedrig: Die Landwirtschaft ist von Handarbeit geprägt und der Anteil an landwirtschaftlichen Arbeitskräften hat stark zugenommen. Die niedrig qualifizierten Arbeitskräfte stammen aus der ganzen Welt.

Die Landwirtschaft wurde gänzlich liberalisiert und der Grenzschutz abgebaut. Mitte des 21. Jahrhunderts nahm die Produktion stark ab, der Selbstversorgungsgrad sank massiv und viele Alpentäler wurden aufgegeben. Einige grosse Betriebe, die Skaleneffekte ausschöpfen konnten, dominierten das Mittelland, nur die günstigen Lagen, in welchen die Produktionskosten am niedrigsten sind, wurden in den Voralpen noch bewirtschaftet. Bewirtschaftungsbeiträge (Offenhaltungsbeiträge) verhinderten die Verwaltung weiter Teile der Alpen. Seit die Produktion in globalem Massstab immer extensiver wurde, ist der Druck auf die Fläche wieder gestiegen. Die Produktion in der Schweiz lohnt sich wieder, wenn auch nur hoch spezialisiert. Die Schweizer Betriebe sind auf Produkte spezialisiert, die mit wenig Ressourcen produziert werden können. Beispielsweise wird eine neue extensive Rasse einer standortangepassten, langlebigen Kuh zur Fleischproduktion gehalten. Dieses teure Fleisch wird unter einem «Swissness»-Label exportiert. Schweine und Geflügel sind praktisch verschwunden. Zugefüttert wird kaum und auf Ackerflächen findet extensive Produktion statt. Naturschutzflächen verschwinden, die Biodiversität nimmt aber zu, da die Bewirtschaftung allgemein biodiversitätsförderlich ist. Es gibt Direktzahlungen für ressourcenextensive Massnahmen, Steuern für die Verwendung von Düngemitteln und Pestiziden werden auferlegt und Strafmassnahmen eingeleitet, falls die gesetzten Grenzwerte der Düngernutzung und Pestizidbelastung überstiegen werden. Dazu gibt es ein hoch technologisiertes Monitoring. Ansonsten ist der Technologisierungsgrad jedoch niedrig: Die Landwirtschaft ist von Handarbeit geprägt und der Anteil an landwirtschaftlichen Arbeitskräften hat stark zugenommen. Die niedrig qualifizierten Arbeitskräfte stammen aus der ganzen Welt. Die Bewirtschaftenden sind Unternehmer*innen mit einem hohen Ansehen in der Gesellschaft, die stark spezialisiertes Wissen für ressourcenschonenden, effizienten Anbaus sowie auf optimiertes Tierwohl ausgerichtete Produktion besitzen. Die Besitzer*innen der Flächen stammen teils aus den verschiedensten Gegenden der Welt – die in der Schweiz ansässigen Bewirtschaftenden haben aber weitgehend eigene Entscheidungskompetenzen.

Die Agrarpolitik ist hauptsächlich damit beschäftigt, Agrarhandelsabkommen mit anderen Staaten abzuschliessen, um die Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen.

Die Ernährung der Bevölkerung ist sehr divers, denn die globale Varietät an Sorten hat zugenommen, wovon die meisten in der Schweiz erhältlich sind. Der Fleischkonsum ist stark gesunken und die Gesundheit der Gesellschaft hat insgesamt zugenommen.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Flächenverbrauch (landwirtschaftliche und andere Nutzung): +
- Biodiversität: +
- Selbstversorgungsgrad: ---
- Technologisierung der Landwirtschaft: +

B) «Globale Wertschöpfungsketten – Ressourcenintensität hoch»

Lead: In der Schweiz gibt keinen Grenzschutz und keine Direktzahlungen an die Landwirtschaft mehr. Ab den 2050er-Jahren werden in der Schweiz nur noch hoch spezialisierte Milchprodukte in stark technisierten Grossbetrieben für den Export hergestellt. Ab den 2080er-Jahren ziehen sich immer mehr Grossbetriebe aus der Schweiz zurück, weil die Produktion im Ausland rentabler wurde. Fast alle Lebensmittel werden importiert.

Der Grenzschutz ist vollständig abgebaut, wie auch alle Direktzahlungen und weitere Finanzierungsinstrumente der Agrarpolitik. In der Schweiz wird kaum noch etwas angebaut. Nach

dem schrittweisen Abbau des Grenzschatzes vor Mitte des 21. Jahrhunderts hat eine hohe Spezialisierung auf wertschöpfungsintensive Produkte eingesetzt: Es wurden fast ausschliesslich Milchprodukte produziert, die unter einem stark geförderten «Swissness»-Label exportiert werden. Futtermittel sowie menschliche Nahrung wurde in immer grösseren Anteilen importiert (weil diese trotz intensiver Produktion nicht in genügender Menge für die hohen Tierbestände in der Schweiz produziert werden konnte). Nachdem bis in die 2050er-Jahre am kleinen bis mittelgrossen Familienbetrieb als wichtigste Betriebsform in der Landwirtschaft festgehalten wurde, nahm die durchschnittliche Betriebsgrösse ab den 50ern immer stärker zu, bis sie Grössen von 800-1000 Kühen pro Betrieb erreicht hat. Die kleinbäuerliche Schweiz verschwand daraufhin sehr rasch und es bildete sich ein neuer Typ von Bewirtschaftenden heraus: Der technische Unternehmer. Alles war auf Rentabilität und den maximalen Ertrag ausgerichtet, auch Gentechnik wurde in grossem Stil eingesetzt. Das Mittelland und die Voralpen wurden mit intensiver Milchwirtschaft bewirtschaftet. In den Alpen wurde die Attraktion einer «Swiss Miniature» (eine Schweiz im Miniaturformat) errichtet, die hauptsächlich für touristische Zwecke erhalten wird. Die noch vorhandene Qualitätsproduktion brachte teure Nischenprodukte hervor, die direkt an die Touristen abgesetzt wurden. Das Umweltbewusstsein in der Bevölkerung war nicht vorhanden, viele waren schlicht nicht interessiert an solchen Themen.

Vor 20 Jahren, also im Jahr 2080, haben sich dann auch immer mehr Grossbetriebe aus der Schweiz zurückgezogen, weil die Produktion im Ausland rentabler wurde. Produziert wird nun hauptsächlich in Sibirien in der borealen Zone bis weit in die aufgetauten Tundraböden hinein. Die globale Entwaldung ist weit fortgeschritten und die globale Spezialisierung hat weiter zugenommen. Gewisse Produkte bezieht die Schweiz auch aus Subsahara-Afrika. Die Produktion ist dort sehr intensiv: Pestizid und Düngereinsatz im grossen Stil gilt als die unhinterfragte Normalbewirtschaftung. Die Umweltbelastung ist entsprechend hoch. Viele Ökosystemleistungen mussten technisch ersetzt werden. Da die Nahrungsmittelproduktion in der Schweiz weggefallen ist, wurde die Fläche rasch zugebaut (ausser ein paar Naturschutzinseln, die zur Naherholung gehalten werden). Der neue Exportschlager aus den 2060ern - die Genetik des Schweizer Hausschweins – konnte sich halten. Somit existieren noch einige wenige Zuchtbetriebe. Das Mittelland gleicht einer Grossstadt, die einen hohen Lebensstandard zu bieten hat. Dieser Standard wird als Recht empfunden und unhinterfragt eingefordert. Die gesellschaftliche Stimmung ist sehr individualistisch und gewinnorientiert und der gesellschaftliche Zusammenhalt ist niedrig. Die Ein-Kind-Familie ist die Norm. Der Bezug zur Nahrungsmittelproduktion und der Natur fehlen beinahe gänzlich, Tiere werden als «Maschinen» wahrgenommen. In wenigen vertikalen Gewächshäuser werden Gewürze angebaut, was als modern gilt. Die Versorgung kommt praktisch gänzlich von aussen, wobei das Angebot sehr homogen bis banal ist. Die gesamtgesellschaftliche Gesundheit ist entsprechend schlecht. Die «Swiss Miniature» in den Alpen konnte sich halten. Dort gibt es noch einige Betriebe, die in nostalgischen Showkäsereien sehr teuren Käse produzieren. Viele Alpentäler wurden aber aufgegeben.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Flächenverbrauch (landwirtschaftliche und andere Nutzung): +++
- Biodiversität: ---
- Selbstversorgungsgrad: ---
- Technologisierung der Landwirtschaft: -

C) «Lokale Wertschöpfungsketten – Ressourcenintensität niedrig»

Lead: Der Grenzschutz wurde in der Schweiz stark ausgebaut. Der Selbstversorgungsgrad konnte dank staatlicher Lenkung und Förderung auf ein hohes Niveau gehoben werden. Die Landwirtschaft in der Schweiz ist ökologisch, sehr kleinteilig und arbeitsintensiv. Der Druck auf die Fläche ist sehr hoch, überall wird angebaut, auch auf Naturschutzflächen. Die Biodiversität profitiert dennoch stark, da die Produktion sehr extensiv und divers ist. Technologisierung wird staatlich stark gefördert und ist in der Bevölkerung breit akzeptiert.

Nach dem Zusammenbruch der WTO wurde der Grenzschutz in der Schweiz stark ausgebaut, so dass die Importe rasant abnahmen. Nach einer Zeit von existenziellen Mangellagen, konnte der Selbstversorgungsgrad dank staatlicher Lenkung und Förderung auf ein hohes Niveau gehoben werden. Nur noch Getreide wird teilweise aus nahem Ausland importiert.

Die Landwirtschaft in der Schweiz ist ökologisch, sehr kleinteilig und arbeitsintensiv. Viele Menschen sind in der Landwirtschaft beschäftigt, sei es als Familienbetrieb, im Nebenerwerb, als Freizeiteilbeschäftigung, als Urban-Farmer oder in Form von Zivileinsätzen. Der Bezug zur Landwirtschaft und zur Umwelt ist sehr eng. So wissen bereits Kinder, was ein Kartoffelkäfer ist. Es gibt Schuleinsätze, Schulgärten, Quartiergärten etc., die mittlerweile einen beträchtlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit beitragen. Die Menschen haben mehr Freizeit und es gilt als selbstverständlich, dass davon ein Teil zur Nahrungsmittelproduktion aufgewendet wird. Die Bevölkerung geht sehr sparsam mit Lebensmitteln um. Sozialwirtschaftliche Landwirtschaft (SoLaWi) wird in grossem Stil betrieben – grosse Teile der Städte werden im Direktvertrieb von den umliegenden Höfen beliefert. Es wird praktisch kein Futter auf Ackerflächen angebaut und der Fleischkonsum ist auf ein Minimum gesunken. Das Fleisch, das noch produziert wird, ist sehr teuer. Auch der Bezug zur Tötung hat sich stark verändert. So sind nur noch Hoftötungen erlaubt. Schweine und Hühner werden nur noch sehr wenige gehalten – ausser für den «Eigengebrauch». Essensabfälle können wieder problemlos an die Tiere verfüttert werden, da die Gesetze aus Effizienzgründen wieder angepasst wurden. Auch andere Produkte sind aus der Ernährung verschwunden, so wird statt Zuckerrüben Stevia angebaut.

Die Alpen werden mit extensiven, langlebigen Milchkuhrassen bewirtschaftet. Die Voralpen sind weitgehend terrassiert. Der Druck auf die Fläche ist sehr hoch, überall wird angebaut, auch auf Naturschutzflächen. Die Biodiversität profitiert dennoch stark, da die Produktion sehr extensiv und divers erfolgt. Auch in den stark verdichteten Siedlungen (oder in bevölkerungsärmeren Siedlungen) wird jede Fläche für den Eigen- oder Quartierverbrauch genutzt (z.B. Hühner im Hinterhof). Autarke Gewächshäuser – mit erneuerbarer Energie betrieben – ergänzen die Quartiergärten. Die Fläche, die für Verkehrsinfrastruktur verwendet wird, hat abgenommen, wodurch neue Flächen für die Lebensmittelversorgung frei wurden.

Die Produktion wird staatlich stark gelenkt. Dabei ist die Ressourceneffizienz die treibende Kraft: Die Produktion steht und fällt mit geschlossenen Nährstoffkreisläufen. Technologisierung und Digitalisierung werden staatlich stark gefördert und es werden Ökologie-, Effizienz- und Diversitätsbeiträge ausbezahlt (zum Beispiel werden Beiträge gewährt zum Anbau von Kulturen oder Sorten, die von den Nachbarn noch nicht in der Rotationsfolge drin ist). Ineffizienzen und zu hohe Inputs werden mit Bussen und Steuern belegt. Dadurch entsteht ein Wettbewerb um die höchste Vielfalt an angepassten Sorten. Ein striktes, digitales Monitoringprogramm wacht über Stickstoff und Feuchtigkeit (Kontrolle und Verlustminimierung). Das Problem des Stickstoffüberschusses konnte dadurch entschärft werden, dass zum einen viele Leguminosen angebaut werden und zum anderen dank verbesserter Vorhersagen und Nitrifikationshemmern die Nitratauswaschung stark reduziert werden konnte. Mittels Güllevergärung wird Energie aus der Gülle gewonnen, die übrig gebliebenen

Nährstoffe werden ausgebracht. Roboter zirkulieren selbstständig zwischen den Betrieben. Die Produktion ist überbetrieblich integriert: Lokale Nährstoffüberschüsse werden digital koordiniert und dank interaktiver, schweizweiter Karte an einem sinnvollen Ort ausgebracht. Der Einsatz von Technologie ist in der Bevölkerung breit akzeptiert und Lohnunternehmer*innen bieten eine Vielzahl an Technik (Precision Farming) an, um die landwirtschaftliche Produktion noch ressourceneffizienter zu gestalten. Schweizweit wurden zudem viele neue Gewässer aufgestaut, um in Trockenperioden genügend Wasser zur Verfügung zu haben.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Flächenverbrauch (landwirtschaftliche und andere Nutzung): ++
- Biodiversität: +++
- Selbstversorgungsgrad: +++
- Technologisierung der Landwirtschaft: +++

D) «Lokale Wertschöpfungsketten – Ressourcenintensität hoch»

Lead: Der Grenzschutz wurde ausgebaut und die landwirtschaftliche Produktion wird zentral über ein nationales Konzept gesteuert, um den Selbstversorgungsgrad hochzuhalten. In urbanen Gebieten prägen vertikale Landwirtschaftsbetriebe, in den Alpen intensivierte Flächen für Milch- und Fleischproduktion die Landschaft. Für die hohe Energienachfrage der Nahrungsmittelproduktion mussten neue Atomkraftwerke gebaut werden. Umweltbelange haben keinen Vorrang – die soziale Nachhaltigkeit ist wichtiger: Nahrungsmittel sollen für alle bezahlbar sein.

Der Selbstversorgungsgrad und der Grenzschutz wurden ausgebaut und die landwirtschaftliche Produktion wird zentral über ein nationales Konzept für einen Anbauplan pro Landschaftskammer gesteuert. Kalorienintensive Produktion (z.B. Getreideanbau) findet in mehrstöckigen, sehr energieintensiven, vertikalen Landwirtschaftsbetrieben, die von industriellen Agrarproduzenten geleitet werden, statt. Auf stark intensivierten Flächen in den Alpen und Voralpen wird Milch und Fleisch produziert. Da praktisch nicht zugefüttert wird, ging die Milch- und Fleischproduktion aber etwas zurück. Auch der Fleischkonsum ging seit dem Anfang des Jahrhunderts deutlich zurück. Rund 15% des Graslandes wurde wieder in Ackerland überführt und Teile der Voralpen wurden terrassiert. Die Kühe, aber auch die Schweine und Geflügel, die noch gehalten werden, befinden sich meist in grossen, teils mehrstöckigen Ställen. Manche Futtermittel und Dünger müssen aufgrund dieser intensiven Landwirtschaft weiterhin importiert werden. Insgesamt ging der Fleischkonsum aber deutlich zurück.

Gewisse Produkte sind aus den Regalen verschwunden. Als Süssungsmittel wird nicht mehr Zuckerrüben, sondern Zuckerrohr angebaut. Andere Produkte sind dazugekommen. So konnte sich die Insektenproduktion durchsetzen, die auch einen neuen Typ von Bewirtschafter*in hervorgebracht hat. Die Insekten werden vorwiegend indoor in Städten gezüchtet. Kartoffeln und Mais werden ebenfalls teils indoor angebaut.

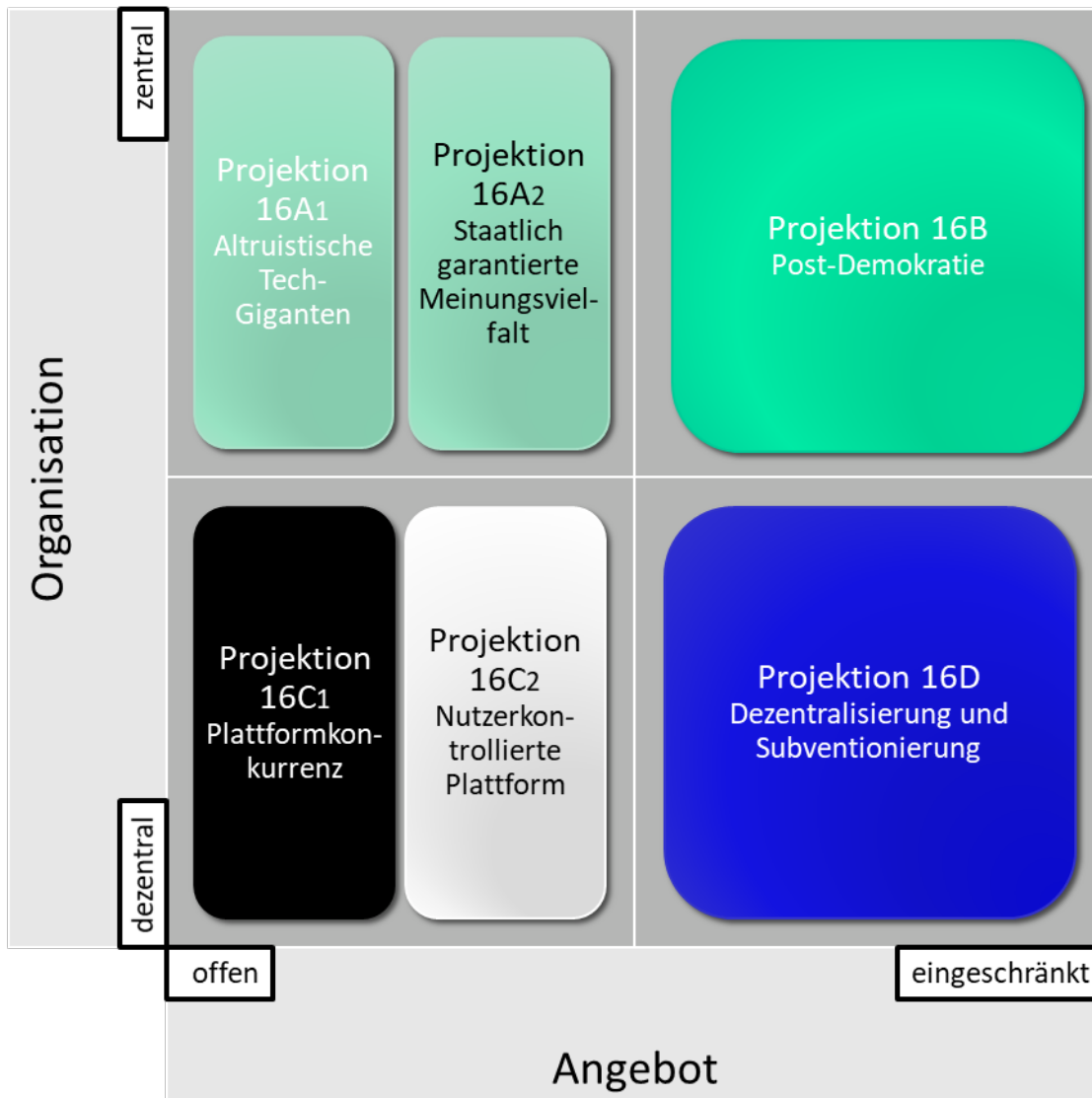
Für die hohe Energienachfrage, die durch die Nahrungsmittelproduktion entstand, mussten neue Atomkraftwerke gebaut und in Betrieb genommen werden. Eine technikaffine Bevölkerung hat das Gen-Editing (molekularbiologische Verfahren zur Genveränderung) breit akzeptiert. Man ist stolz auf die Schweizer Produktion. Neue Label, die die Schweizer Produktion anpreisen, zum Beispiel «Swiss-Calories» oder "Swiss-edited-food», sind hoch im Trend. Umweltbelange sind der breiten Bevölkerung egal – die soziale Nachhaltigkeit ist viel wichtiger: Nahrungsmittel sollen für alle

bezahlbar sein. So konnte sich eine riesige Lebensmittel- und Weiterverarbeitungsindustrie etablieren.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Flächenverbrauch (landwirtschaftliche und andere Nutzung) +
- Biodiversität: ---
- Selbstversorgungsgrad: ++
- Technologisierung der Landwirtschaft: ++

16 Faktorprojektionen – Medien und Kommunikation



Achsen:

- Organisation zentral vs. dezentral
- Offenes, vielfältiges Angebot vs. eingeschränktes Angebot

Faktorprojektionen:

A) Offen und zentral

1) «Altruistische Tech-Giganten»

Information & Content zentral organisiert; Offenes, vielfältiges Medienangebot

Die kommunikative Infrastruktur ist in den Händen einiger weniger Technologie-Unternehmen. Diese Unternehmen werden von sehr altruistischen Personen geführt, die es als ihre Aufgabe betrachten, Meinungsvielfalt und ein breites Medienangebot zu fördern. Auf den von ihnen angebotenen Plattformen kann jede Person Content posten, ohne zensiert oder blockiert zu werden. So kommt es

zu einer grossen Content- und Meinungsvielfalt. Diese Vielfalt geht jedoch auch einher mit einer Flut von problematischen, diskriminierenden, volksverhetzenden etc. Inhalten. Um diese Inhalte zu unterbinden, wurde eine staatliche Kontrollbehörde ins Leben gerufen, welche die Einhaltung von Ethikregeln auf den Plattformen überwacht. Diese Kontrolle funktioniert jedoch nur sehr schlecht. Einerseits, weil sie von weiten Teilen der Bevölkerung nicht akzeptiert wird, da sie als eine autoritäre Form der Beschränkung der Meinungsfreiheit angesehen wird. Andererseits, weil die Rechte des Staates, in die Marktfreiheit der Unternehmen einzugreifen, beschränkt sind.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Staatliche Kontrolle der kommunikativen Infrastruktur: --
- Staatlicher Kontrolle der Medieninhalte: -
- Verbreitung problematischer Inhalte: 0

2) «Staatlich garantierte Meinungsvielfalt»

Die kommunikative Infrastruktur ist ganz in staatlicher Hand. Damit der Staat aufgrund seiner Macht über die Meinungsverbreitung nicht unter Ideologieverdacht gerät, hat er klare Mechanismen und Regeln für den Gebrauch der Infrastruktur eingeführt. Nutzer*innen können ihre Algorithmen kalibrieren, das heisst sie können selber entscheiden, welche Inhaltsformen sie in welcher Häufigkeit in ihrem Feed gezeigt haben möchten. Zudem gibt es klare Ethikregeln, an die sich jede*r Nutzer*in halten muss. Sie sehen vor, dass kein diskriminierender, volksverhetzender etc. Content gepostet werden darf. Die Einhaltung der Regeln wird von einem staatlichen Dienst strikt überwacht und Regelbrüche konsequent sanktioniert. Die staatlich geführten Plattformen sind bei allen Bevölkerungsgruppen sehr beliebt und angesagt.

Aufgrund der grossen Beliebtheit der staatlichen Plattformen ist es so gut wie unmöglich für private Anbieter, Nutzer*innen zu gewinnen. Einzig einige Nischen-Plattformen, auf denen nicht zensiert wird und extremistischer, oft illegaler Content geduldet ist, finden Anklang bei extremistischen Meinungsmacher*innen.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Staatliche Kontrolle der kommunikativen Infrastruktur: +++
- Staatlicher Kontrolle der Medieninhalte: +++
- Verbreitung problematischer Inhalte: --

B) «Post-Demokratie»

Information & Content zentral organisiert; Eingeschränktes, einseitiges Medienangebot

Die kommunikative Infrastruktur wird von einem Technologie-Unternehmen bereitgestellt und kontrolliert. Dieses besitzt und führt eine finanzstarke Person, die die von ihrem Unternehmen zur Verfügung gestellten Plattformen nutzt, um ihre politische Meinung in der Bevölkerung zu verbreiten. Dabei werden allerlei ethische Codizes missachtet: Zensur und die vorübergehende Einstellung der Plattformzugänglichkeit in bestimmten Regionen sind ebenso an der Tagesordnung wie die Beeinflussung von Nutzer*innen-Algorithmen und Propaganda für Personen und Organisationen, die die Meinung der Unternehmensführung vertreten.

Durch die fortwährende penetrante Meinungsbeeinflussung hat der/die Unternehmenschef:in erreicht, dass weite Teile der Bevölkerung seine/ihre politische Meinung vertritt und seine/ihre Günstlinge ins Parlament gewählt hat – bis zu dem Grade, dass die Regierung aus einem Ein-Partei-Parlament mit gleichgesinnter Exekutive besteht. Der Staat kann somit in autokratischer Manier das

ganze Wirtschafts- und Sozialsystem des Landes nach der Vorstellung der/des Unternehmenschef:in gestalten.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Staatliche Kontrolle der kommunikativen Infrastruktur: +++
- Staatlicher Kontrolle der Medieninhalte: +++
- Verbreitung problematischer Inhalte: +++

C) Offen dezentral

Information & Content dezentral organisiert; Offenes, vielfältiges Medienangebot

1) «Plattformkonkurrenz»

Es gibt eine Vielzahl an privat geführten Unternehmen, die verschiedene Plattformen anbieten, um Content zu posten und sich auszutauschen. Die Bevölkerung hat entsprechend eine sehr grosse Auswahl an Plattformen, die sie nutzen kann. Die Konkurrenz zwischen den Unternehmen ist gross, was dazu führt, dass die Unternehmen bestrebt sind, Nutzer*innen sehr stark an ihre Marke zu binden. Sie müssen deshalb stark auf die Bedürfnisse der Nutzer*innen eingehen. Die Vielfalt an Angeboten hat dazu geführt, dass die Nutzer*innen grundlegende Bedürfnisse wie die Wahrung der Privatsphäre und die Hoheit über den von ihnen produzierten Content einfach durchsetzen können. Denn sobald ein Unternehmen nicht auf diese Bedürfnisse eingeht, riskiert es, dass Nutzer*innen zu Plattformen von anderen Unternehmen wechseln. Deshalb können es sich die Unternehmen nicht leisten, Nutzer*innendaten für ihre Zwecke zu nutzen, ohne die sie dafür zu entschädigen. Auch erwarten die Nutzer*innen, dass die Herkunft der Inhalte klar deklariert wird und dass sie den Algorithmus, der ihren Feed beeinflusst, einsehen und anpassen können. Die Nutzer*innen sind im Gegenzug jedoch auch bereit, dafür zu zahlen, dass die Plattformen qualitativ hochwertige Inhalte bereitstellen und die Herkunft der Inhalte überprüfen.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Staatliche Kontrolle der kommunikativen Infrastruktur: --
- Staatlicher Kontrolle der Medieninhalte: --
- Verbreitung problematischer Inhalte: --

2) «Nutzerkontrollierte Plattform»

Es gibt einige wenige Technologie-Unternehmen, die den Plattform-Markt dominieren. Diese produzieren einen Grossteil des Medienangebots des Landes. Sie haben die Macht, Inhalte zu zensieren und Nutzer*innendaten für ihre Zwecke zu verwenden. Doch in der Bevölkerung regt sich zunehmend Widerstand gegen diese Unternehmen, weil sie grundlegende Bedürfnisse wie die Wahrung der Privatsphäre und der Hoheit über den eigenen Content missachten. Es formieren sich erst mehrere kleinere Initiativen, die in Vereinen oder Genossenschaften eigene Infrastrukturen und Plattformen schaffen, die auf die missachteten Bedürfnisse eingehen. Später wachsen diese Initiativen zusammen und es entsteht eine grosse Plattform, auf der eine inhaltlich vielfältige Kommunikation möglich ist. Nutzer*innen erhalten aus allen möglichen Bereichen Content bereitgestellt. Sie erhalten nicht bloss homogenen Content, der von einem Algorithmus gezielt gefiltert wird, wie es von den Technologie-Unternehmen aus der Vergangenheit praktiziert wurde. So wird Meinungsvielfalt und Diskussion gefördert. Die Kontrolle über die Inhalte haben die Nutzer*innen selber, ähnlich wie bei Wikipedia. Algorithmen erkennen, wenn ein potenziell

problematischer Inhalt gepostet wird. Dieser wird automatisch blockiert und es wird eine Meldung an eine Vielzahl von Nutzer*innen gesandt, die den Inhalt prüfen sollen. Erst wenn er von einer bestimmten Anzahl Nutzer*innen gutgeheissen wird, wird er wieder freigegeben.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Staatliche Kontrolle der kommunikativen Infrastruktur: ---
- Staatlicher Kontrolle der Medieninhalte: ---
- Verbreitung problematischer Inhalte: ---

D) «Dezentralisierung und Subventionierung»

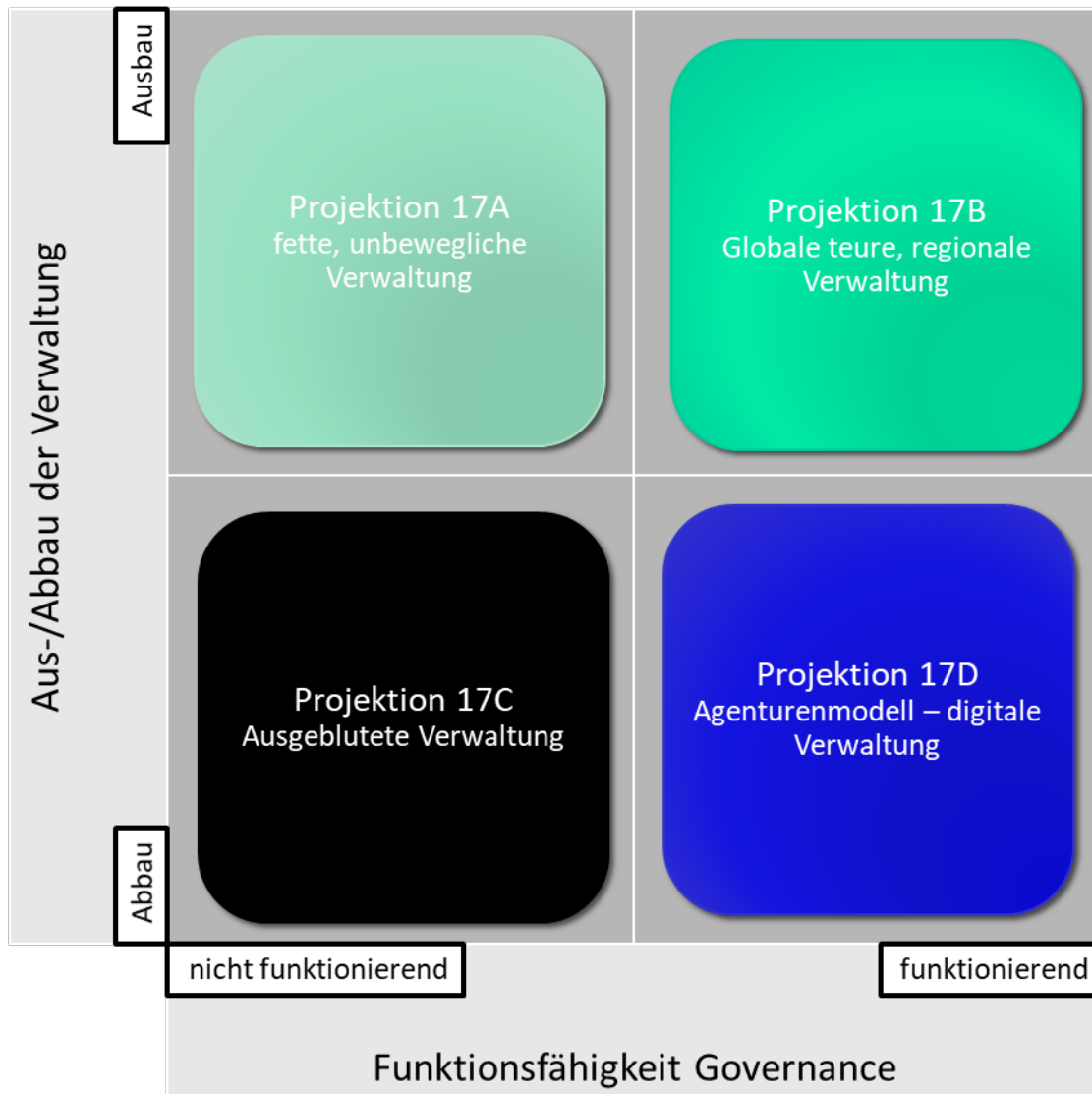
Information & Content dezentral organisiert; Eingeschränktes, einseitiges Medienangebot

In der Schweiz wurde die Dezentralisierung von Kompetenzen und Infrastrukturen stark vorangetrieben. So herrschen strenge Vorschriften für das Angebot von Medieninhalten und Plattformen. Internationale Medien- und Technologiekonzerne haben keine Berechtigung, in der Schweiz als Anbieter von Medieninhalten und Plattformen einzusteigen. Zudem dürfen Anbieter*innen nur in einer bestimmten Region Medieninhalte und Plattformen anbieten. Damit unter diesen unattraktiven Bedingungen dennoch Anbieter einsteigen, werden Subventionen für Privatpersonen, Unternehmen und Organisationen gesprochen, die eine Kommunikationsinfrastruktur aufstellen und betreiben wollen. Da aber die Subventionen nicht sehr hoch sind, ist das Medien- und Plattformangebot nur schwach ausgebaut. Ausserdem ist es eher einseitig, da sich die meisten Anbieter auf die Vermittlung der wichtigsten Nachrichten und der Bereitstellung einer rudimentären Online-Plattform für den Austausch in der Region beschränken müssen.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Staatliche Kontrolle der kommunikativen Infrastruktur: +++
- Staatlicher Kontrolle der Medieninhalte: 0
- Verbreitung problematischer Inhalte: --

17 Faktorprojektionen – Öffentliche Verwaltung



Achsen:

- Verwaltungsausbau vs. Verwaltungsabbau
- Funktionierende Governance vs. nicht funktionierende Governance

Faktorprojektionen:

A) «Fette, unbewegliche Verwaltung»

Verwaltungsausbau und nicht funktionierende Governance

Lead: Die wachsende Bevölkerung und fehlende Vereinheitlichung der Verwaltungsabläufe führten zu einer grossen, teuren und trägen Verwaltung. Die Befugnisse der einzelnen Verwaltungsbereiche wurden ausgeweitet, um in Krisensituationen schneller handeln zu können. Dies wurde aber von einem Verwaltungskader zu seinen Gunsten ausgenutzt, was dem Gemeinwohl geschadet hat.

In den 2030er- und 2040er-Jahren wurde die Verwaltung personell ausgebaut. Dies war nötig, damit die Verwaltungsabläufe und -prozesse mit der steigenden Bevölkerungszahl schritthalten konnten. Die fehlende Vereinheitlichung und Standardisierung der Verwaltungsabläufe innerhalb und zwischen den bürokratischen Instanzen verlangte diesen Ausbau. Entsprechend verschlang die Verwaltung sehr viele finanzielle Ressourcen. Zusätzlich zum personellen Ausbau kam ein Ausbau der Befugnisse der Verwaltung. Angesichts zunehmender, alle gesellschaftlichen Bereiche tangierender Probleme – allen voran die sich zuspitzende Klimakrise – hat der Bund beschlossen, dass alle Verwaltungsbereiche viel mehr selbstständige Entscheidungskompetenzen erhielten, um spezielle Partikularinteressen, die entsprechende Implementierungen hemmen, nicht berücksichtigen zu müssen. Verwaltungen können jetzt viele relevante Entscheidungen selbst ohne parlamentarische Legitimation angehen.

Mitte des Jahrhunderts nahm die Bevölkerung wieder ab. Die Verwaltung wurde aber nicht entsprechend reduziert und es kam zu bürokratischen Ineffizienzen und Leerläufen. Die hohen Befugnisse, die der Verwaltung zugestanden wurden, wurden Mitte des Jahrhunderts vom Verwaltungskader missbraucht. Ausgleichsmechanismen (wie Rückverteilungen, Finanzausgleich, Entlastungen von einkommensschwachen Bevölkerungsschichten etc.) funktionierten nicht mehr oder sie trugen nicht mehr zum Gemeinwohl bei. Der Verwaltungskader nutzt die Situation für die persönliche Bereicherung. Es kommt zu Korruption und Klientelismus. Die staatlichen Ressourcen werden immer ungleicher zwischen den Kantonen und Regionen verteilt, so dass in gewissen Kantonen oder Regionen Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsysteme immer schlechter funktionieren. Privatvermögen konzentrieren sich in den Kantonen und Regionen, die vom korrupten Verwaltungskader bevorzugt werden. Die Vermögensungleichheit nimmt in der Schweiz zu und der Wohlstand nimmt insgesamt ab.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Zentralisierung der Verwaltung auf Bundesebene: +
- Öffentliche Verwaltungskosten pro Einwohner*in: +++
- Digitalisierung der Verwaltung: 0
- Zugang zu Grunddienstleistungen: --

B) «Teure, regionale Verwaltung»

Verwaltungsausbau und gut funktionierende Governance

Lead: In der Schweiz haben werden ein Grossteil der Stellen und Kompetenzen auf die Ebene der Regionen übertragen. Nur noch regionsübergreifende und internationale Anliegen werden von der Zentralverwaltung übernommen. Bei diesen Anliegen haben die Regionen und Bürger*innen kaum Mitspracherecht, was von ihnen aber akzeptiert wird, weil die Zentralverwaltung vorwiegend das Gemeinwohl im Blick hat.

Der Ausbau der Verwaltung der verschiedenen Aufgabenbereiche (und auch des breiteren öffentlichen Sektors wie z.B. des medizinischen Personals etc.) folgt verschiedenen neuen Bedürfnissen einer gewachsenen Bevölkerung. Die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe wurde nach einigen Versuchen, die u.a. aus mangelnden Ressourcen gescheitert sind, eingestellt. Es wurde auf Bevölkerungsnähe gesetzt und die Stellen entsprechend auf regionaler Ebene stark ausgebaut. Auf Gemeindeebenen fand in den 2030ern eine Zentralisierung statt, so dass die stärkste Verwaltungsebene nun die Region ist. Das «Labor Schweiz» floriert – es herrscht eine innovative Stimmung in den 6 Verwaltungsregionen mit ihren 130 Regionaleinheiten. Die Einheiten liefern

unterschiedliche Lösungen und Ansätze für unterschiedliche Herausforderungen. Dies ist möglich, weil die Regionen finanziell durch einen grossen Anteil an Steuereinnahmen, die in die Regionen fließen, gestützt sind. Es besteht ein reger Austausch zwischen den Regionen, Best-Practices werden jeweils übernommen und weiterentwickelt.

Die Kompetenzfelder sind klar getrennt: Während die regionale Ebene für das ganze Sozialwesen, Bildungs- und Gesundheitswesen (...) zuständig ist, kümmert sich die nationale Zentralverwaltung um übergreifende Bereiche, wie zum Beispiel die Bearbeitung von regionsübergreifenden Problemen und Herausforderungen oder die in einem separaten Arbeitsfeld angesiedelten internationalen Belange, wo es um die Koordination der Verwaltungsabläufe mit der EU und dem weiteren Ausland geht. Die politische Beteiligung der Bevölkerung beschränkt sich auf regionale Anliegen mit direkter Wirkung auf die Lebenswelt der Menschen. Bei nationalen und internationalen Anliegen haben die Regionen und auch die Bürger*innen kaum Mitspracherecht. Bei diesen Anliegen wurde auch die Mitsprache des Parlaments aus Effizienzgründen eingeschränkt. Die Partikularinteressen der unterschiedlichen Sektoralpolitiken fließen somit nicht mehr stark in die Verwaltungsprozesse ein und die sektoralen «Silos» konnten aufgeweicht werden. Die Verwaltung hat sehr hohe Befugnisse erlangt und funktioniert somit sehr gut. Auch übergreifende Probleme wie Schutz und Anpassung an Klima- und Biodiversitätskrise etc. werden konsequent und wirksam angegangen. Die demokratische Legitimierung der Verwaltung ist aber nicht immer gegeben. Da die Zentralverwaltung aber hoch effizient ist und das Gemeinwohl im Blick hat, ist diese Machtfülle, die sie durch den Abbau des Einflusses des nationalen Parlaments erlangt hat, in der Bevölkerung akzeptiert. So akzeptiert diese auch, dass die Regionalverwaltungen mit ihren unterschiedlichen Modellen, die dezentral organisierten Verwaltungsabläufe sowie der Austausch zwischen den Regionen und der Zentralverwaltung ressourcenintensiv sind.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Zentralisierung der Verwaltung auf Bundesebene: -
- Öffentliche Verwaltungskosten pro Einwohner*in: ++
- Digitalisierung der Verwaltung: 0
- Zugang zu Grunddienstleistungen: 0

C) «Ausgeblutete Verwaltung»

Verwaltungsabbau und nicht funktionierende Governance

Lead: Politische Kräfte und ein starker Fachkräftemangel führten zu einem massiven Abbau von staatlichen Leistungen. Die Digitalisierung blieb auf der Strecke und der Service public wurde weitgehend von privaten Unternehmen übernommen, die wenig für das Gemeinwohl tun. Entsprechend unzufrieden ist die Bevölkerung.

In der Schweiz wurden ab Mitte der 2020er-Jahre vermehrt Stimmen laut, die an die Eigenverantwortung der Bürger*innen appellierten. Diese Stimmen hielten zunehmend Einzug ins Parlament und in politische Entscheide. Die Entscheide zielten vor allem darauf ab, staatliche Leistungen abzubauen. Als Folge erfuhr die öffentliche Verwaltung in den 2030er-Jahren massive Ressourcenkürzungen und einen starken Personalabbau. Zusätzlich wurde dieser Abbau durch den Fachkräftemangel verstärkt, der sich ab Mitte des Jahrhunderts zuspitzte. Mit dem Argument, Kosten einzusparen, kamen fast alle Abbauvorhaben in der Politik durch. So fand auch der für die Digitalisierung der Verwaltung nötige Ausbau des IT-Bereichs nicht statt. Obwohl die Digitalisierung in manchen Kantonen noch eingeleitet wurde, wurden die Abläufe nicht vereinheitlicht, wodurch die

digitalen Lösungen nicht kompatibel über die Kantonsgrenze hinweg erstellt wurden. So blieb die Digitalisierung bei mangelnden Ressourcen grösstenteils auf der Strecke und Qualitätsmängel im Verwaltungshandeln wurden offensichtlich.

Mit der Zeit wurden die Strukturen in der Verwaltung weitgehend ausgehöhlt. Ein institutioneller Wiederaufbau fand bislang nicht statt und ist sehr schwierig, weil jegliche Abweichung vom Status quo als potenziell negativ beurteilt wird – die schlechten (oder nicht vorhandenen) Strukturen sind zementiert.

Der Staat wurde auf die nötigsten Funktionen reduziert. Steuern wurden bis aufs international tolerierte Minimum gesenkt. Der Service public wurde weitgehend von der Privatwirtschaft übernommen. Sowohl die Erbringung von Leistungen des Bildungssystems und des Gesundheitswesens wie auch die Verwaltung kritischer Infrastrukturen und zahlreiche Kompetenzen des Polizeiapparats wurden auf private Unternehmen übertragen. Durch die Übernahme dieser Leistungen von profitmaximierenden Unternehmen, ist das Gemeinwohl aus dem Fokus geraten. Es besteht eine immer grössere Bevölkerungsgruppe, die keinen Zugang zu gewissen Grundleistungen hat. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung steigt.

Als Reaktion auf diese Entwicklung wurde vieles, was früher von der öffentlichen Hand angeboten wurde, von der Zivilgesellschaft übernommen, zum Beispiel vom lokalen Vereinswesen (Quartiervereine etc.) oder Genossenschaften.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Zentralisierung der Verwaltung auf Bundesebene: +
- Öffentliche Verwaltungskosten pro Einwohner*in: ---
- Digitalisierung der Verwaltung: 0
- Zugang zu Grunddienstleistungen: ---

D) «Agenturenmodell – digitale Verwaltung»

Verwaltungsabbau und gut funktionierende Governance

Lead: In den 2030er-Jahren wurde stark in die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe investiert. Personal wurde abgebaut und ein sogenanntes Agenturenmodell eingeführt, bei dem alle Verwaltungsbereiche von einer schlanken Zentralverwaltung aus koordiniert werden. Die Kantone werden zur wesentlichen identifikationsstiftenden Einheit für die Bevölkerung.

Ab den 2040er-Jahren fand dann ein Abbau der Verwaltung statt, da die Digitalisierung eine grosse Effizienzsteigerung herbeigeführt hatte. Die Integration von Verwaltungsabläufen und deren Zentralisierung nahm entsprechend zu.

In den 2030er-Jahren wurde stark in die digitale Transformation der Verwaltung investiert. Die Transformation von Verwaltungsabläufen in neuartige, digitale Systemmodelle hat massiv zugenommen, was einen starken Innovationschub und Kooperationen mit Privaten in diesem Bereich ausgelöst hat. Dies wurde zentral auf Bundesebene angegangen, sodass die Abläufe schweizweit harmonisiert, standardisiert und durch den Beizug Privater modernisiert wurden. Ab den 2040er-Jahren fand dann ein Abbau der Verwaltungseinheiten statt, da die Digitalisierung eine grosse Effizienzsteigerung herbeigeführt hatte. Es wurde verstärkt künstliche Intelligenz für routinemässige Verwaltungsabläufe eingesetzt, die zudem schweizweit organisiert sind. Mittlerweile wurden auch die IT-Abteilungen personell reduziert – so weit, dass der Verwaltungsbetrieb immer noch

reibungslos aufrechterhalten werden kann. Nachdem viele Gemeinden ab Mitte des Jahrhunderts kein Personal mehr fanden und ihre Kompetenzen und Aufgaben immer mehr von den Kantonen übernommen wurden, setzte eine verstärkte Zentralisierung auf Bundesebene ein. Mittlerweile dienen die Kantone lediglich noch zur Identifikation. Kantonale Feste finden grossen Anklang und kulturelle Güter wie traditionelle Sportarten oder kulinarische Spezialitäten werden in den Kantonen zelebriert, doch koordiniert und administriert wird zentral.

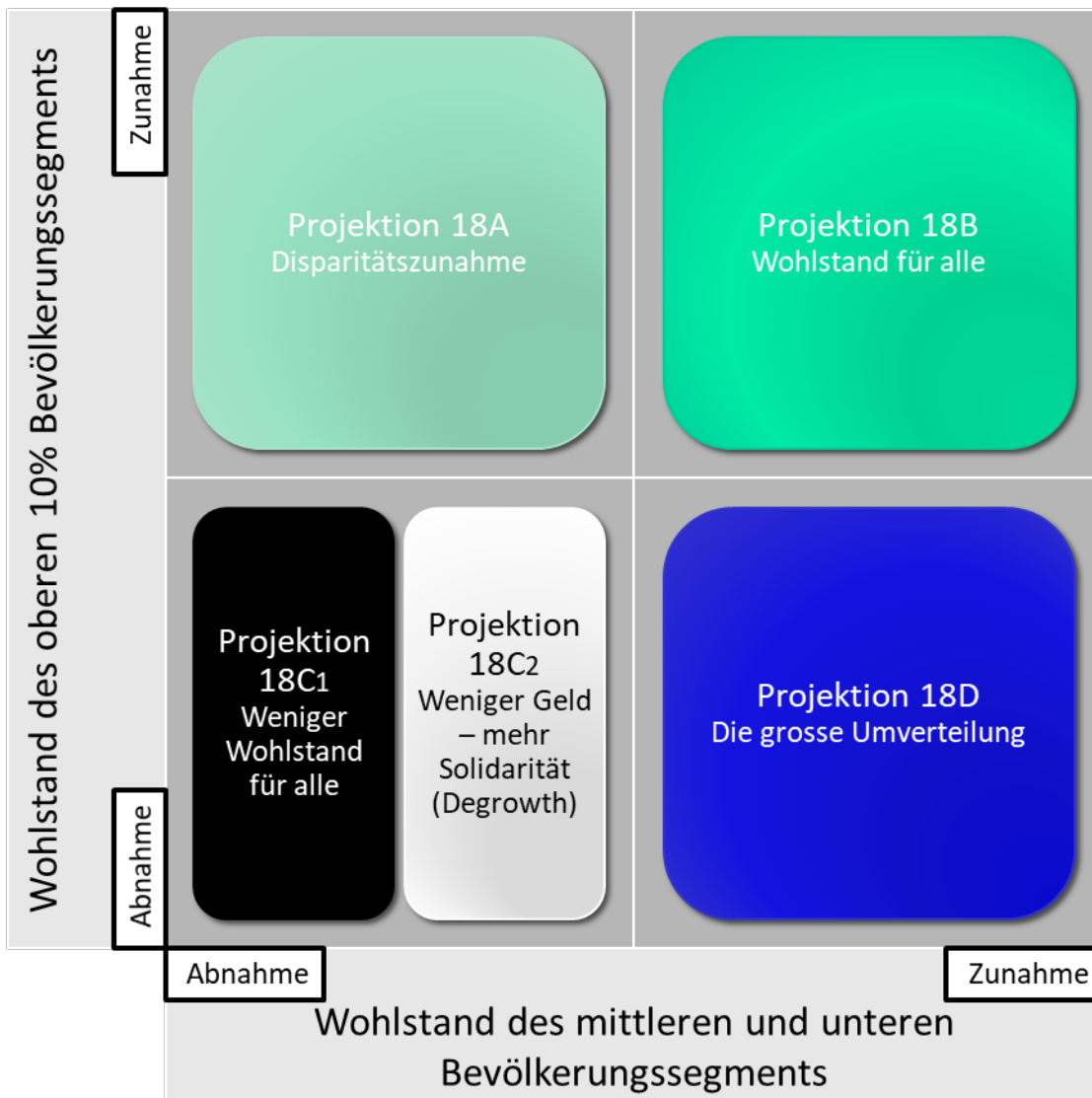
Das so genannte Agenturenmodell hat sich durchgesetzt: In diesem Modell werden alle Verwaltungsbereiche – das Schulsystem, das Gesundheits- und Sozialwesen, die nationale Sicherheit, etc. – von einer schlanken Zentralverwaltung aus koordiniert. Vor Ort, das heisst in den Städten und regionalen Zentren, befinden sich «one-stop-shops» oder online-Schalter mit oder ohne Personal, welche den Bürgersupport vor Ort gewährleisten, ohne dezentral Leistungsprozesse zu bearbeiten. Die Prozesse funktionieren reibungslos, das System ist breit akzeptiert. Man erinnert sich lächelnd an die vielen Behördengänge, die früher zur Bearbeitung kleiner Formalien nötig waren.

Trotz mancher Stimmen, die vor der Ausnutzung der durch die Zentralisierung herbeigeführten Machtkonzentration des Staates in instabilen Zeiten warnen, wird die Zentralisierung von der Bevölkerung weitestgehend akzeptiert, weil effiziente, effektive und werteorientierte Verwaltungsführung kein Gegensatz sind. Die Entwicklung hin zu einer zentralisierten, stark digitalisierten Verwaltung hat zu einer veränderten, in erster Linie abnehmenden Identifikation mit Staat und Verwaltung vor Ort geführt: Dennoch, der Staat als politisch-administrative Instanz wird als etwas weit Entferntes, aber sehr Professionelles wahrgenommen. Die Menschen identifizieren sich auf einer kulturellen Ebene mit dem Kanton, angetrieben durch die Kombination aus kultivierter Folklore und progressiv-modernistischem Selbstverständnis, das in den Kantonen herrscht. So entsteht ein auf kulturellen Werten basierender «Schweizgeist». Das Interesse an regionaler Politik nimmt in der Bevölkerung ab, so dass dort auch die politische Beteiligung zurückgeht, während sie auf nationaler Ebene erhalten bleibt.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Zentralisierung der Verwaltung auf Bundesebene: +++
- Öffentliche Verwaltungskosten pro Einwohner*in: ---
- Digitalisierung der Verwaltung: +++
- Zugang zu Grunddienstleistungen: 0

18 Faktorprojektionen – Reichtum und Reichtumsverteilung



Achsen:

- Wohlstand des oberen 10% Bevölkerungssegments: Zu- vs. Abnahme
- Wohlstand des mittleren und unteren Bevölkerungssegments: Zu- vs. Abnahme

Faktorprojektionen:

A) «Disparitätszunahme»

Wohlstandszunahme des oberen Segmentes und Wohlstandsabnahme der mittleren und unteren Segmente

Lead: Unter dem neoliberalen Credo wurden Sozialleistungen abgebaut und privatisiert. Die durch die digitale Transformation des Arbeitsmarktes entstandene Arbeitslosigkeit wurde nicht mit staatlichen Massnahmen bekämpft. Von der Transformation profitierten fast nur die bereits vermögenden Bevölkerungsschichten – Disparitäten steigen. Soziale Spannungen und Unruhen nehmen zu.

Durch erhöhte politische Stabilität konnte die Schweiz ihr Reichtumsmodell halten und sogar weiter ausbauen. Es herrscht eine Kapital- und Wirtschaftsgläubigkeit, die die ganze Gesellschaft durchdringt. Sozialstaatliche Leistungen wurden nach dem Credo des Wirtschaftsliberalismus immer weiter abgebaut und privatisiert. Hinzu kamen Verwerfungen im Arbeitsmarkt, welche grosse Teile der Bevölkerung aus der Produktion wegrationalisierte. Die zusammengesparten staatlichen Institutionen waren nicht fähig, diese schnelle Transformation abzufedern und die grosse Arbeitslosigkeit zu dämpfen, resp. das Erwerbsmodell mit nötigen Erneuerungen zu transformieren. Auch aus der Bevölkerung kam kaum politischer Druck, das Erwerbsmodell zu reformieren, weil die angelsächsisch neoliberale Gesinnung vorherrschte, staatliche Eingriffe würden der Wirtschaft schaden. Von den technologischen Innovationen, die den Arbeitsmarkt revolutionierten, profitierten ausschliesslich das bereits vermögende Bevölkerungssegment mit genügend Knowhow oder Kapitalanlagen. Die Vermögens- und Einkommensdisparitäten wurden immer grösser, und auch bezüglich Zugang zu den (privatisierten) öffentlichen Dienstleistungen wie auch der Bildung, der Kinderbetreuung und gewissen Gesundheitsleistungen nahmen sie zu. Soziale Abstiege aus der Mittelklasse in Niedriglohnsegmente häuften sich. Die traditionellen Rollenbilder wurden rasch wieder allgemeingültig – die Frauen schieden zu grossen Anteilen aus dem Arbeitsmarkt. Es entstand eine breite Bevölkerungsschicht, die hoch vulnerabel ist, da sie weder über genug Vermögen, Absicherung durch Pensionskassen (da am klassischen Erwerbsmodell und an der Besteuerung von Arbeit festgehalten worden ist) noch über gesicherten Zugang zu vielen ehemals öffentlichen Leistungen verfügt, da diese schlicht zu teuer wurden. Es fand auch eine räumliche Segregation statt, da sich viele die Wohnungspreise in den Städten noch in den 2040ern nicht mehr leisten konnten, entstanden dichte Agglomerationsgemeinden und in Vorstädten. Folglich nahmen soziale Spannungen zu. Wegen der Erosion politischer Institutionen, mangelndem Vertrauen in die Institutionen sowie zunehmender Ressourcenknappheit werden Unmut vermehrt in Form von zu wenig zielgerichteten Protesten und zerstörerischer Gewalt zum Ausdruck gebracht.

B) «Wohlstand für alle»

Wohlstandszunahme des oberen Segmentes und Wohlstandszunahme der mittleren und unteren Segmente -> unplausibel

Lead: In der Schweiz herrscht politische und wirtschaftliche Stabilität. Der Sozialstaat und Service public wurden massiv ausgebaut, wovon die untersten Einkommensklassen stark profitierten. Das Prekariat und der Niedriglohnsektor sind kleiner geworden.

In der Schweiz wurde der Finanzplatz gestärkt. Der Franken ist nach wie vor sehr stark. Auch das Off-Shore-Vermögen konnte die Schweiz halten. Sie hat es geschafft, sich international gut zu positionieren, pflegt gute Beziehungen zur EU unter Beibehaltung starker eigenständiger politischer Institutionen, in die grosses Vertrauen herrscht und die sehr stabil sind. Generell funktioniert die internationale Kooperation sehr gut.

Die Systemstabilität ist seit jeher sehr hoch. Verschiedene, sich teils überlagernde Krisen konnten vom Staat abgefedert werden, vor allem dank der durch die Krisen gestiegene Fähigkeit, die Zukunft besser zu antizipieren und somit langfristig nachhaltige Lösungen zu schaffen. Die politischen Institutionen sowie deren Output erholten sich nach den Krisen zuverlässig. Aufgrund bedeutender gesellschaftlicher und politischer Mobilisierung, wurde der Sozialstaat und Service public in den 2030er Jahren massiv ausgebaut. So wurden unter anderem staatliche Massnahmen zur Reduktion der Wohnungsnot, eine kostenlose gesundheitliche Grundversorgung, freier Zugang zu weiteren öffentlichen Leistungen und Ressourcen eingerichtet. Auch in die öffentliche Bildung wurde stark investiert, was für bildungsferne Bevölkerungsschichten die Bildungschancen erhöhte und den

Zugang zum Arbeitsmarkt vereinfachte. Von diesen Massnahmen profitierten die untersten Einkommensklassen stark – viele Leistungen, für welche sie Anfang des 21. Jahrhunderts einen grossen Teil ihres Budgets aufwenden mussten, können nun umsonst bezogen werden. Zudem wurde das Modell der Erwerbsarbeit im Zuge von Verwerfungen am Arbeitsmarkt (aufgrund Digitalisierung und Robotisierung) reformiert. Es gelang, das Rentensystem solidarisch weiter zu entwickeln und zu stabilisieren. Die Sozialleistungen allgemein sind nicht mehr an die Arbeit gekoppelt, somit sind auch diejenigen Bürgerinnen und Bürger weiterhin gut abgesichert, die aus der Produktion wegrationalisiert wurden. In der Mitte des Jahrhunderts wurde begonnen, regelmässige staatliche Beiträge an Quartier- und Dorfgemeinschaften auszuführen, welche für die Quartierinfrastruktur, wie lokale Pflege- und Betreuungseinrichtungen, Mittagstische oder zur Unterstützung von einzelnen Haushalten eingesetzt wurden. Gewisse Kantone sind später dazu übergegangen, die Beiträge als bedingungsloses Grundeinkommen an alle Haushalte auszuführen.

Das Prekariat konnte – auch durch die Einführung von Mindestlöhnen und Gesamtarbeitsverträge - stabilisiert und stark verringert werden. Der Niedriglohnsektor hat sich infolge stark verringert. Die Arbeiten, die früher im Niedriglohnsektor verrichtet wurden, sind besser bezahlt und sind gesellschaftlich besser anerkannt.

C) Abnahme

1) «Weniger Wohlstand für alle»

Wohlstandsabnahme des oberen Segmentes und Wohlstandsabnahme der mittleren und unteren Segmenten

Lead: Abbau des Sozialstaats und Verwerfungen im Arbeitsmarkt haben zu einer Verarmung der Mittelklassen geführt. Aufgrund internationaler Bekämpfung von Finanzabfluss und Offshore-Anlagen verloren auch die oberen Schichten an Vermögen. Der Schweizer Finanzplatz sowie politische Institutionen wurden geschwächt. Die Schweiz wurde vom Ausland zunehmend isoliert.

Die Reichtumskonzentration hat in den 2030er Jahren stark zugenommen. Die Sozialleistungen stagnierten trotz steigendem gesamtgesellschaftlichem Vermögen. In den 2040ern wurde der Sozialstaat dann aufgrund staatlicher Sparmassnahmen immer weiter abgebaut, gleichzeitig haben die Steuerlasten zugenommen, was eine Prekarisierung weiter Teile der Bevölkerung zur Folge hatte. Grosse Teile der einstigen unteren und mittleren Mittelklasse sind heute armutsbetroffen. Dies wurde befeuert durch sich überlagernde Krisen, u.a. eine breitflächige Digitalisierung und Robotisierung des Arbeitsmarktes, welche einen Grossteil der Bevölkerung aus der Produktion wegrationalisierte. Das Modell der Erwerbsarbeit wurde aber weiterhin hochgehalten und der mittlerweile breiten Bevölkerungsschicht, welche nicht mehr in den Produktionsprozess integriert ist, wurde keine Alternative geboten. Die Sozialleistungen blieben an die Erwerbsarbeit gekoppelt, die Betroffenen sind entsprechend schlecht abgesichert und es droht eine verstärkte Altersarmut. Diese Transformation des Arbeitsmarktes und die damit einhergehenden Verwerfungen betrafen hauptsächlich die Mittelschichten, die in den stark zunehmenden Niedriglohnsektor abgedrängt wurden. Um das Einkommen zu halten und über die Runden zu kommen, musste zudem der Erwerbsgrad laufend erhöht werden, was dazu führte, dass die Erwerbslosigkeit - und mit ihr der informelle Wirtschaftssektor - massiv anstieg.

Für den vermögendsten Teil der Bevölkerung hatten andere Entwicklungen weit grössere Folgen: die internationale Bekämpfung von Finanzabfluss und Offshore-Anlagen. Nicht nur die betroffenen – und mittlerweile erstarkten – (ehem. Schwellen-)Länder, sondern auch gewichtige internationale Organisationen setzten dem freien Kapital Grenzen und führten Massnahmen ein, welche das

Offshore-Vermögen in der Schweiz massiv verringerten. Die Schweiz versuchte lange, die internationalen Massnahmen mit neuen Polycys zu umgehen und den Sonderstatus des Schweizer Finanzplatzes zu halten, wodurch dieser jedoch zusehends in Verruf geriet. Dazu kam eine Destabilisierung der politischen Institutionen: Die durch den seit über 40 Jahren andauernden Staatsabbau und die dadurch geschwächten, teils völlig bedeutungslos gewordenen politischen Institutionen haben an Vertrauen eingebüsst. Die Erosion der politischen Mittepositionen heizte die Polarisierung in Politik und Gesellschaft an. Dies hat den Handlungsspielraum der bereits geschwächten Institutionen weiter verkleinert. Auch internationale Verhandlungen bleiben oftmals blockiert. Die Schweiz wurde vom Ausland zusehends isoliert. Die Verunsicherung in der Bevölkerung und auch in der Politik, welche von zunehmenden Umweltkrisen verschärft wurde, führte zu starker Polarisierung, kurzfristiger Nützlichkeitsoptik bis hin zu Verteilungskämpfen um Ressourcen. Der Finanzplatz Schweiz implodierte und der Schweizer Franken verlor an Wert. Insgesamt wurde die Schweizer Position im Weltwirtschaftssystem stark geschwächt, so dass internationale Firmen ins umliegende Ausland abgewandert sind.

2) «Weniger Geld – mehr Solidarität (Degrowth)»

Wohlstandsabnahme des oberen Segmentes und Wohlstandsabnahme der mittleren und unteren Segmente

Die Off-shore-Anlagen nehmen ab. Nicht nur die betroffenen – und mittlerweile erstarkten – (ehem. Schwellen-)Länder, sondern auch gewichtige internationale Organisationen setzten dem freien Kapital Grenzen und führten Massnahmen ein, welche das Offshore-Vermögen in der Schweiz massiv verringerten. Die Einsicht setzt sich in der Schweiz durch, dass man sich bisheriges Wirtschaftswachstum nicht leisten kann. Die Solidarität auf internationaler Ebene nimmt zu auch ausgelöst durch Umweltshocks. Die Besteuerung von Multinational tätigen Firmen wurden angepasst, es fanden Rückzahlungen und Abgeltungen im grossen Stil statt.

Auch innerhalb der Schweiz kam es zu einer Solidaritätszunahme – der Sozialstaat wurde ausgebaut, insgesamt nahm der finanzielle Wohlstand hingegen ab. Dies verringerte den Überkonsum stark, langsam kam es zu einem Wertewandel weg von materialistischem Wohlstand hin zu nicht-materiellen Gütern wie Freizeit, Involvierung, gesellschaftliche Teilhabe. Es wird geteilt, geflickt, man bewegt sich lokal etc. dies wird nicht als Verzicht wahrgenommen und als Sparmassnahmen von staatlicher Seite aufgedrückt, sondern als neue Lebensqualität aufgefasst.

D) «Die grosse Umverteilung»

Wohlstandsabnahme des oberen Segmentes und Wohlstandszunahme der mittleren und unteren Segmente

Lead: Die Reichtumskonzentration nahm ab Mitte der 2030er Jahre ab. Dies aufgrund veränderter gesellschaftlicher Werte und einer konsequenten Besteuerung von Vermögenden. Sozialleistungen konnten mit den neuen Mitteln ausgebaut werden und der gesellschaftliche Zusammenhalt nahm zu.

Nachdem sich die Reichtumskonzentration in der Schweiz bis in die 2030er Jahre verschärft hatte, begann sie ab Mitte der 2030er wieder abzunehmen. Dies aus verschiedenen Gründen. Erstens hat sich in den 2020ern bereits ein gewisses Bewusstsein bezüglich ökologischer Grenzen auch in den obersten Einkommenssegmenten der Bevölkerung eingestellt. Dies hat aber lange zu keinerlei Änderung geführt, da die Meinung vorherrschte, dass je grösser die Konzentration des Reichtums, desto geringer der ökologische Fussabdruck der Gesamtgesellschaft. Ein weiterer Grund war die

stetige Zunahme des gesamtgesellschaftlichen Reichtums und der vorherrschenden Bereitschaft, dieses gesellschaftliche Vermögen für die einkommensschwächste Bevölkerungsschicht einzusetzen. Der Wandel von einer zunehmenden Konzentration hin zu einer egalitäreren Verteilung kam hingegen erst zustande, als die Schweiz internationale Vorgaben übernehmen musste. In der EU herrschten schon längere Zeit Bestrebungen, der Reichtumskonzentration entgegenzuwirken. Infolge Erstarkens vieler Afrikanischer und Südostasiatischer Staaten, die auf neu aufgesetzte keynesianische Modelle zurückgriffen, wurde ein internationales neokeynesianisches Modell eingeleitet – gestützt von globalen Policies, die von erstarkten internationalen Institutionen durchgesetzt wurden. Was im 20. Jahrhundert bis in die 70er Jahren in westlichen kapitalistischen Ländern im nationalstaatlichen Rahmen stattfand, wurde auf internationaler Ebene umgesetzt. Es wurden Sozialleistungen ausgebaut, internationale Steuerpolitiken eingeführt und Enteignungen vollzogen, mit dem Ziel, eine bessere Vermögensverteilung zu fördern. Eine neue Weltwirtschaftsordnung wurde eingeleitet, welche verstärkt auf Kooperation statt auf Konkurrenz setzt.

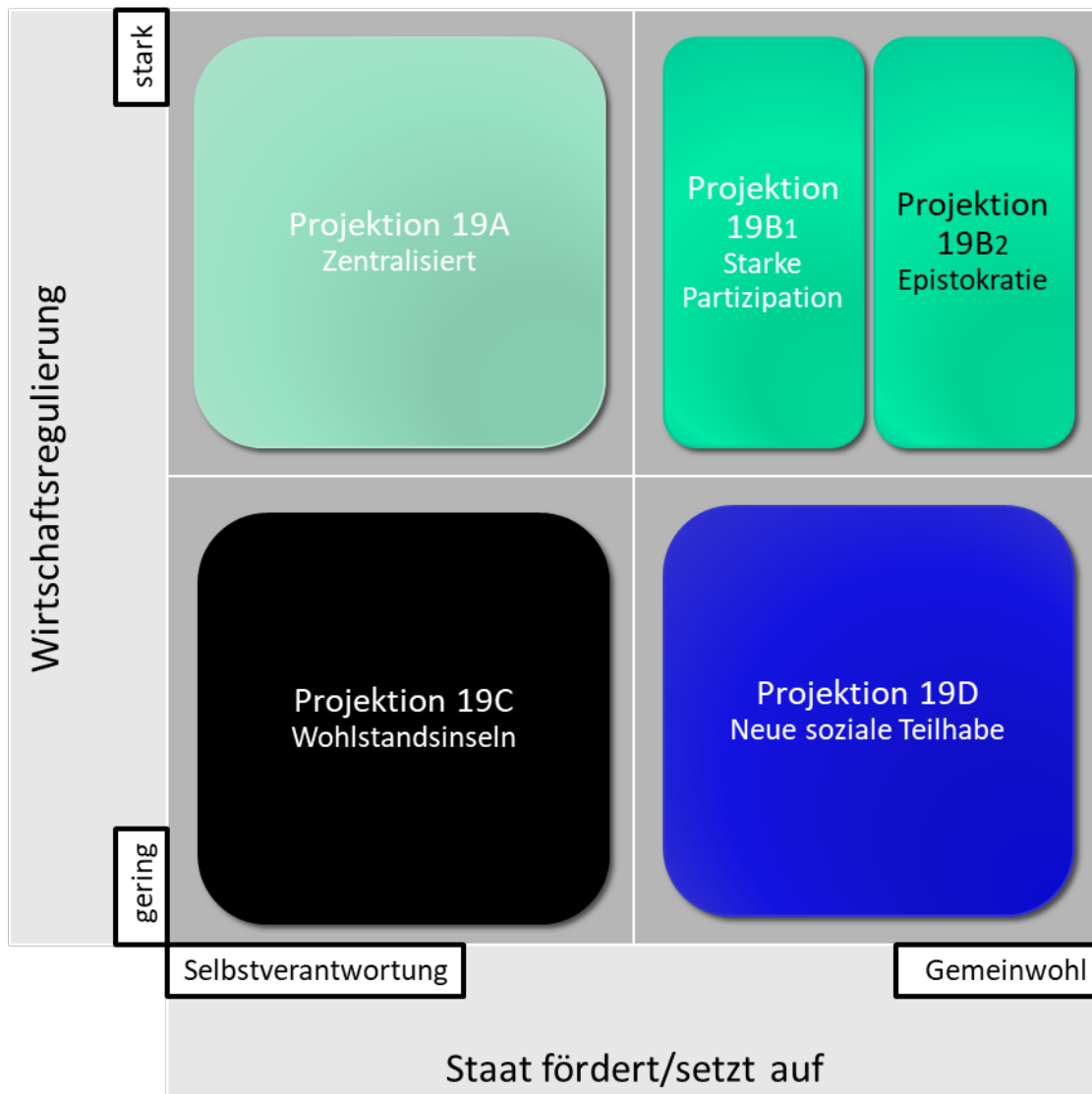
Die Schweiz hat sich anfänglich lange dagegengestemmt, da sich die Kapitalgläubigkeit und wirtschaftsliberale Haltung breit in der Bevölkerung verankert hatte. Sie tat sich schwer mit ihrer internationalen Positionierung und Zusammenarbeit. Sämtliche Vorschläge zur Übernahme von (angepassten) Massnahmen wurden mit Referenden bekämpft und es kam vorerst zum Stillstand. Die Schweiz wurde vom Ausland zusehends isoliert. Erst als die Schweizer Wirtschaft die Isolation zu spüren begann und internationale Unternehmen anfangen, ihre Sitze ins nahe Ausland zu verlegen, wurden die Massnahmen zum sozialen Ausgleich übernommen. Dies wurde getragen von einer erstarkenden Bewegung innerhalb der Bevölkerung, welche seit langem für Umverteilung und soziale Gerechtigkeit einsteht, sowie mit der Einsicht auch innerhalb der wirtschaftsgläubigen Kreise, dass Umverteilung die Gesamtgesellschaft stärkt (nach Pickett und Wilkinson). Klassische Steuerinstrumente wie eine erhöhte Vermögenssteuer und eine Erbschaftssteuer taten sofort ihre Wirkung, v.a. seit letztere beinahe auf das internationale Niveau von 70% angehoben wurde. Diese Steuer zielte hauptsächlich auf die über Generationen angehäuften Vermögen ab. Bezüglich Ressourcenverbrauch hingegen, waren ausgleichende Steuermassnahmen, die auf sehr hohe Einkommen abzielten, beinahe noch wirksamer. Mit den neu zur Verfügung stehenden Mitteln wurden die Sozialleistungen weiter stark ausgebaut. Es entstanden neue Formen der Solidarität innerhalb der Gesellschaft, die weitere Umverteilungsmassnahmen ermöglichten.

Möglicherweise wurde ein Grundeinkommen eingerichtet, welches von den oberen Einkommensschichten finanziert wird.

So fand auch eine Umverteilung zwischen den Sektoralpolitiken statt; das Budget wurde auf die Erhöhung des Gemeinwohls ausgerichtet und dort eingesetzt, wo die grösste Breitenwirkung erzielt werden konnte, dies hat sich ausgleichend auf die Bevölkerung ausgewirkt und die Chancengleichheit erhöht.

Ferner wurde Reichtum nicht mehr hauptsächlich über das zur Verfügung stehende Kapital definiert, sondern über andere Formen von «Reichtum», wie die zur Verfügung stehende Zeit, eine stabile physische und psychische Gesundheit oder tiefe, lange Freundschaften. Die gefühlte/subjektive Armut ging damit noch deutlicher zurück als die monetäre. Das gesellschaftliche Miteinander/die gesellschaftliche Solidarität nahm dank gestiegenen gegenseitigen Vertrauens und erhöhter sozialer Mobilität stark zu.

19 Faktorprojektionen – Rolle des Staates



Achsen:

- Hohe staatlich Intervention in die Wirtschaft vs. geringe staatliche Intervention in die Wirtschaft (im Sinne von Regulierung, Steuerung und teils auch Förderung)
- Staat, der Solidarität in der Bevölkerung fördert und einfordert vs. Staat, der auf Selbstverantwortung der Bürger*innen setzt

Faktorprojektionen:

A) «Zentralisiert»

Starke Wirtschaftsregulierung – Selbstverantwortung im Fokus (wenig plausibel)

Lead: Verschiedene Krisen haben zu einem Zustand der dauerhaften, starken staatlichen Intervention geführt. Es fand eine starke Zentralisierung und ein Abbau der Subsidiarität statt. Gleichzeitig verschmolzen politische und wirtschaftliche Elite, die ihre Macht für die Vermehrung ihres eigenen Wohlstands ausnutzen.

Verschiedene Krisen (weitere Finanzkrisen, Verwerfungen während der Digitalisierung des Arbeitsmarktes...) haben dazu geführt, dass staatliche Interventionen und die Stützung der Wirtschaft vermehrt in grösserem Stil nötig wurden und schlussendlich dauerhaft installiert wurden. All diese Regulierungen wurden breit toleriert. Es fand eine Abkehr der neoliberalen Wirtschaftspolitik statt. Gleichzeitig wurden zentrale politische Ämter immer öfter von der wirtschaftlichen Elite übernommen. Heute gilt es schon fast als Vorbedingung, der wirtschaftlichen Elite anzugehören, um ein politisches Amt zu bekleiden – die wirtschaftliche Elite stellt auch die politische Elite. Parallel zu dieser Entwicklung fand eine schleichende Zentralisierung und ein Abbau der Subsidiarität statt. Das politische Geschehen ist sehr weit weg von den Bürgerinnen und Bürgern. Die führende Elite schafft die für die eigene Wirtschaft besten Rahmenbedingungen, während sie Sozialleistungen abbaut. Dies hat zu einer starken Reichtumskonzentration geführt und einer allgemeinen Abnahme des Wohlstandes.

Die Wettbewerbsverzerrungen, die durch die staatliche Stützung geschaffen werden, sind international breit toleriert, da auch die umliegenden Länder merkantilistische Systeme aufgebaut haben, um die eigene Wirtschaft zu stützen. Internationale Organisationen wie beispielsweise die WTO, haben stark an Bedeutung und Einfluss verloren.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Öffentliche Dienstleistungen (Service public): --
- Ökonomische und soziale Ungleichheit: ++

B) «Skandinavisches Modell»

Starke Wirtschaftsregulierung – Gemeinwohl im Fokus

1) «Starke Partizipation»

Lead: Die gesellschaftliche Transformation, die anfangs des 21. Jahrhunderts nötig wurde und deren Verzug gegen Mitte des Jahrhunderts verstärkt Krisen hervorbrachte, hat einen starken Staat hervorgebracht, welcher die Krisen unter Einbindung aller Bevölkerungsgruppen bewältigen konnte.

Die gesellschaftliche Transformation, die anfangs des 21. Jahrhunderts nötig wurde und deren Verzug gegen Mitte des Jahrhunderts verstärkt Krisen hervorbrachte, hat einen starken Staat hervorgebracht, welcher die Krisen aktiv anging und bewältigen konnte. Damit die nötigen (für damals drastischen) Interventionen in der Gesellschaft akzeptiert wurden, wurde die breite Partizipation der Bevölkerung gesucht und eingefordert. Die Partizipation verschiedener Schlüssel-Akteursgruppen haben wesentlich zum Erfolg beigetragen. Beispielsweise war es ein wichtiger Meilenstein, als die Bauernschaft für die ökologische Transformation gewonnen werden konnte. Dies gelang u.a. durch sehr starke staatliche Förderung der Transformation. Auch wurden die vermeintlichen Verlierer*innen der Transformation genügend gestützt – damit konnte die aufkeimende Polarisierung gedämpft und eine kompromissbereite Gesellschaft und Politik aufrechterhalten werden.

Zudem wurde allen Beteiligten stets als Teil der Lösung betrachtet eine grosse Wertschätzung für ihren Anteil an der Transformation entgegengebracht. Diese Wertschätzung hat schlussendlich viel zum Gelingen beigetragen und auch starke wirtschaftliche Regulierungsmassnahmen ermöglicht.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Öffentliche Dienstleistungen (Service public): ++
- Ökonomische und soziale Ungleichheit: --

2) «Epistokratie»

Die Sachzwänge, welche von den verschiedenen Krisen zu einem schnellen Handeln drängten, hat die Bevölkerung dazu bewogen, viele ihrer Kompetenzen an die Regierung abzugeben, um die Prozesse und somit die Reaktionsfähigkeit flexibler und schneller zu gestalten. Es herrscht ein grosses Vertrauen in die politischen Institutionen und deren Output. Die Kompetenzen der führenden Epistokratie wird heute nicht in Frage gestellt. (ansonsten gleich wie C1)

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Öffentliche Dienstleistungen (Service public): +
- Ökonomische und soziale Ungleichheit: --

C) «Wohlstandsinseln»

Geringe Wirtschaftsregulierung – Selbstverantwortung im Fokus

Lead: Der Standortwettbewerb und die Mobilität zwischen den Kantonen haben sich verstärkt. Verwaltungen wurden verkleinert und der Staat verliert an Kompetenzen. Viele öffentliche Dienstleistungen wurden privatisiert. Neue sogenannte Spezialgemeinden, die ihre Regeln selbst bestimmen, sind auf dem Vormarsch. Städte sind die Wohlstandsinseln, während ländliche Regionen immer mehr verarmen.

Der Standortwettbewerb zwischen den Kantonen wurde in den 2030er Jahren stark angeheizt und ausgebaut. Gleichzeitig hat sich die Mobilität der Bevölkerung erhöht: der Wohnsitz wird leicht und häufig gewechselt. Das Prinzip «voting per feet» hat sich durchgesetzt. Die Kantone buhlen um finanzstarke Einwohner*innen und Firmensitze. Die Verwaltung wurde auf ein Minimum reduziert, um unbürokratisch und attraktiv zu erscheinen. Bürger*innen und Firmen werden maximale Freiheiten eingeräumt. Dieser massive Staatsabbau, der auch mit Steuersenkungen einher ging, hat zum Kompetenzverlust von Bund und Kantonen geführt, da sie ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen konnten. In den 2040er Jahren setzte eine Welle von Neugründungen so genannter Spezialgemeinden ein: eine neue Administrationsform, die die herkömmlichen Gemeinden zuerst überlagerte und danach ablöste. Spezialgemeinden können von Wertegemeinschaften, religiösen Vereinigungen, Vereinen Familienclans etc. gegründet werden. Darin bestimmen die Einwohnenden die geltenden Regeln. Wer damit nicht einverstanden ist, wandert ab. Da diese Spezialgemeinden auf Human- und Finanzkapital der Einwohnenden angewiesen sind, entstand ein aggressiver Wettbewerb um wohlhabende Einwohner*innen unter den Spezialgemeinden, bis weit über die Schweizergrenze hinaus. Dabei entstanden viele sehr kreative Verwaltungslösungen. Die Städte wurden sehr mächtig, sie bilden heute Inseln des Wohlstandes. Entsprechend haben sich die Preise für Immobilien, aber auch für Elektrizität, Strassenbenutzung, Bildung, Gesundheit und viele weitere Dienstleistungen auf einem enorm hohen Niveau stabilisiert. Wer genug Vermögen hat, kann sich ein Leben in den Städten noch leisten und geniesst dort ein relativ gut ausgebautes privates Wohlstandssystem (Spitäler, Ausbildung). Räumliche Disparitäten sind enorm. In Spezialgemeinden ausserhalb der grossen Städte fehlt jegliche soziale Absicherung. Nachbarschaftshilfen und andere zivilgesellschaftliche Initiativen versuchen, in die Bresche zu springen. Entsprechend steigen die Ressentiments der kleinen Spezialgemeinden gegenüber den grossen Zentren. Letztere müssen sich

immer stärker vor Auswärtigen absichern. Entsprechend sind ihre Aussengrenzen mit technischen Massnahmen und Kontrollen gut abgesichert.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Öffentliche Dienstleistungen (Service public): --
- Ökonomische und soziale Ungleichheit: +++

D) «Neue soziale Teilhabe»

Geringe Wirtschaftsregulierung – Gemeinwohl im Fokus

Lead: Nachdem der Staat einer neoliberalen Doktrin folgte, musste er immer mehr Forderungen nach finanzieller Unterstützung erfüllen und verschuldete sich stark. Die Digitalisierung des Arbeitsmarktes machte viele Leute arbeitslos und der Staat musste wieder eingreifen. Gleichzeitig haben grosse Unternehmen vermehrt begonnen, ihre Gewinne über Schlupflöcher nicht mehr zu versteuern. Eine neue Reform, die die Unternehmen dazu verpflichtet, Gelder in ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuspeisen, konnte Verschuldung und Prekarisierung verhindern.

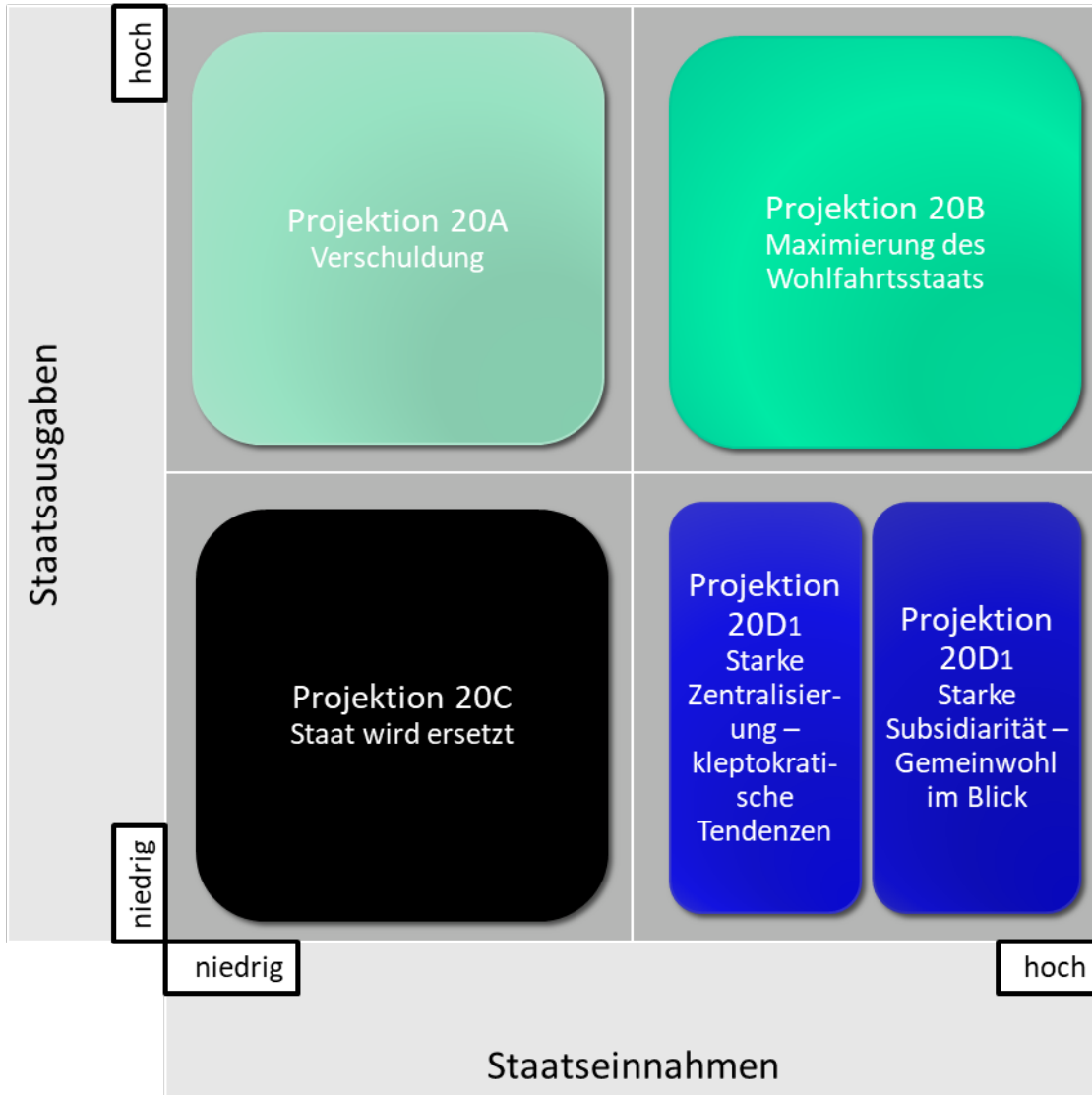
Der Staat überlässt die Wirtschaft gänzlich dem freien Markt. Es herrscht eine neoliberale Doktrin. Die neokeynesianische Welle, die in den 2020er Jahren über Europa wallte, ist Vergangenheit. Die vielen Subventionen, mit welchen der Schweizer Staat und die EU die Wirtschaft in den ersten Krisen stütze und mit denen er eine Transition anstossen wollte (beispielsweise der Green Deal), wären heute undenkbar. In den 2030ern kam es praktisch zum Stillstand: Die anhaltenden Forderungen nach staatlicher Stützung immer grösserer Teile der Wirtschaft, zusammen mit den Forderungen nach einem Ausbau des Sozialstaates von starken Gewerkschaften trieben die Staatsverschuldung in die Höhe. Bald wurde das Ausmass der Finanzhilfen nicht mehr tragbar.

Durch die Robotisierung und den flächendeckenden Einsatz von KI sanken die Produktionskosten bis in die 2050er Jahre laufend, während die Profite weiter stiegen. Die Reichtumskonzentration nahm zu. Gleichzeitig wurde ein Grossteil der Bevölkerung aus der Produktion und dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen – der untere Mittelstand fand sich auf der Schwelle des Prekariats wieder. Dies hat den Staat dazu gebracht, Subventionen einzustellen, und er bündelte seine Ressourcen um eine breite Armutszunahme zu verhindern. Heute beschränkt sich der Staat darauf, sich um das Wohl der Bürger*innen zu kümmern. Dies hat eine breite Bevölkerungsschicht in staatliche Abhängigkeit gebracht. Gleichzeitig haben grosse Unternehmen begonnen, ihre Gewinne an den Steuern vorbei in eigene Stiftungen fliessen zu lassen, welche sie für selbstbestimmte Zwecke einsetzten. Nach und nach fehlten dem Staat wiederum die Ressourcen, bis eine alternative Lösung gefunden wurde: in den 2060ern gelang der Durchbruch, indem die Unternehmensstiftungen dazu verpflichtet werden konnten, 50% ihres Kapitals in ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuspeisen. Die Bevölkerung – vormals die Arbeiterschaft / die in die Produktion eingebundenen – konnten somit eine neue Form der sozialen Teilhabe finden. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist seither gestiegen und die Reichtumskonzentration nimmt langsam wieder ab.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Öffentliche Dienstleistungen (Service public): ++
- Ökonomische und soziale Ungleichheit: --

20 Faktorprojektionen – Staatshaushalt



Achsen:

- Staatsausgaben hoch vs. niedrig
- Staatseinnahmen hoch vs. niedrig

Faktorprojektionen:

A) «Verschuldung»

hohe Staatsausgaben – geringe Staatseinnahmen): sehr instabil -> kippt in D oder A

Lead: Verschiedene Krisen machten staatliches Eingreifen mit grossem finanziellem Aufwand nötig, um das Land zu stützen. Der Bevölkerung wurden Mitspracherechte entzogen, was zum Verlust an Vertrauen in staatliche Institutionen führte. Die Digitalisierung stiess neue Steuergesetze an, die einen starken Steuerwettbewerb zwischen ländlichen Gemeinden hervorriefen.

Verwerfungen im Arbeitsmarkt, lang andauernde Strommangellagen und weitere Krisen machten ein staatliches Eingreifen, hohe Sozialausgaben und die Stützung der Wirtschaft nötig, damit eine breite Bevölkerungsschicht nicht ins Prekariat abrutschte. In der Bevölkerung herrscht eine Stimmung der Verunsicherung und der Angst. Die Sicherheitsausgaben wurden erhöht, um die innere Sicherheit gewährleisten zu können. All dies verursachte hohe Staatsausgaben. Das Vertrauen in die staatlichen Institutionen schwand zunehmend – allen voran, weil die Mitsprache der Bürger*innen stark eingeschränkt wurde, um schnelles Handeln der überforderten politischen Institutionen für die Bewältigung der Krisen voranzutreiben. Auch wurde der Spielraum der staatlichen Institutionen durch internationale Vorgaben zunehmend eingeschränkt. Während die Steuermoral rapide sank, nahm die staatliche Verschuldung stark zu. Auch die Kantone stehen vor grossen finanziellen Schwierigkeiten: Dank der Robotisierung und Digitalisierung weiter Teile der Produktion wurde die Fernarbeit immer üblicher. Die Arbeit fand nicht mehr am Produktionsstandort statt. Dies wurde in den 2040ern auch in der Besteuerung berücksichtigt: So mussten die Firmengewinne in den jeweiligen Wohnorten der Fernarbeits-Belegschaft versteuert werden. Sofort begannen die Bergkantone ihre Infrastruktur auszubauen, um möglichst viele neue Bürger*innen anzulocken. Als Folge nahm die Mobilität der Bevölkerung und die Zersiedelung der Schweiz stark zu. Aber auch die Steuersätze in den Berggemeinden stiegen schnell, um die hohen Ausgaben für die Steigerung der Lebensqualität finanzieren zu können. Damit jedoch die Firmen ihrer Belegschaft als Folge nicht die Fernarbeit in Berggemeinden verboten, konnten es sich diese nicht leisten, die Steuern zu stark zu erhöhen. So entstand ein aggressiver Steuerwettbewerb zwischen den ländlichen Gemeinden.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

Service public: --

- Zentralisierung von staatlichen Aufgaben und Kompetenzen: ++
- Disparitäten zwischen Zentren und ländlichen Regionen: -
- Wohlstand (monetär pro Kopf): --

B) «Maximierung des Wohlfahrtsstaats»

Hohe Staatseinnahmen und hohe Staatsausgaben

Lead: Der Staat und die stark ausgebauten, gut funktionierenden öffentlichen Dienstleistungen geniessen volles Vertrauen der Bevölkerung. Die Steuermoral ist ebenso wie der Wohlstand sehr hoch.

Die Subsidiarität ist gestärkt, die politischen Institutionen sind stark und auch die Bürger*innen sind stark in politische Entscheide eingebunden. Das dezentrale Schweizer System floriert – man spricht nicht mehr vom negativ konnotierten «Flickenteppich», sondern vom «CH-Lab», welches dank der dezentralen Struktur viele kreative Lösungen generiert. Der Staat ist bürgernah, Konflikte werden ausdiskutiert und staatliche Instanzen sind fähig, Kompromisse einzugehen. Entsprechend ist das Vertrauen der Bürger*innen in die staatlichen Institutionen und deren Output sehr stark und die Steuermoral hoch. Die wahren Kosten und Nutzen der Staatsaufgaben und -ausgaben werden transparent öffentlich kommuniziert. Der Staat übernimmt und garantiert die Aufgaben, die von keinem anderen Akteur übernommen werden können. Diese umfassen einen gut ausgebauten Service public, die Betreuung kritischer Infrastrukturen, die Gewährung eines gut funktionierenden Gesundheits- und Ausbildungssystem, die Pflege und Instandhaltung der Landschaft und der Biodiversität etc.

Die Besteuerung wurde im Zuge der Digitalisierung des Arbeitsmarktes – und der damit einhergehenden Wegrationalisierung vieler Arbeitsplätze – reformiert. Statt die Erwerbsarbeit zu besteuern, um mit den Steuereinnahmen die Sozialwerke zu sichern, wird nun die Nutzung von Flächen und natürlicher Ressourcen besteuert.

Der Wohlstand konnte gehalten werden und ist relativ zum Umland sehr hoch. Während Nachbarländer bereits in den 2020er Jahren begannen, aktiv Migrant*innen anzuwerben, sah sich die Schweiz nie mit dem Problem von zu geringer Immigration konfrontiert, weil sie für Migrant*innen immer attraktiv war. Die Migration, sowohl von hochqualifizierten als auch von Fachkräften im Niedriglohnbereich, konnte auf einem optimalen Niveau stabilisiert werden. Der Fachkräftemangel ist dadurch nie auf ein vergleichbares Niveau der umliegenden Staaten gestiegen. Die Erkenntnis, dass die Immigration für die Schweizer Wirtschaft gewinnbringend ist, hat sich in der Bevölkerung durchgesetzt. Zudem bleiben die Immigrant*innen dank gut ausgebautem Wohlfahrtsstaat länger in der Schweiz als zuvor, was eine gute Integration ermöglicht. Ebenfalls zu einer guten Integration beigetragen hat die Tatsache, dass die Teilhabe von Migrant*innen am politischen Prozess in den 2030ern stark vereinfacht und beschleunigt wurde.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Service public: ++
- Zentralisierung von staatlichen Aufgaben und Kompetenzen: 0
- Disparitäten zwischen Zentren und ländlichen Regionen: --
- Wohlstand: +

C) «Staat wird ersetzt»

Geringe Staatseinnahmen, geringe Staatsausgaben

Lead: Verschiedene akute Krisen haben grosse Teile des Staatsbudgets in Anspruch genommen. Viele staatliche Dienstleistungen und Institutionen wurden abgebaut und zentralisiert. Gewinnerorientiert Unternehmen füllen nun die Lücke im Service public. Es gibt es immer mehr Menschen ohne soziale Absicherung. Die Privatisierung hält auch in der Verwaltung von Gemeinden und Städten Einzug, wodurch die Disparitäten zwischen Städten und ländlichen Gebieten verschärft wurden.

Der Staat konnte das aufgebaute Wohlfahrtssystem aus Szenario A oder den stark ausgebauten Service public aus Szenario C nicht mehr aufrechterhalten. Zu wenig hat er die letzten Jahrzehnte über Steuern eingenommen, gleichzeitig haben verschiedene akute Krisen grosse Teile des Staatsbudgets in Anspruch genommen – die Reserven sind aufgebraucht. Dieser eingeschränkte Handlungsspielraum hatte einen Staatsabbau zur Folge, so dass gewisse politische Institutionen auf Gemeindeebene bedeutungslos wurden. Eine Zentralisierung war die Folge. Gemeinden und gewisse Kantonsaufgaben wurden vereinheitlicht und mit minimalem Aufwand zentral verwaltet. In den 2050ern sind vermehrt Unternehmen in die Bresche gesprungen und haben nach und nach sämtliche Teile des Service public übernommen. Mittlerweile wird sogar erwartet, dass Unternehmen ab einer gewissen Grösse zur gesellschaftlichen Wohlfahrt beitragen, indem sie gemeinnützige Stiftungen gründen oder Leistungen direkt anbieten. Die Unternehmen, welche noch immer einer gewinnorientierten Logik folgen müssen, können aber nicht sämtliche Risiken ihrer gemeinwohlorientierten Leistungen tragen. So selektieren die Unternehmen ihre Risiken, indem sie die Zugangsbedingungen für die gemeinwohlorientierten Leistungen bestimmen. Besonders grosse Risiken werden weiterhin an den Staat abgegeben. Da die staatlichen Institutionen aber schwach und sehr schnell überlastet – also de facto handlungsunfähig – sind, hat sich eine Bevölkerungsschicht

herausgebildet, welcher der Zugang zu vielen Leistungen verweigert wird und nicht gegen soziale und gesundheitliche Risiken abgesichert ist.

Ab den 2060ern wurde der Service public vollständig von Privatunternehmen erbracht. Auch die Sicherheit wurde flächendeckend von privaten Sicherheitsdiensten gewährleistet, da dem Staat die Ressourcen fehlten. Ab den 2070ern setzte der Trend der Neugründungen ein: Zuerst existierten die sogenannten Spezialgemeinden neben den herkömmlichen Gemeinden, bald schon ersetzten sie diese. Spezialgemeinden wurden zuerst von Unternehmenskonglomeraten gegründet, welche auf ihrem Spezialgemeinde-Territorium fortan auch für die Infrastruktur, die Erschliessung etc. verantwortlich waren. Die geltenden Regeln, Preise, Vorschriften etc. werden vom Verwaltungsrat und den Shareholdern bestimmt. An den Unternehmen nicht beteiligte Bürgerinnen und Bürger können ihre Zustimmung oder Ablehnung zum Ausdruck bringen, in dem sie den Wohnort wechseln. Nebst Unternehmen gründeten auch bald Wertegemeinschaften oder religiöse Gruppierungen Spezialgemeinden. Eine sehr hohe Mobilität in der Bevölkerung (im Sinne von Wohnortwechseln) führte zu einem Wettbewerb um Humankapital zwischen den Spezialgemeinden. Auch die Städte haben sich mittlerweile diesem Trend angeschlossen und werden von dominierenden Firmen verwaltet. Besonders beliebte Gemeinden mit einem gut ausgebauten Service public und guten Ausbildungsmöglichkeiten begannen kurz nach deren Gründung, unterschiedlich hohe Zuzugspauschalen zu verlangen. Für die Immigration in die Schweiz wurde bereits vor längerer Zeit eine Zuzugspauschale eingerichtet, welche je nach Bedarf erhöht werden kann. Das hat der Schweiz in Europa einen sehr schlechten Ruf eingebracht. So wurde auf internationaler Ebene beschlossen, dass die Schweiz ein gewisses «humanitäres» Kontingent an Immigrant*innen ohne oder mit niedriger Pauschale aufnehmen muss.

Auch innerhalb der Schweiz werden die Disparitäten unweigerlich grösser: Während die grossen Städte Zürich und Genf mit Global Cities wie Singapur in Konkurrenz stehen, verarmen gewisse Regionen der Schweiz zusehends. Die Städte sowie die florierenden Spezialgemeinden grosser Unternehmenskonglomerate müssen sich immer stärker gegen den innerschweizerischen Zuzug schützen. Ihre Grenzen sind gut gesichert und gleichen teilweise grossen Gated Communities. Die nicht privilegierten Spezialgemeinden, die gegen den Wegzug von Bürger*innen kämpfen, fordern seit längerem eine Neuauflage des Finanzausgleichs zwischen den Spezialgemeinden. Dies konnte aber bislang nicht durchgesetzt werden, da die politischen Institutionen, die dazu befugt wären, zu schwach sind, um sich gegen den Willen der Städte und Unternehmen durchzusetzen.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Service public: -
- Zentralisierung von staatlichen Aufgaben und Kompetenzen: ++
- Disparitäten zwischen Zentren und ländlichen Regionen: ++
- Wohlstand (monetär pro Kopf): -

D) «Nicht ausgewiesene Assets»

Staatseinnahmen hoch, Staatsausgaben gering

Verschiedene sich überlagernde Krisen in den 2030er und 40er Jahren haben ein sehr rasches Reagieren des Staates erforderlich gemacht und somit zum Erstarken des Staates geführt. Die akute Wohnungsnot hatte zur Folge, dass der öffentlichen Hand ein generelles Vorkaufsrecht an Grundeigentum eingeräumt wurde und das Privateigentum geschwächt wurde. Dies hat zu einer Verstaatlichungswelle von Flächen und Wohneigentum geführt.

1) «Starke Zentralisierung – kleptokratische Tendenzen»

*Lead: Verschiedene Krisen führten zu Sachzwängen, einer Erstarbung des Staates und dem Verlust von Mitspracherechten von Bürger*innen. Kantone nutzen ihre Privilegien zu ihren Gunsten aus, wodurch regionale Disparitäten verschärft wurden.*

Gleichzeitig mit dieser Entwicklung fand vor dem Hintergrund der Sachzwänge, die die genannten Krisen hervorbrachten, eine schleichende Zentralisierung statt. Kompetenzen wurden an die jeweils nächsthöhere Staatsebene abgegeben, Bürger*innen verloren Mitspracherechte. Die Kantone begannen verstärkt, ihre Assets als versteckte Privilegien zu nutzen. Von den Privilegien profitierte ein kleiner Kreis von Personen. Da diese Assets nicht in den jeweiligen Budgets ausgewiesen wurden, verzerrte dies den NFA: Die Ressourcen konzentrierten sich in Zentren mit besonders hohen Anteilen an staatlicher Infrastruktur und Fläche. Während die Kosten nämlich zentralisiert wurden, wurden die Nutzen auf lokaler Ebene beibehalten. Der NFA wurde in der Folge abgeschafft, was zu einer weiteren Zunahme der Disparitäten führte.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Service public: --
- Zentralisierung von staatlichen Aufgaben und Kompetenzen: +++
- Disparitäten zwischen Zentren und ländlichen Regionen: +++
- Wohlstand (monetär pro Kopf): --

2) «Starke Subsidiarität – Gemeinwohl im Blick»

Lead: Verschiedene Krisen führten zu Sachzwängen und einer Erstarbung des Staates. Der Staat konnte die Krisen durch sein Eingreifen erfolgreich entschärfen.

Durch das staatliche Eingreifen konnten die herrschenden Krisen abgefedert werden. Die Wohnungsnot konnte durch das Zurverfügungstellen von bezahlbarem Wohnraum gemildert werden und der zunehmenden Prekarisierung des unteren Mittelstandes wurde Einhalt geboten. Die verstaatlichten Flächen und Infrastrukturen sowie das staatliche Grundeigentum sind lokal und dezentral verwaltet und kommen der Allgemeinheit zugute. Die Reichtumskonzentration hat abgenommen. Es herrscht ein grosser gesellschaftlicher Zusammenhalt in einer engagierten Bevölkerung. Der sehr schwach ausgebaute oder teils nicht vorhandene Sozialstaat wurde von starken informellen Netzwerken übernommen.

Veränderungen im Vergleich zu heute:

- Service public: --
- Zentralisierung von staatlichen Aufgaben und Kompetenzen: +
- Disparitäten zwischen Zentren und ländlichen Regionen: 0
- Wohlstand (monetär pro Kopf): 0